

Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz**

Band (Jahr): **21/1907 (1909)**

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-771871>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

II. Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen.

3. 1. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Schwyz an die tit. Gemeinderäte betreffend die Verwendung der Bundessubvention an die Primarschulen. (Vom 12. Juni 1907.)

Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 25. Juni 1903 betreffend Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 17. Januar 1906 (Kant. Amtsblatt 1906, S. 625) bestimmt in Art. 23, Absatz 2:

„Wenn ein Kanton den Bundesbeitrag ganz oder teilweise den Gemeinden überläßt, so hat er gleichzeitig zu bestimmen, zu welchen Zwecken und in welchem Betrage für jeden einzelnen Zweck die Gemeinden den Bundesbeitrag verwenden sollen.“

Gemäß § 1 des Kantonsratsbeschlusses vom 1. Dezember 1903 (A. S., Bd. IV, S. 297) werden 50 Rp. auf den Einwohner vom Kanton an die Gemeinden abgegeben. Infolge des zitierten Art. 23, Absatz 2, der bundesrätlichen Vollziehungsverordnung ist nun auch der Kanton Schwyz gezwungen, den Gemeinden vorzuschreiben, zu welchen Zwecken und in welchem Betrage für jeden einzelnen Zweck die Gemeinden den Bundesbeitrag zu verwenden haben.

Dies könnte nun in der Weise geschehen, daß durch Verordnung allen Gemeinden einheitlich die gleiche Art der Verwendung vorgeschrieben würde. Bei den sehr ungleichen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden und mit Rücksicht darauf, daß schon verschiedenartige, den örtlichen Verhältnissen angepaßte Verwendungen sich eingelebt haben, würde eine solche Vorschrift mancherorts sehr unbequem sein.

Es empfiehlt sich daher eine andere Lösung, indem in Berücksichtigung der bereits eingelebten Verwendungsarten keine einheitlichen Vorschriften über die Art der Verwendung gegeben werden, die Gemeinden aber verpflichtet werden, zu Anfang des Jahres einen Voranschlag über die Art der Verwendung zuhanden des Regierungsrates einzureichen. Dies ermöglicht es dem Regierungsrate, einerseits den örtlichen Besonderheiten gebührend Rechnung zu tragen, anderseits aber im Sinne der bundesrätlichen Verordnung dafür zu sorgen, daß überall eine zielbewußte und möglichst zweckentsprechende Verwendung des Bundesbeitrages zum voraus gesichert sei.

Dieser Voranschlag ist jeweilen in Doppel gleichzeitig mit dem Rechnungsausweis für das abgelaufene Jahr spätestens bis 1. März an das Erziehungsdepartement zuhanden des Regierungsrates einzureichen. Das eine Doppel wird nach erfolgter Prüfung zurückgesandt werden.

Für das Jahr 1907 ist der Voranschlag ebenfalls noch einzureichen, und zwar spätestens bis 15. August 1907. Die genaue Befolgung dieser Vorschriften liegt im eigenen Interesse der Gemeindebehörden, indem sie nur so dem Regierungsrate den Rechnungsausweis gegenüber dem eidg. Departement des Innern über die Verwendung der Schulschubvention im Sinne der neuen bundesrätlichen Verordnung ermöglichen.

4. 2. Der Regierungsrat des Kantons Glarus an sämtliche Schulräte, Lehrer und Erzieher betreffend den Kampf gegen die Tuberkulose. (Vom 10. Januar 1907.)

Im Jahre 1904 wurde im kantonalen Lehrerverein eine interessante Abhandlung des Herrn Rektor Dr. Nabholz über die Ergebnisse der ärztlichen Rekrutenuntersuchungen im Kanton Glarus diskutiert, in welcher nachgewiesen war, daß die Tuberkulose im Zunehmen begriffen sei, ja sogar, daß sich der Kanton Glarus hinsichtlich der Lungenschwindsucht ungünstiger stelle als die Schweiz im ganzen. Wir haben Grund, diese für die Stellungspflichtigen sicher

zutreffende Erscheinung als symptomatisch für den Gesundheitszustand unserer Gesamtbevölkerung anzunehmen. Seit bald zehn Jahren steht unser Sanatorium für Lungenkranke auf Braunwald in Betrieb und hat schon vielen Genesung Suchenden Heilung oder Linderung gebracht. Soll aber unser Volk ganz und dauernd gegen den tückischen Erreger der Krankheit gewappnet werden, so genügt es nicht, der Erkrankten Los zu lindern, sondern es muß auf der ganzen Linie, teils vorbeugend, teils abwehrend, teils vernichtend, der Kampf gegen die Tuberkulose eröffnet werden.

Eine von der kantonalen gemeinnützigen Gesellschaft eingesetzte Kommission hat speziell die Frage untersucht, was unsere Schule in diesem Kampfe tun könne und tun müsse, und es ist eine Pflicht unserer sozialen Fürsorge, wenn wir Ihnen die Ergebnisse dieser Untersuchung, die sich durchaus auf das praktisch Mögliche und Notwendigste beschränken und unsere Verhältnisse ins Auge fassen, zur Kenntnis bringen und dringend zur Nachachtung empfehlen.

Vielleicht sind die Maßregeln, die vorgeschlagen werden sollen, in den Augen vieler nur Kleinigkeiten oder nur halber Art. Gewiß ist jede für sich allein nicht eine große Tat; aber alle zusammen, jede einzelne gewissenhaft befolgt, vermögen sie viel. Es gilt eben, den Menschen zum Kampfe gegen die Tuberkulose zu erziehen, und zwar hat diese Erziehung dazu schon im Alter der Kleinkinderschule einzusetzen und muß während der Zeit der Schulpflicht fortgesetzt werden: Das Kind muß gewöhnt werden an eine Lebensweise, welche die schädlichen Einflüsse von üblen Gewohnheiten, von Schule und Witterung auszuschalten geeignet ist, und an eine Umgebung, welche den Sinn für peinlich strenge Ordnung und Reinlichkeit hebt.

So ist das Augenmerk darauf zu richten, daß alle Kinder jeden Tag nicht nur sauber gewaschen und gekämmt, sondern auch in ganzen, von Staub und Kot gereinigten, wenn auch noch so einfachen Kleidern und mit sauberen Taschentüchern zur Schule kommen, und daß sie nach jeder Verunreinigung der Hände diese sofort waschen, besonders auch vor und nach jeder Mahlzeit.

Beim Husten und Niesen sollen sie sich von den Mitschülern abwenden und das Taschentuch oder die Hand vor den Mund führen. Die Neigung, Speichel und Eiter mit bloßen Fingern zu berühren, ist zu bekämpfen.

Besonders aber haben wir dafür besorgt zu sein, daß die Kinder nie auf den Boden oder ins Taschentuch spucken, aber auch den Auswurf nicht schlucken, sondern, wenn nötig, den Spucknapf, und zwar auch während des Unterrichtes, zu benutzen angehalten werden.

Daß die Schüler, wenn immer ihr Gesundheitszustand und die Witterung es erlauben, die großen Pausen im Freien zubringen, ist eine Forderung, der fast allgemein nachgelebt wird. Der Sitzzwang, den die Schule naturgemäß auferlegt, sollte aber auch sonst nicht über eine Stunde ausgedehnt, sondern durch kurze intensive Bewegungsübungen im Schulzimmer selbst unterbrochen werden, dies namentlich auch im Handarbeitsunterrichte der Mädchen. Anerkannt ist die Notwendigkeit eines regelmäßigen Turnspiel- und Turnunterrichtes auf allen Schulstufen und für beide Geschlechter; wenn aber in Turnhallen geturnt wird, so sind stark staubbildende Übungen möglichst zu beschränken.

Von nicht geringer Wichtigkeit ist es, daß die Schüler Halsbinden und Galoschen in der Schule regelmäßig ablegen. Sie sollen auch vor Betreten des Schulhauses sich gegenseitig von dem an den Kleidern haftenden Schnee befreien, und nasse Überkleider sollten womöglich in einem Vorraum, nicht im Schulzimmer selbst, untergebracht werden.

Eine Reihe von Vorkehrungen zur Förderung der Reinlichkeit sind von der Schule aus zu treffen: Die Fußböden, die möglichst dicht sein und zum mindesten aus Hartholz bestehen sollen, sind wöchentlich dreimal, Aborte, Gänge und Treppen täglich feucht aufzuwischen. Für jedes Schulzimmer ist eine Waschvorrichtung vorzusehen, deren Wasser vor der Schule und in den Pausen zu erneuern ist; dem rechtzeitigen Wechseln der Handtücher ist be-

sondere Sorge zuzuwenden. Endlich soll in jedem Schulzimmer eine genügende Anzahl von Spucknapfen mit Wasserfüllung stehen, deren Inhalt täglich zu leeren und deren Wasser zu erneuern ist.

Nicht weniger als für die Schulzimmer, muß für Gänge und Abtritte häufige Lüftung verlangt werden. Wenn das Schulhaus von Vereinen oder Erwachsenen überhaupt benutzt wird, so ist das Spuck- und Rauchverbot strenge durchzuführen.

Der Reinhaltung der individuellen und allgemeinen Lehrmittel ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bücher, welche durch den Gebrauch so beschmutzt sind, daß sie irgendwie Ekel erregen, müssen eingezogen und dürfen nicht an neue Schüler abgegeben werden.

Noch in weiter Ferne steht die allgemeine Einrichtung von Schul- und Volksbädern; immerhin soll ihre Wünschbarkeit betont werden.

Galten die bisher vorgeschlagenen Maßregeln für alle Kinder, so bedürfen die schwächlichen, blassen, mageren Kinder, die oft an Katarrh, Angina, Drüsenanschwellungen und Ausschlägen leiden, einer besondern Überwachung durch den Lehrer und den Schularzt. Für solche Kinder sollte die Möglichkeit geschaffen werden, bei nassem Wetter im Schulhause trockene Strümpfe und Filzschuhe anzuziehen. Wenn sie zudem einen weiten Schulweg zu machen haben, so wird die Verabreichung einer sogenannten Schulsuppe am Mittag, auch gekochter Milch am Vormittag zur gebieterischen Notwendigkeit. Eine Aufgabe, an der auch die Schule ein Interesse haben soll, ist endlich die Versorgung solcher schwächlicher Kinder in Ferienkolonien.

Je konsequenter diese Maßregeln befolgt, je mehr sie zur Gewohnheit der Schüler werden, um so wirksamer werden sie sein. Dennoch legen wir großes Gewicht auch darauf, daß sich der Schüler des reiferen Alters bewußt werde, warum alle diese Verhaltensmaßregeln gegeben werden. Wenn es sich dabei auch nicht um ein wissenschaftlich erschöpfendes Erfassen handeln kann, so sind wir doch der Überzeugung, daß, von den obern Klassen der Primarschule an, gelegentliche Belehrungen über die Tuberkulose und ihre Erreger aufklären und den Kampf gegen die Krankheit wirksam unterstützen werden.

Noch bleibt uns übrig, darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich auch der Lehrer, oder wer sonst mit der Schule in Berührung kommt, im Interesse des Ganzen die Pflicht der Vorsicht im Auswurf und der größten Reinlichkeit hat.

Was hier empfohlen worden ist, wird im einzelnen zum Teil schon geübt. Es liegt uns aber daran, daß diese Übung eine allgemeine und allseitige werde, daß sie in Fleisch und Blut übergehe, daß schließlich kein Kind mehr die Schule verlasse, ohne daß es aus Gewohnheit und Einsicht sich und seine Mitmenschen vor der Gefahr der Ansteckung zu schützen bemüht ist. Sich vorsehen, heißt hier gewinnen!

5. 3. Verordnung betreffend die Führung des Schulbibliothek-Katalogs, erlassen vom Erziehungsdepartement des Kantons Solothurn. (Vom 8. Oktober 1907.)

1. Jeder von der Ortsschulkommission mit der Verwaltung der Schulbibliothek beauftragte Lehrer ist gehalten, über die in seiner Schulbibliothek befindlichen Bücher ein genaues Verzeichnis zu führen. Sämtliche Bücher, welche für die Bibliothek neu angeschafft oder ihr geschenkt werden, sind in dasselbe einzutragen.

2. Die Eintragung der Bücher, Schriften etc. geschieht mit genauer Angabe des Autors, des Titels, der Nummer und der Zahl der Bände in den dazu bestimmten Kolonnen in beliebiger Aufeinanderfolge.

3. Die Nachtragung der eingegangenen Bücher wird unter der Überschrift der bezüglichen Jahreszahl (1907) jeweilen sofort nach deren Eingang vorgenommen.

4. Unter Bemerkungen erscheinen die Notizen über Eingang, Abgang, Ersatz etc. der Bücher.

5. Der Lehrer hat die Kontrolle über die zum Lesen herausgegebenen Bücher genau nachzuführen.

6. Bei Lehrerwechsel soll die Richtigkeit des Bibliothekbestandes mit den nötigen Bemerkungen vom abtretenden Lehrer im Kataloge bescheinigt und vom Präsidenten der Gemeindeschulkommission bestätigt werden.

7. Der Lehrer ist für Bücher, über deren Fehlen er sich nicht ausweisen kann, verantwortlich.

8. Die Schulinspektoren sind gehalten, über den Zustand der Bibliothek zu wachen und jährlich wenigstens einmal die Bibliothek mit dem Verzeichnis zu vergleichen.

6. 4. Kreisschreiben an die Schulpflegen des Kantons Baselland betreffend Jugendbibliotheken. (Vom 7. Mai 1907.)

Sämtlichen Volks- und Jugendbibliotheken des Kantons haben wir das neueste Heft der „Mitteilungen über Jugendschriften“ zugestellt mit dem Bemerkten, daß wir an die Kosten der Anschaffung der in diesem Verzeichnis aufgeführten Bücher 40 % vergüten bei Vorweisung der Quittung.

Da in Ihrer Gemeinde noch keine derartige öffentliche Bibliothek besteht, lassen wir die Schrift an Sie abgehen mit dem Ersuchen, dafür wirken zu wollen, daß auch in Ihrer Gemeinde eine solche Bibliothek gegründet wird. Es dürfte sich empfehlen, dem Gemeinderate einen bestimmten Antrag für das nächste Budget zu stellen. Die Anlegung einer solchen Bibliothek ist nicht schwer, erfordert auch nicht zu viel Opfer seitens der Gemeinde, weil antiquarische Bücher zu billigem Preise (zum Beispiel vom Jugendschriftenverlag der Basler Buch- und Antiquariatshandlung vormals A. Geering in Basel) zu beziehen sind und der Staat (Erziehungsdirektion) überdies 40 % rückvergütet.

Wir wären Ihnen für Rückäußerung dankbar.

7. 5. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Baselland an die Schulpflegen und die Lehrerschaft des Kantons betreffend die Verabreichung von alkoholhaltigen Getränken an Schulkinder. (Vom 28. Mai 1907.)

Von der Erwägung ausgehend, daß unbestrittenermaßen alkoholische Getränke für Kinder schädlich sind und daß deswegen an letztere geistige Getränke nicht sollten verabreicht werden, gelangen wir hiermit an Sie mit dem Ersuchen, bei Schulanlässen, insbesondere bei den bevorstehenden Schülerreisen und Jugendfesten, den Schülern keinen Alkohol verabfolgen zu lassen.

Mit Genugtuung konstatieren wir, daß manche Gemeinden unseres Kantons, zum Teil schon seit Jahren, im gewünschten Sinne vorgehen, und wir sind überzeugt, daß unser obiges Gesuch auch an den übrigen Orten Anklang findet. Den Einwänden gegenüber, daß es vielenorts undurchführbar oder eine Beeinträchtigung der Festfreude wäre, oder daß ausnahmsweise bei einem festlichen Anlasse ein Glas Wein den Kindern nichts schade, ist folgendes zu bemerken:

1. Es sind von Lehrern und Schulbehörden bei uns und anderwärts schon vielfache Erfahrungen darüber gesammelt worden, daß bei gutem Willen Jugendfeste, Schülerreisen und ähnliche Anlässe sich ganz wohl ohne Alkohol durchführen lassen. Als Ersatz für geistige Getränke ist von maßgebender Seite neben Milchkaffee hauptsächlich Teesirup, ein erfrischendes durststillendes Getränk, empfohlen worden (das Rezept stellt der Verein für Mäßigkeit und Volkswohl in Basel auf Wunsch gerne zur Verfügung). Allerdings ist es erforderlich, daß die begleitenden Erwachsenen den Kindern mit gutem Beispiel vorangehen.

2. Die Kinder, auch die ältern unter ihnen, bedürfen, um fröhlich zu sein, durchaus nicht des Alkohols.

3. Den Kindern gelegentlich ein Glas Bier oder verdünnten Wein zu verabreichen, mag ja im allgemeinen nicht viel zu bedeuten haben; für viele schließt es gleichwohl eine Gefahr in sich. Bei aller Wachsamkeit ist es nicht zu verhüten, daß einzelne Schüler zu viel trinken, sei es, daß sie förmlich darauf ausgehen, möglichst viel Getränk zu sich zu nehmen, sei es, daß schon die kleine Menge ihnen zusetzt und Unerfahrenheit und böses Beispiel das übrige tun. Daher denn auch oft solche Anlässe nicht ohne Unfälle ablaufen oder allerlei geschieht, was den Lehrern nur Verdruß und den Kindern keine edle Freude bereitet.

Tun Sie also an Ihrer Stelle das möglichste, um die Verabfolgung geistiger Getränke an Kinder zu vermeiden! Sie erweisen damit sich und der Jugend einen Dienst.

8. 6. Kreisschreiben an die Gemeinderäte des Kantons Schaffhausen betreffend die Aushingabe von Ausweisschriften für schulpflichtige Kinder. (Vom 26. November 1907.)

Tit. Der Artikel 10 des Schulgesetzes schreibt vor, daß schulpflichtige Kinder nur dann anderswo, als am Wohnorte der Eltern oder deren Stellvertreter, sich aufhalten dürfen, wenn der Nachweis geleistet wird, daß sie einen genügenden Unterricht genießen.

Diesen Vorschriften ist in der letzten Zeit nicht immer Rechnung getragen worden. Es hat dies den Erziehungsrat veranlaßt, — unter Namhaftmachung der einzelnen Fälle — an den Regierungsrat das Gesuch zu stellen, es möchte an die Gemeindebehörden des Kantons die Weisung erlassen werden, daß Ausweisschriften für den anderwärtigen Aufenthalt, als am Wohnorte der Eltern, an schulpflichtige Kinder, welche ihre Schulpflicht noch nicht vollständig erfüllt haben, nur in dem Falle ausgefertigt werden dürfen, als der Nachweis geleistet wird, daß diese Kinder an ihrem neuen Wohnorte einen nach den Schuleinrichtungen ihres Heimatsortes genügenden Schulunterricht genießen werden.

Der Regierungsrat hat diesem Antrage zugestimmt und beschlossen, an Sie eine Weisung im Sinne des Antrages des Erziehungsrates zu erlassen. Es geschieht dies hiermit.

In den Fällen, in welchen es zweifelhaft ist, ob der auswärts gebotene Schulunterricht dem in der betreffenden schaffhauserischen Gemeinde vorgeschriebenen entspricht, liegt die Entscheidung bei der Erziehungsdirektion resp. dem Erziehungsrate. An diese Stelle wollen Sie sich daher wenden, wenn Ihnen in einem speziellen Falle die tatsächlichen Verhältnisse nicht genügend bekannt sind.

9. 7. Zirkular an die tit. Gemeindeschulkommissionen und die Lehrerschaft des Kantons Appenzell A.-Rh. betreffend Zählung der schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder im schulpflichtigen Alter. (Vom August 1907.)

Durch Schlußnahme vom 7. Januar a. c. hat der h. Regierungsrat eine kantonale Zählung der schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder im schulpflichtigen Alter angeordnet. Es geschah das auf ein Gesuch der Konferenz für Schwachsinnigenbildung hin, um zu einer richtigen Erkenntnis der Zahl und Versorgungsbedürftigkeit der schwachsinnigen Kinder unseres Kantons zu gelangen. Erst wenn eine solche Grundlage vorhanden ist, wird es möglich sein, die Frage der Errichtung einer Anstalt für schwachsinnige Kinder näher zu studieren.

Mit der Ausführung der Zählung ist eine Spezialkommission beauftragt worden, bestehend aus den Herren Landammann Eugster, Speicher, Dr. Kürsteiner, Gais, Dr. A. Koller, Herisau.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgabe vor allem die Mithilfe der Lehrerschaft in Anspruch nehmen muß.

Die tägliche Erfahrung zeigte, daß die Erziehung der schwachsinnigen Kinder in unserem Kanton ein Problem geworden ist, dessen Lösung nicht mehr länger aufgeschoben werden darf. Die Schule und deren Erfolge leiden darunter, daß in den Normalklassen die Schwachsinnigen häufig noch mitgeschleppt werden müssen und diese letzteren selbst können nicht so gefördert werden, wie es wünschenswert, und bei mehr individualisierender Behandlung möglich wäre. Unsere Zählung soll die Grundlage für eine planmäßige Fürsorge für die Schwachsinnigen abgeben. Diese von der Natur kümmerlich mit Geistesgaben ausgestatteten Geschöpfe sollen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungsstufe gebracht werden, welche ihnen wenn möglich noch erlaubt, später ihren Unterhalt zu finden und so nicht dauernd der öffentlichen Wohltätigkeit anheim zu fallen.

Eine richtige Erziehung und wenn nötig Versorgung der Schwachsinnigen wird auch dazu dienen, die Zahl der Vergehen und Verbrechen zu vermindern, zu welchen das schwachsinnige Gehirn ja so leicht neigt.

Die Veranstaltung unserer Zählung und die daran sich knüpfende Schwachsinnigenfürsorge ist daher nicht bloß von Bedeutung für die Erziehung der betreffenden Kinder, sondern sie liegt auch im wohlverstandenen Interesse des ganzen Gemeinwesens, indem sie geeignet ist, künftigen, dauernden Lasten für Armen- und Rechtspflege vorzubeugen.

Die taubstummen und epileptischen Kinder sind in die Zählung einbezogen worden, weil auch sie in neuester Zeit in unserem Kanton Gegenstand besonderer Fürsorge geworden sind und weil es für diese Bestrebungen gleichfalls von grundlegender Bedeutung ist, die Zahl der Pfleglinge, ihren Zustand und ihre Lebensverhältnisse kennen zu lernen.

Der h. Regierungsrat hat fernerhin beschlossen, es seien diejenigen Kinder, welche bei den eidgenössischen Zählungen der geistig und körperlich gebrechlichen Kinder seit dem Jahre 1897 als schwachsinnig notiert worden und seither dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind, einer Nachzählung zu unterwerfen. Es hat sich nämlich in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Wissenschaft bei einer diesbezüglichen vorläufigen Enquete in unserem Kanton herausgestellt, daß nicht wenige dieser Kinder trotz dem ihnen anhaftenden Schwachsinn sich nach der Entlassung aus der Schule im praktischen Leben draußen ganz ordentlich bewährt haben. Unsere Nachzählung wird zeigen, welche Kinder den Kampf mit dem Leben haben aufnehmen und bestehen können, welche dagegen ganz oder teilweise unselbständig geblieben sind. Sie wird so mittelbar Anhaltspunkte dafür geben, für welche Gruppen von Kindern die Unterbringung in einer Anstalt für Schwachsinnige eventuell entbehrlich, für welche Gruppe sie nützlich und endlich für welche sie geradezu notwendig ist.

A. Hauptzählung.

Es ist in die Augen springend, daß die Zählung nur dann zu einer richtigen Erkenntnis der Verhältnisse führen kann, wenn sie mit möglichster Genauigkeit und größter Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Wir rechnen darauf, daß Sie sich in dieser Beziehung alle Mühe geben werden, indem Sie einerseits Sorge tragen, daß alle Kinder, welche in den Rahmen der Zählung gehören, mitgezählt werden, und indem Sie anderseits der genauen Beantwortung der einzelnen Fragen jeder Zählkarte die größte Aufmerksamkeit schenken. Wo Zweifel bestehen, ob ein Kind in die Zählung einzubeziehen sei, soll nur ruhig eine Karte ausgefüllt werden; es ist dann Sache des Verarbeiters der Zählresultate, die nicht unter die Enquete fallenden Kinder auszuschalten.

Die Zählung bezieht sich ausschließlich auf die zurzeit im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, also auf diejenigen, welche am 1. Mai 1907 das sechste Altersjahr zurückgelegt und welche an diesem Datum das sechzehnte Altersjahr noch nicht erreicht haben. Zu zählen sind nur die Kinder, welche in der Gemeinde wohnhaft sind, und außerdem noch diejenigen, welche von in der

Gemeinde wohnhaften oder verbürgerten Eltern stammend an außerkantonalen Pflegestellen oder in Anstalten untergebracht sind.

Auf die vom Schulbesuch dispensierten Kinder ist ein besonderes Augenmerk zu richten. Vor allem sind auch alle diejenigen in die Zählung aufzunehmen, welche vielleicht nicht wegen Schwachsinn, Taubstummheit oder Fallsucht dispensiert worden sind, deren Gebrechen aber in irgend einer Weise hemmend auf ihre geistige Entwicklung eingewirkt hat.

Von den die Schule besuchenden Kindern fallen, abgesehen von den Taubstummen und Epileptischen, alle diejenigen in Betracht, welche nach dem Urteil des Lehrers über die Stufe der dritten Primarschulklasse nicht hinauszukommen vermögen, bei welchen mit anderen Worten nicht zu erwarten steht, daß sie dem Unterricht in den Realfächern zu folgen imstande wären.

Die tit. Schulkommissionen erhalten beigeschlossen die Liste der bei den früheren eidgenössischen Zählungen in ihrer Gemeinde notierten schwachsinnigen, taubstummen und epileptischen Kinder. Die über dem blauen Strich aufgezählten, jetzt nicht mehr schulpflichtigen Personen fallen unter die Ergänzungszählung B, ebenso zum Teil die (blauunterstrichenen) Kinder des Jahrganges 1891.

Es wird nützlich sein, wenn die tit. Schulbehörde in Verbindung mit der Lehrerschaft jeder Gemeinde einige Wochen vor der Zählung die Aufgabe bespricht. Auch die Lehrer an Privatschulen sind zu dieser Besprechung wie zur Zählung beizuziehen. Im allgemeinen wird am besten jeder Lehrer die Zählkarten für die in seiner Schule in Betracht kommenden Kinder ausfüllen. Was die vom Schulbesuch dispensierten Kinder angeht, so ist zu empfehlen, das Gebiet der Gemeinde in praktischer Weise in eine Anzahl von Bezirken einzuteilen, deren jeder einem Lehrer, der die Bewohner des Bezirkes gut kennt, als Zähler zugewiesen wird. Unter Umständen mag man gut tun, der Zählung vorgängig in Ergänzung der Ihnen mitgeteilten Liste ein provisorisches Verzeichnis der in Betracht fallenden Kinder aufzustellen.

Die Zählung soll in allen Gemeinden im Laufe des Monats September durchgeführt werden.

Jedem Zähler wird von der Gemeindeschulkommission die nötige Anzahl von Zählkarten zur Verfügung gestellt. Nach Beendigung seiner Erhebungen übergibt der Zähler seine ausgefüllten Zählkarten der Gemeindeschulkommission, welche dieselben unter Zuziehung des Armenpflegers (dieser besonders für die Fragen 6, 8, 12, 36) und des Ortsarztes prüft und eventuell vervollständigt. In Gemeinden, wo mehrere Ärzte funktionieren, sollte wo möglich jeweilen derjenige beigezogen werden, welcher das betreffende Kind und seine Familie zu behandeln pflegt. Es wird dem Zähler ein leichtes sein, den Namen des Arztes zu erfahren, welcher in Krankheitsfällen zum Kinde gerufen wird.

Die von den Schulkommissionen gewünschte Überprüfung der Zählkarten ist in dem Sinne zu verstehen, daß irrtümliche Angaben des Zählers auf der Zählkarte korrigiert, unvollständig ausgefüllte Karten nach Möglichkeit ergänzt werden. Für Kinder, welche vom Zähler übersehen worden sind, wird die Schulkommission eine neue Karte ausfüllen lassen.

Die bereinigten Zählkarten sind beförderlichst an den Verarbeiter der Zählung, Dr. A. Koller, Direktor der Irrenanstalt in Herisau, weiterzuleiten. Falls sich in einer Gemeinde kein Kind finden sollte, welches in den Rahmen der Zählung gehört, so wird die betreffende Schulkommission unter Rücksendung der Karten davon Anzeige machen.

Für jede exakt ausgefüllte Zählkarte wird dem Zähler eine Entschädigung von Fr. 2. — gewährt.

Die Zählkarte A zerfällt in 6 Abschnitte. Der erste enthält die Personalien des zu zählenden Kindes (Frage 1—5); der zweite gibt Aufschluß über seine häuslichen und ökonomischen Verhältnisse (Frage 6—9); im dritten werden die möglichen Ursachen des Schwachsinn, der Taubstummheit oder der Epilepsie des Kindes erfragt (Frage 10—12). Der vierte Abschnitt soll ein Bild seines

allgemeinen körperlichen und geistigen Zustandes geben (Frage 13—32); aus dem fünften erfahren wir das Wesentliche über die Schulverhältnisse des Kindes (Frage 33—36), und der sechste endlich gibt uns das Urteil des Lehrers über das Kind mit einigen Anhaltspunkten in bezug auf dessen allfällige Anstaltsversorgung (Frage 37—40).

Die Fragen sind so abgefaßt, daß sie im allgemeinen ohne Schwierigkeit sollten beantwortet werden können. Nachstehend noch einige Erläuterungen:

Vorname und Beruf der Mutter sind anzugeben, wenn der Vater unbekannt oder verstorben ist.

Wenn das Kind jetzt in einer Spezialanstalt sich befindet, so hat der Zähler für dasselbe nur die Personalien auszufüllen und den Namen der Anstalt anzugeben. Die Antwort auf die übrigen Fragen wird dann bei der betreffenden Anstalt eingeholt werden.

„Auffallender Charakter“ ist dann zu verzeichnen und kurz zu beschreiben, wo eine Person durch sonderbare Manieren und Handlungen allgemein auffällt, ohne daß sie als geisteskrank bezeichnet werden könnte. — In der Antwort auf Frage 12 sind die Person und der abnorme Zustand, an welchem sie leidet, nebeneinander anzugeben, also z. B.

Vater — Trinker

Großmutter mütterlicherseits — geisteskrank.

Wo eines der Geschwister abnorm ist, ist es wünschenswert, mitzuteilen, das wievielte in der ganzen Geschwisterreihe es ist und das wievielte das der Zählung unterworfenen Kind ist, ebenso, wieviel Geschwister gestorben sind. — Wo keines der bezeichneten Angehörigen an einem der angeführten abnormen Zustände leidet, ist die Frage 12 mit „nein“ zu beantworten.

Zur Beantwortung der Frage 12, gelegentlich auch zur Erledigung anderer Fragen, wird der Zähler unter Umständen genauere Erkundigungen bei den Angehörigen oder bei Bekannten des Kindes einziehen müssen. Diese Nachforschungen, gerade was eventuelle erbliche Belastung anbetrifft, sollen mit allem durch die Verhältnisse gebotenen Takt geschehen. Häufig wird man leichter und besser zum Ziele gelangen, wenn man sich nicht direkt an das Kind oder an seine Eltern wendet, sondern an zuverlässige Leute, welche die Familie des Kindes gut kennen. Dabei ist wohl darauf zu achten, daß nicht bloße Vermutungen als Tatsachen notiert werden. Andererseits dürfen und sollen die Zähler ohne Scheu alles, was ihnen der Mitteilung wert erscheint, auf der Zählkarte angeben. Die Zählkarten werden als Dokumente vertraulichen Inhaltes betrachtet; eine eventuelle Publikation der Zählresultate würde ohne Namenangabe erfolgen. Wo Nachforschungen, ohne die Angehörigen zu verletzen, nicht möglich erscheinen, wird man von solchen besser absehen.

Entsprechend wie bei den eidgenössischen Zählungen der geistig und körperlich gebrechlichen schulpflichtigen Kinder rechnen wir zu den schwach-sinnigen leichten Grades diejenigen Kinder, welche noch auf die Stufe der dritten Klasse gebracht werden können; geht die Bildungsfähigkeit eines Kindes nicht über die zweite Schulklasse hinaus, so gehört es zur Gruppe der in hohem Grade Schwachsinnigen; blödsinnig nennen wir die bildungsunfähigen Kinder.

B. Ergänzungszählung.

Zählkarten sind nur auszufüllen für die Personen, welche auf der ihnen mitgeteilten Liste oberhalb des blauen Striches notiert sind, sowie für diejenigen des Jahrganges 1891, welche jetzt dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind.

Die Identifizierung der in Frage stehenden Personen wird an Hand der Angaben auf der Liste am besten wieder in gemeinsamer Konferenz der Lehrer mit der Schulkommission unter Zuzug von Armenpfleger und Ortsarzt vorgenommen werden. Dabei wird es sich manchmal herausstellen, daß die betreffende Person aus der Gemeinde weggezogen oder verstorben ist. Im letzteren Falle ist, wenn die übrigen Fragen nicht leicht beantwortet werden können, wenigstens das Alter beim Tod und die Todesursache anzugeben. Bei aus der Gemeinde

Weggezogenen soll, insofern eine vollständige Beantwortung der Fragen nicht möglich ist, die Karte nach Möglichkeit ausgefüllt, und die jetzige Adresse der betreffenden Person angegeben werden oder der Name einer Person oder Amtsstelle, welche weitere Auskunft zu geben imstande wäre.

Auch diese Zählung ist im Laufe des Monats September durchzuführen. Die Zählkarten sind gleich wie diejenigen der Hauptzählung von der Schulkommission zu prüfen und an Dr. A. Koller in Herisau einzusenden.

Die Zählkarte B zerfällt in drei Abschnitte: 1. Personalien (Frage 1—6); 2. geistige und körperliche Entwicklung und jetziger Zustand (Frage 7—11); 3. ökonomische und soziale Stellung (Frage 12—15). Zu den verschiedenen Fragen mögen noch folgende Bemerkungen dienen:

Vorname und Beruf der Mutter werden angegeben, wenn der Vater unbekannt oder gestorben ist.

Der Grad des Schwachsinnss soll im gleichen Sinne bemessen werden wie bei Frage 37 der Hauptzählung.

Als „Armenunterstützung“ gilt nur die Unterstützung durch die öffentliche Armenpflege.

Wir schließen unsere Ausführungen, indem wir den tit. Schulkommissionen sowohl wie den Herren Lehrern die gewissenhafte Ausführung der Zählung nochmals warm ans Herz legen. Das mit der Verarbeitung der Zählung betraute Mitglied der Spezialkommission, Herr Dr. A. Koller, Direktor der Irrenanstalt in Herisau, ist gerne bereit, wo vor oder während der Zählung über irgend einen Punkt noch besonderer Aufschluß gewünscht wird, solchen zu erteilen.

10. 8. Skala betreffend die Staatsbeiträge an die Primarschulen von Appenzell I.-Rh. (Genehmigt vom Großen Rate den 25. November 1907 auf 5 Jahre.)

Schulkreis			Schüler- zahl	Normal- Ansatz	Zuschlag Fr. 40 auf je 10 Schüler				Total Fr.	bish. bezog. Fr.	
					Fr.	Fr.	Fr.	Fr.			
Appenzell (Knaben)	1.	Kurs	65	450 u.	6 Mal	40 =	240 macht	690	4670	4470	
	2.	"	70	450 "	7 "	40 "	280 "	730			
	3.	"	50	450 "	5 "	40 "	200 "	650			
	4.	"	52	450 "	5 "	40 "	200 "	650			
	5.	"	64	450 "	6 "	40 "	240 "	690			
	6.	"	47	450 "	5 "	40 "	200 "	650			
	7.	"	44	450 "	4 "	40 "	160 "	610			
	(Mädchen)	1. u. 2.	"	145	450 "	14 "	40 "	560 "	1010	3600	3280
		3. " 4.	"	167	450 "	17 "	40 "	680 "	1130		
		5. " 6.	"	105	450 "	10 "	40 "	400 "	850		
		7.	"	40	450 "	4 "	40 "	160 "	610		
			Spezialklasse		20	450 "	2 "	40 "	80 "	530	530
										8800	7750
Kau	1. bis 7. Kurs	33	450 "	3 "	40 "	120 erh. ausnahmsw.	900	800			
Meistersrüte	1. " 7. "	76	450 "	7 "	40 "	280 macht	730	690			
Schwende											
Unterschule	1. " 3. "	57	450 "	6 "	40 "	240 "	690	1340	1300		
Oberschule	4. " 7. "	47	450 "	5 "	40 "	200 "	650				
Brülisau											
Knaben	1. " 7. "	48	450 "	5 "	40 "	200 "	650	1300	1300		
Mädchen	1. " 7. "	47	450 "	5 "	40 "	200 "	650				
Eggerstanden	1. " 7. "	59	450 "	6 "	40 "	240 "	690	690			
Steinegg											
Oberschule	3. " 7. "	78	450 "	8 "	40 "	320 "	770	1300	810		
Unterschule	1. " 2. "	26	450 "	2 "	40 "	80 "	530				

Schulkreis				Schüler- zahl	Normal- Ansatz Fr.	Zuschlag Fr. 40 auf je 10 Schüler				Total	bish. bezog.
						Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Schlatt											
Oberschule	4.	"	7.	37	450	"	4	"	40	"	610
Unterschule	1.	"	3.	35	450	"	3	"	40	"	570
Haslen											
Mädchen	1.	"	7.	70	450	"	7	"	40	"	730
Knaben	1.	"	7.	69	450	"	7	"	40	"	730
Enggenhütten											
Gonten	1.	"	7.	37	450	"	4	"	40	"	160
Unterschule											
Mittelschule	1. u. 2.	"	"	78	450	"	8	"	40	"	320
Oberschule	3.	"	4.	72	450	"	7	"	40	"	280
Oberschule											
	5. bis 7.	"	"	76	450	"	7	"	40	"	280

Die Landesschulkasse leistet sonach an die Schulen des innern Landesteils total 20540 18250
 trifft nach Abzug von Fr. 3700 sonstiger Einnahmen den Staat Fr. 16,840 oder
 per Kopf der Wohnbevölkerung (10,847 Seelen) Fr. 1. 55 und auf 2652 Einwohner
 in Oberegg Fr. 4110. 60 oder rund Fr. 4110 (bisher Fr. 3553. 68 resp. 3550).

11. 9. Regulativ über die Verwendung der Staatsbeiträge zur Unterstützung von Schulhausbauten und Anschaffung von Schulmobiliar im Kanton St. Gallen. (Vom 8. Januar 1907.)

Wir, Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen, in Revision des Regulativs vom 28. April 1893 und des Nachtrags vom 7. Februar 1902,
 verordnen was folgt:

Art. 1. Der vom Großen Rate für die Unterstützung von Schulhausbauten etc. bewilligte Kredit findet Verwendung:

1. Für Neubauten von Schulhäusern und Turnhallen;
2. für Umbauten an bereits bestehenden Gebäuden, soweit sie eine wesentliche Verbesserung in sich schließen und nicht zum ordentlichen Unterhalte gehören;
3. für die Errichtung von Schulbrunnen, sowie für die Installation von Zentralheizungen und Zentralbeleuchtungsanlagen;
4. für die Anschaffung von „St. Galler Schulbänken“, oder solchen eines andern mindestens gleichwertigen Systems;
5. für die Anschaffung des im Regulativ über Schulhausbauten als notwendig bezeichneten andern Mobiliars für Lehrzimmer und Arbeitsschulzimmer;
6. für die Anlegung von Turn- und Spielplätzen und die Anschaffung von Turngeräten.

Art. 2. Die Zuerkennung von Staatsbeiträgen ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Gesuche müssen vor Beginn der Baute, resp. vor Anschaffung der betreffenden Gegenstände, begleitet von Plänen und Kostenvoranschlägen, dem Erziehungsdepartement eingereicht werden. Dieses wird die Pläne, auf vorausgegangene Begutachtung durch das Kantonsbauamt, dem Erziehungsrate zur Genehmigung unterbreiten, alles nach den Vorschriften des Regulativs über Schulhausbauten;
2. über Bauten und Umbauten ist eine besondere Baurechnung zu führen; bei Anschaffungen sind die betreffenden Ausgaben in der ordentlichen Schulrechnung gesondert anzuführen.

Art. 3. Der Staatsbeitrag beträgt gemäß der in Art. 11 festgesetzten Skala 2—35 Prozent der wirklichen Kosten, immerhin in dem Sinne, daß auf Grund des eingereichten Kostenvoranschlages zum voraus durch den Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates eine Maximalsumme angesetzt wird.

Art. 4. Die Grundlage für die Berechnung des Staatsbeitrages ist die Steuerkraft der Schulgemeinde per Lehrstelle. Diese Steuerkraft setzt sich zusammen:

- a. Aus dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen, inklusive dem Steuerwert des Grundbesitzes der Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften;
- b. aus dem mit der Zahl 1000 kapitalisierten Betrage einer einfachen Einkommenssteuer (1 ‰ vom Vermögen). Der Ertrag der Einkommenssteuer der Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften fällt hierbei außer Betracht.

Art. 5. Für die Berechnung der Steuerkraft per Lehrstelle ist maßgebend:

- a. Bei Primarschulen: Die Zahl der bestehenden Primarlehrerstellen;
- b. bei Sekundarschulen: Die Zahl der in derselben Schulgemeinde bestehenden Primarlehrerstellen, sowie der Hauptlehrerstellen der Sekundarschule.

Wenn eine Sekundarschulgenossenschaft sich über mehrere Primarschulgemeinden erstreckt, so wird die Steuerkraft sämtlicher in Betracht fallender Primarschulgemeinden addiert und das Ergebnis durch die Gesamtzahl der Primarlehrerstellen und Hauptlehrer der Sekundarschule der betreffenden Schulkorporationen dividiert.

Art. 6. Bei Neubauten tritt folgendes Verfahren ein:

1. Man berechnet die Steuerkraft per Lehrstelle aus der zur Zeit der Plan genehmigung bekannten, nach Art. 4 ausgemittelten Steuerkraft der Schulgemeinde und der mit dem Bezuge des neuen Schulhauses in der letzteren bestehenden beziehungsweise durch Gemeindebeschluß zugesicherten Anzahl von Lehrstellen.
2. Werden innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren weitere Lehrstellen, die vorgesehenerweise im gleichen Schulhause untergebracht werden können, errichtet, so wird jedesmal auf Grund der neuen Verhältnisse die nun zutreffende Steuerkraft per Lehrstelle bestimmt und der entsprechende Staatsbeitrag berechnet.
3. Eine allfällige Differenz des so berechneten Staatsbeitrages gegenüber dem unmittelbar vorhergehenden wird bei Errichtung einer neuen Lehrstelle jeweilen als weitere Subventionsquote ausbezahlt.

Sollten bei der Unterbringung neuer Lehrstellen Bauteile zum Abbruch gelangen, die früher subventioniert wurden, so fällt eine entsprechende Quote des geleisteten Staatsbeitrages in Abzug. Für die Berechnung dieser Bauteile sind die jeweilen zurzeit des Abbruches ortsüblichen Tagespreise maßgebend.

Art. 7. Bei der Berechnung der Subventionssumme werden der Erlös aus veräußerten Liegenschaften und Gebäuden und der Verkehrswert von durch den Neubau entbehrlich gewordenen Gebäuden und Bodenparzellen in Abzug gebracht. Dagegen ist dies nicht der Fall mit Bezug auf Schenkungen und bereits vorhandene Baufonds.

Art. 8. Bei Bauten von Sekundarschulen wird der nach vorstehenden Bestimmungen berechnete Beitrag um 20 ‰ erhöht.

Art. 9. Die Nichteinhaltung der allgemeinen bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften und des von der Oberbehörde genehmigten Bauplanes, sowie auch die Nichtbefolgung der von derselben erteilten Weisungen hat einen Abzug an der bereits zuerkannten Bausumme zur Folge, dessen Höhe auf Antrag des Erziehungsrats vom Regierungsrat festgesetzt wird.

Gegenüber solchen Schulgemeinden, die auf der Ausführung eines von den Oberbehörden als in wichtigen Punkten ungeeignet befundenen Projektes verharren, kann vom Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates gänzlicher Entzug des reglementarisch vorgesehenen Staatsbeitrages verfügt werden.

Vorbehalten bleibt daneben das dem Erziehungsrat in Art. 2 gewährte Recht, die Schulhausbaute überhaupt nicht zu genehmigen.

Art. 10. Der Staatsbeitrag wird, wenn es sich nicht um geringere Beträge handelt, in mehreren, gleichzeitig mit der Zuerkennung desselben von der Behörde festzusetzenden Raten ausbezahlt. Für die Feststellung des Zeitraumes, innert dessen die Gesamtauszahlung erfolgt, ist die Höhe des zurzeit zur Verfügung stehenden Budgetpostens maßgebend. Von dem Zeitpunkte der Beendigung des Rohbaues ist dem Erziehungsdepartemente rechtzeitig Kenntnis zu geben, welches alsdann das Kantonsbauamt zur Besichtigung und Untersuchung desselben abordnen wird.

Art. 11. Die Zuwendung des Staatsbeitrages erfolgt nach folgender Skala:

Skala der Staatsbeiträge an Schulhäuser.

Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten	Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten	Fr. Steuerkraft per Lehrstelle in Tausenden	Staats- beitrag in Prozenten
Bis 100	35	Bis 400	23	Bis 900	11
" 125	34	" 425	22	" 950	10
" 150	33	" 450	21	" 1000	9
" 175	32	" 475	20	" 1100	8
" 200	31	" 500	19	" 1200	7
" 225	30	" 550	18	" 1300	6
" 250	29	" 600	17	" 1400	5
" 275	28	" 650	16	" 1500	4
" 300	27	" 700	15	" 1750	3
" 325	26	" 750	14	" 2000	2
" 350	25	" 800	13		
" 375	24	" 850	12		

Art. 12. Vorstehendes Regulativ ersetzt dasjenige vom 28. April 1893 und den Nachtrag vom 7. Februar 1902 und tritt sofort in Kraft.

12. 10. Regulativ betreffend Erstellung, Unterhalt und Benützung von Schulhausbauten im Kanton St. Gallen. (Vom Erziehungsrate erlassen den 8. Juli 1907. Vom Regierungsrate genehmigt den 9. Juli 1907.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Ausführung von Art. 16 der kantonalen Schulordnung vom 29. Dezember 1865, und in Revision des Regulativs für den Neubau von Schulhäusern, sowie für deren Unterhalt und Benützung vom 18. Oktober 1866,

verordnet was folgt:

Erster Abschnitt. — Vorschriften für Neubauten.

A. Baustelle.

Art. 1. Das Schulhaus soll auf einem trockenen, freien und soweit möglich in der Mitte des Schulkreises schön gelegenen Platze stehen.

Die Form und Größe des Schulhausplatzes muß eine solche Stellung des Schulhauses ermöglichen, daß dem letzteren immer die nötige Licht- und Luftzufuhr gewahrt und genügend Fläche für den Spiel- und Turnplatz übrig bleibt.

Art. 2. Bei der Auswahl der Baustelle ist die Beschaffenheit des Baugrundes zu berücksichtigen, sowie die Nähe von Friedhöfen, geräuschvollen Plätzen, Straßen und Gewerbelokalen, Wirtschaften, sowie von Gewerben, die einen unangenehmen oder der Gesundheit nachteiligen Geruch verbreiten, sorgfältig zu vermeiden.

Ebenso ist der Nähe von Düngstätten und sumpfigem Boden auszuweichen und das Gebäude so zu stellen, daß kein Abwasser von Kloaken und Jauchehältern sich unter dem Terrain verbreiten kann. Erforderlichen Falles sind solche Abwasser durch zweckentsprechende Dränagen oder Kanalisationen von der Baustelle fernzuhalten.

Art. 3. Das Schulhaus soll mit gutem Trinkwasser versorgt werden. Kann im Schulhause selbst die Wasserleitung nicht eingeführt werden, so ist wenigstens vor dem Schulhause ein Brunnen mit gutem Trinkwasser zu erstellen.

Art. 4. Beim Schulhause ist ein Spiel- und Turnplatz anzulegen. Derselbe soll möglichst eben, trocken und von belebten und stark befahrenen Straßen getrennt sein.

Dieser Platz ist, wenn möglich, so zu bemessen, daß sich für jedes das Schulhaus besuchende Schulkind eine Fläche von 8 m^2 ergibt.

Auf oder neben dem Spielplatz soll ein Brunnen erstellt werden. Alle Abwasser des Schulhauses, der Dächer, der Brunnen etc. sind unterirdisch mittelst Kanalisation oder Senkgruben abzuleiten. Für die richtige Abführung der Tagwasser vom Schulhausplatz, Spiel- und Turnplatz sind die nötigen baulichen Vorkehrungen zu treffen.

Die zu den Eingängen des Schulhauses führenden Wege sind zu pflastern oder mit Steinbett zu versehen und mit feinem Kies zu belegen.

Für jede im Hause einzurichtende Lehrer- oder Abwartwohnung ist, soweit möglich, ein in seiner Abmessung den örtlichen Verhältnissen angepaßter, eingefriedigter Hausgarten in unmittelbarer Nähe des Schulhauses zu erstellen.

Bei Schulhäusern in Berggegenden kann erforderlichen Falles unter angemessener Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse von vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden.

B. Allgemeine Vorschriften über die Bauart.

Art. 5. Das Schulgebäude soll ein solides, der Beschaffenheit des Baugrundes und der Größe der zu tragenden Last entsprechendes Fundament erhalten.

Wo Grundwasser vorhanden ist, soll, sofern dies möglich ist, für dessen richtige Ableitung gesorgt werden. Ist die Ableitung des Grundwassers nicht möglich, so darf der Kellerboden mit seiner Oberkante nicht tiefer als 30 cm über dem höchsten Grundwasserstand angelegt werden und ist in sämtliches aufsteigende Mauerwerk auf der Höhe des Kellerfußbodens eine gute, vollkommen wasserundurchlässige Isolierschicht einzulegen, so daß das Aufsteigen von Feuchtigkeit im Mauerwerk ausgeschlossen ist.

Bei Schulhäusern, die auf ansteigendem Terrain erstellt werden, ist allfällig von der Bergseite herfließendes Wasser in zweckentsprechender Weise abzuleiten.

Art. 6. Der Fußboden des Erdgeschosses soll wenigstens 1 m über vergleichener Terrainhöhe liegen. In Abteilungen des Gebäudes, in welchen sich keine Kellerräume befinden, muß zwischen dem Bodengebälke solcher Räume und dem Erdreich ein freier, gut ventilierbarer Hohlraum von wenigstens 1 m Höhe sich befinden. Gegen aufsteigende Feuchtigkeit sind geeignete Isolierungen anzubringen.

Der Hohlraum muß leicht zugänglich sein. Zuglöcher in den Außenmauern sollen vermittelst starkem, gelochtem Blech oder starkem Drahtgeflecht geschlossen werden, und zweckentsprechende Vorkehrungen sollen eine möglichst luftdichte Abschließung im Winter ermöglichen.

Art. 7. Die Feuerungsanlagen sind genau nach den jeweiligen zu Recht bestehenden Gesetzen und Verordnungen auszuführen.

Art. 8. Die Umfassungswände sind in der Regel massiv zu erstellen.

An Orten, wo die massive Konstruktion unverhältnismäßige Mehrkosten verursachen würde, kann von dieser Vorschrift abgegangen werden. In diesem Falle ist jedoch nach Maßgabe der Verhältnisse eine Konstruktion zu wählen, welche dem Massivbau in jeder Hinsicht möglichst nahe kommt.

Art. 9. Wenn bewohnte Lokalitäten oder Schulzimmer unter oder über andern Schulzimmern, oder nebeneinander liegen, so ist durch geeignete Konstruktionen dafür zu sorgen, daß Wände und Decken möglichst schalldicht sind.

Art. 10. Die Dächer sind mit harter Bedachung zu versehen, unter welcher sich ein Schindelunterzug oder eine andere, denselben Dienst versehende Konstruktion befinden muß.

Plattformen sind mit Blech oder einer andern harten Bedachung einzudecken. Das Dachwasser muß mittelst solider Rinnen und Abfallröhren abgeleitet werden.

Jedes Schulhaus soll einen Blitzableiter erhalten. Für die Erstellung und Unterhaltung desselben sind die jeweiligen geltenden Vorschriften maßgebend.

Art. 11. Ein Schulhaus soll in allen Teilen solid und unter Verwendung bester Materialien ausgeführt werden.

Für das Äußere des Gebäudes werden Einfachheit und harmonische Verhältnisse verlangt. Es soll der Charakter und die Zweckbestimmung des Hauses zum Ausdruck gebracht werden.

C. Die einzelnen Teile des Schulgebäudes.

Eingang, Treppen und Gänge.

Art. 12. Der Haupteingang in das Schulgebäude muß so breit sein, daß mehrere Kinder zu gleicher Zeit bequem aus- und eingehen können. Bei größeren Schulhäusern sollen zwei Eingänge erstellt werden. Die zum Reinigen der Schuhe nötigen Vorrichtungen sollen in genügender Zahl, sowohl vor den Haustüren als auch vor den Zimmertüren vorhanden sein.

Art. 13. Treppenhäuser sollen geräumig, hell beleuchtet und gut lüftbar sein.

Art. 14. Die Laufbreite und die Breite der Podeste von Treppen, welche den Zugang zu Schulzimmern vermitteln, sind der Schülerzahl, welche sie zu begehen hat, anzupassen. Diese Maße dürfen jedoch nicht unter 1,40 m, im Lichte der Wangen gemessen, betragen.

Solche Treppen dürfen in der Regel nur gerade Läufe erhalten und müssen mit Podesten versehen sein.

Die Steigungsverhältnisse derartiger Treppen sollen bequem sein. Das Verhältnis von Steigung zu Auftritt darf nicht schlechter als 0,17:0,26 sein.

Jede Treppe ist auf der Öffnungsseite mit einem soliden Geländer zu versehen. Bei breiten Treppenläufen ist auch ein Handgriff an der Wand anzubringen.

In mehrstöckigen Gebäuden ist die Erstellung massiver Treppen wünschenswert. Die Kellertreppen sollen in der Regel massiv sein. Bei hölzernen Treppen ist die Untersicht zu verputzen.

Die Verwendung von Tannenholz für Tritte bei Treppen, welche zu Schul- und Wohnungsräumlichkeiten führen, sowie das Anbringen von sogenannten Treppeneisen auf die Tritte ist unstatthaft.

Die Wände der Treppenhäuser sollen auf eine Höhe von 1,50 m einen soliden Schutz gegen Beschädigungen, wie Stöße, Schläge etc. erhalten. Dieser Wandschutz (Getäfel etc.) soll leicht abgewaschen werden können. Über demselben sind die Wände zu verputzen und mit einem hellen, guten Anstrich zu versehen. Gestrickte Wände müssen gehobelt oder ganz getäfelt werden; geriegelte Wände werden am besten ganz getäfelt.

Bei Treppen, welche nur zu Wohnungen führen, können die Vorschriften betreffend Anlage, Breite der Treppenläufe, allfällige Podeste und Wandschutz nach Maßgabe waltender Verhältnisse eine angemessene Modifikation erfahren.

Art. 15. Gänge und Vorplätze vor Schulräumen, sowie Räume zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken sollen gut lüftbar und direkt beleuchtet sein. Sie sollen eine solche Größe erhalten, daß sie den Kindern bei schlechtem Wetter zum Aufenthalt während den Pausen genügend Platz bieten. Mit weniger als 2 m nutzbarer Breite dürfen Haupt- und Seitengänge nicht erstellt werden.

Zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken sind, soweit möglich, besondere Garderoberräume zu erstellen. Ist das nicht möglich, so sind an den Wänden

solide Vorrichtungen in genügender Zahl zum Aufhängen von Kleidungsstücken anzubringen; ebenso sind Schirmständer von genügender Größe oder in genügender Anzahl an geeigneten Orten aufzustellen.

Die Fußböden der Gänge sollen wenigstens mit buchenen Parkettböden oder einem andern gleichwertigen Material belegt werden. Massive Wände sind auf eine Höhe von 1,50 m wie in den Treppenhäusern mit einem guten Wandschutz zu versehen; über demselben sollen sie verputzt und der Verputz in einem gebrochenen, hellen Farbton gut angestrichen werden.

Bei gestrickten oder geriegelten Wänden findet die Bestimmung von Art. 14, Alinea 7, Anwendung.

Die Decken sollen getäfelt oder verputzt und in beiden Fällen gut und in hellem Farbton angestrichen werden. Andere Deckenausbildungen, welche den erwähnten mindestens gleichwertig sein müssen, sind indessen statthaft.

Die Unterrichtslokale.

Art. 16. Für den Unterricht sind folgende Lokale notwendig:

1. Ein Schulzimmer für jede Abteilung, in der ein besonderer Lehrer wirkt;
2. ein besonderes Zimmer für die Mädchenarbeitsschule.

Wünschbar ist im ferneren ein besonderer bedeckter Raum für Turnübungen, sofern nicht ein besonderes Turnhaus erstellt wird, resp. vorhanden ist.

Schulzimmer sollen mit der Hauptlichtseite nach Südosten, oder, wo dies der örtlichen Verhältnisse wegen nicht angeht, nach Osten oder Süden gelegt werden.

Art. 17. Jedes Schulzimmer muß genügend Raum für die Aufstellung der Schulbänke, für Gänge zur Beaufsichtigung der Schüler durch den Lehrer und für einen geräumigen, freien Platz vor der Wandtafel und dem Lehrerpulte darbieten.

Ein Schulzimmer darf nicht für mehr als 70 Kinder eingerichtet werden. Die Breite eines Schulzimmers soll nicht über 7,50 m und die Länge nicht über 12 m betragen. Auf alle Fälle sind die Dimensionen den zur Verwendung kommenden Schulbänken anzupassen. Mehr als zwei vierplätzig oder zwei dreiplätzig oder drei zweiplätzig Schulbänke dürfen nicht nebeneinander gestellt werden.

Als Minimaldetailmaße werden festgesetzt:

Abstand zwischen vorderster Bankreihe und Tafelwand 2 m.

Gang an der langen Fensterwand 0,80 m.

Zwischengänge 0,50 m.

Gang an der geschlossenen Längswand 1 m.

Gang an der Rückwand 0,80 m.

Art. 18. Die Deckenkonstruktion eines Schulzimmers soll in solcher Stärke erstellt werden, daß sie sich selbst samt der auf ihr ruhenden Nutzlast mit vollkommener Sicherheit tragen kann.

Andere Unterstüzungen von Deckenkonstruktionen als Unterzüge sind unstatthaft. Unterzüge sollen des besseren Aussehens wegen möglichst wenig unter die Deckenfläche vorspringen.

Art. 19. Ein Schulzimmer soll an Bodenfläche wenigstens 1 m² und an Kubikraum wenigstens 3,50 m³ per Sitzplatz aufweisen.

Art. 20. Die lichte Höhe des Schulzimmers soll je nach der Größe desselben und seiner relativen und absoluten Höhenlage 3,30 bis 3,50 m betragen.

Bei Schulhäusern mit kleiner Kinderzahl kann die lichte Zimmerhöhe bis auf 3 m reduziert werden, immerhin unter Beachtung der Vorschriften von Art. 19.

Art. 21. Für den Fußbodenbelag der Schulzimmer gelten die gleichen Vorschriften wie für denjenigen in den Gängen und Vorplätzen.

Art. 22. Wo die Wände nicht vollständig vertäfelt werden, sind dieselben wenigstens bis auf eine Höhe von 1,50 m mit Getäfel oder mit einem wenigstens gleichwertigen Wandschutz zu versehen. Das Getäfel, sowie alles übrige Holzwerk im Schulzimmer ist in hellen Tönen gut anzustreichen. Dasselbe ist auch bei einem andern Wandschutz der Fall, sofern derselbe nicht an sich gebrauchsfertig ist.

Art. 23. Die gemauerten Wände sollen einen haltbaren Anstrich von hellem, gebrochenem Farbentone erhalten.

Es empfiehlt sich, auf massive Wände zum Aufhängen von Lehrmitteln für den Anschauungsunterricht und von Bildern starke Holzleisten oder eiserne Aufhängevorrichtungen in geeigneter Höhe anzubringen, welche solid zu befestigen sind.

Art. 24. Die Decken sollen getäfelt oder glatt verputzt werden. In beiden Fällen ist ein ganz heller Anstrich anzubringen.

Art. 25. Das Licht soll von links und eventuell außerdem noch von rückwärts einfallen. Werden des äußern Aussehens wegen Fenster in der vorderen Wand, d. h. der Tafelwand, erstellt, so sind dieselben durch geeignete Vorkehrungen gut zu blenden.

Die Fensterfläche in der linksseitigen Fensterwand soll, in Stein- oder Futterlicht gemessen, wenigstens $\frac{1}{5}$ der Bodenfläche des Schulzimmers betragen.

Die Verteilung des Lichtes im Schulzimmer muß eine möglichst gleichmäßige sein.

Die Fensterbrüstungen dürfen nicht über 90 cm und nicht unter 75 cm vom Fußboden bis Oberkante Fensterbank hoch sein.

Die Fenster sollen so nahe an die Decke gerückt werden, als es eine solide Konstruktion erlaubt; in keinem Falle darf der Abstand zwischen Unterkante Fenstersturz und Unterkante Decke mehr als 30 cm betragen.

Art. 26. Sämtliche Fensteröffnungen, mit Ausnahme der Fenster in Dachräumen und derjenigen in ungeheizten Kellerräumen, müssen mit gutschließenden, permanenten und ebensolchen Winterfenstern versehen sein, deren sämtliche Flügel zum Einwärtsöffnen eingerichtet sein müssen.

Die Oberflügel sind als Klapp- oder Drehflügel einzurichten und zusammen mit leicht lösbaren, soliden Kuppelungen zu verbinden. Es ist statthaft, statt zweier getrennter Fenster für eine Lichtöffnung nur ein Fenster zu erstellen, sofern dasselbe mit doppelter Verglasung versehen wird, bei welcher die beiden Glasflächen durch eine genügend dicke, gut abgeschlossene Luftschicht voneinander getrennt sind.

Art. 27. Die der Sonnenbestrahlung während der Unterrichtszeit ausgesetzten Fenster sollen solide Vorrichtungen erhalten, welche das Eindringen der Hitze und der Sonnenstrahlen in die Schulzimmer verunmöglichen. Diese Vorrichtungen (Rolläden, Zugjalousien, Rouleaux, gewöhnliche Jalousien) müssen so eingerichtet werden, daß sie unbeschadet ihrer Zweckbestimmung eine genügende Beleuchtung der Räume ermöglichen und bequem geöffnet und ausgestellt werden können. In geöffnetem Zustande sollen diese Vorrichtungen die Lichtfläche der Fenster, nach Art. 25 berechnet, nicht vermindern.

Art. 28. Die Beheizung der Schulzimmer hat entweder durch Zimmeröfen oder durch eine Zentralheizung zu geschehen. Beim ersteren Systeme sind jedoch die gewöhnlichen gußeisernen Öfen ohne Ausmauerung und ohne Mantel nicht zulässig. Blechöfen müssen eine gute Fütterung aus feuerfesten Steinen erhalten. Zimmeröfen, die im Schulzimmer selbst geheizt werden, müssen als Immerbrenner konstruiert sein.

Die Heizkörper oder die Mündungen der Warmluftkanäle von Luftheizungen müssen so angebracht sein, daß den zunächst sitzenden Schülern die Wärmeausströmung nicht lästig wird.

Bei Ofenheizung sowohl als bei Zentralheizung ist eine mit den Heizkörpern in Verbindung stehende, leicht regulierbare Frischluftzuführung von außen an-

zubringen. Die Einrichtung muß so getroffen werden, daß die frische Luft vor dem Eintritt in den zu heizenden Raum so stark vorgewärmt wird, daß keine unangenehme Zugluft auftritt.

Bei Zentralwarmwasserheizungen ist der Konstruktion und der Handhabung der Ventilationsvorrichtung, wegen der Gefahr des Einfrierens der Heizkörper, besondere Sorgfalt zuzuwenden.

Art. 29. Für die künstliche Abfuhr verdorbener Luft ist bei massiven Bauten in den innern Wänden für jedes Schulzimmer ein separater Luftzug anzulegen von wenigstens 500 cm² lichtem Querschnitt. Diese Luftzüge sind inwendig glatt zu verputzen und müssen je eine, vermittelst abschraubarer Jalousie gut verschließbare Öffnung in der Nähe des Fußbodens und eventuell auch möglichst nahe an der Decke erhalten. Der lichte Querschnitt der Jalousien muß gleich dem lichten Querschnitt des Zuges sein. Die Jalousien müssen so konstruiert sein, daß die Luft auf dem natürlichen Wege ungehindert abziehen kann.

Die Ventilationskanäle müssen im Dachraum ausmünden und mit starkem Drahtgeflecht oder gelochtem Blech solid abgedeckt werden. Bei nicht massiven Bauten sind diese Kanäle aus beidseitig gehobelten Brettern und mit gutgedichteten Fugen zu erstellen.

Die Einhaltung dieser Vorschrift ist das Wenigste, was mit Bezug auf die Ventilationseinrichtung verlangt werden muß.

Art. 30. Als Schulbank ist die „St. Galler Schulbank“ oder eine derselben wenigstens gleichwertige Bank zu verwenden.

Art. 31. Außer den Schulbänken sollen in jedem Schulzimmer vorhanden sein: 1. Wenigstens eine große schwarze Wandtafel; — 2. ein verschließbares Pult mit Sitz für den Lehrer; — 3. ein verschließbarer Wandschrank mit Gestellen zur Aufbewahrung der allgemeinen Lehrmittel; — 4. ein kleiner Tisch mit zwei Stühlen; — 5. ein Thermometer; — 6. ein Gießfaß mit Handtuch; — 7. ein Spucknapf mit Wasserfüllung.

Art. 32. Das Arbeitsschulzimmer soll in bezug auf Größe, Höhe, Beleuchtungs- und Heizungsweise, sowie auch Ventilation nach denselben Vorschriften eingerichtet sein, wie das allgemeine Schulzimmer, sofern nicht gewichtige Gründe für eine Modifikation derselben sprechen.

Art. 33. In dem Arbeitsschulzimmer sollen folgende Zimmergeräte vorhanden sein: 1. Die Arbeitstische nach St. Galler System; die Tische sind so zu stellen, daß das Licht unbehindert jeder Schülerin auf die Arbeit fallen kann; — 2. ein großer Tisch zum Vorschneiden; — 3. ein verschließbarer, zweckentsprechend eingerichteter Schrank; — 4. eine schwarze Wandtafel; — 5. zwei Stühle; — 6. ein Thermometer; — 7. ein Gießfaß mit Handtuch; — 8. ein Spucknapf mit Wasserfüllung.

Die Aborte.

Art. 34. Die Aborte, auf deren Anlage und Einrichtung besondere Aufmerksamkeit verwendet werden muß, sind womöglich in Eckräume nach Norden zu verlegen und von den übrigen Räumen möglichst gut abzuschließen.

Art. 35. Die Abortgruppen für die beiden Geschlechter sind auf die ganze Raumböhe voneinander zu trennen und mit eigenen Eingängen zu versehen, deren Türen selbstzufallend sein müssen. Jede Abteilung muß einen eigenen, auf die ganze Höhe von ihr getrennten Vorplatz haben.

Auf höchstens 30 Kinder ist ein durch wenigstens 2,40 m hohe Wände abgeschlossener, verschließbarer Raum mit Sitz zu schaffen.

Bei gemischten Schulen ist die Sitzzahl auf der Mädchenabteilung größer zu machen, als diejenige auf der Knabenabteilung.

Eigene Lehreraborte sind in Schulhäusern mit mehr als einem Schulzimmer, sowie auch in solchen mit nur einem Schulzimmer einzurichten, wenn der Lehrer nicht im Schulhaus wohnt.

Art. 36. Die Pissoirabteilungen sind von den mit Sitzen versehenen Abortabteilungen zu trennen.

Die Pissoirabteilung soll einen eigenen, ebenfalls auf die ganze Raumhöhe von ihr getrennten Vorplatz erhalten.

Die Pissoirabteilungen sind mit Rinnen oder Schalen aus glasiertem Steintgut oder Porzellan zu versehen. Die Wände, auf welche dieselben befestigt werden, müssen auf wenigstens 1,40 m Höhe mit Zementverputz oder auf dieselbe Höhe mit Schieferplatten, deren Fugen gut gedichtet sind und welche zusammen eine ebene, vollständig glatte Fläche bilden, oder auf andere gleichwertige Art verkleidet sein.

Die Ableitung aus den Rinnen oder Schalen bis zum Hauptrohr soll vermittelst Bleiröhren oder asphaltierten, gußeisernen Röhren von genügender Weite geschehen.

Jede Ableitung aus einer Pissoirabteilung soll einen eigenen, mit Putzschraube versehenen Wasserverschluß (Siphon) erhalten.

Wenn die Verhältnisse es erlauben, so ist eine periodische Spülung nach einem bewährten System einzurichten.

Gut konstruierten Ölpissoirs ist bei gutem Unterhalt vor anderen Pissoirkonstruktionen der Vorzug zu geben.

Art. 37. Die Abortröhren sind von der Grube bis über die Dachfläche in gleicher Weise möglichst senkrecht aufzuführen und hier mit einem seitwärts offenen Hute abzudecken; separate Pissoirleitungen müssen ebenfalls über Dach geführt und mit einem Hut gleicher Konstruktion versehen werden.

Der Deckel ist am Sitzbrett zu befestigen.

Als Material für die Abortleitungen sollen gut gebrannte, beidseitig glasierte Steingutröhren oder gußeiserne, asphaltierte Röhren von genügender Lichtweite verwendet werden.

Art. 38. Die Gruben müssen vollständig wasserdicht und durchaus unabhängig von den übrigen Gebäudemauern erstellt werden. Es ist durch geeignete Mittel (Lehmschichten) dafür zu sorgen, daß Gebäudesetzungen vor sich gehen können, ohne daß die Grube davon berührt wird. Jede Grube muß über ihrer ganzen Fläche eine vollständig dichte, massive Decke erhalten, welche nur von den Rohrleitungen und von dem, mit eisernem Deckel zu versehenen Schöpfloch durchbrochen werden darf.

Der Boden ist vollständig dicht zu erstellen und so einzurichten, daß die Grube leicht ganz geleert werden kann.

Jede Grube ist mit einer eigenen Ventilationsleitung aus glasierten Steingutröhren oder gußeisernen, geteerten Röhren zu versehen, welche einen lichten Durchmesser von wenigstens 12 cm haben muß und von der Decke der Grube bis über Dach zu führen ist.

Sofern es die Verhältnisse irgendwie erlauben, sollen die Aborte nach dem Sammelrohrsystem mit automatischer Wasserspülung oder nach dem Klosett-system mit Einzelspülung versehen werden. Eine eigene Grubenventilation ist nicht nötig, wohl aber sind die sämtlichen Fallrohre über Dach zu entlüften.

Bei Massivbauten sind die Bodenkonstruktionen der Aborte massiv zu erstellen.

Art. 39. Die Aborte sollen gut beleuchtet und gut lüftbar sein. Zu letzterem Zwecke sind die Fenster gleich einzurichten wie in den Schulräumen.

Für die künstliche Abführung der schlechten Luft sind für jede Abortabteilung separate Abzugskanäle gleich den bei dem Schulzimmer erwähnten zu erstellen. Die mit Jalousien zu versehenen Öffnungen derselben sollen sich möglichst nahe an der Decke befinden. Die Kanäle sind über Dach zu führen und abzudecken.

Art. 40. Sämtliches Holzwerk in den Aborten muß mit Ölfarbe gut angestrichen werden.

Gemauerte Wände müssen einen glatten Verputz mit gutem Anstrich erhalten.

Die Decken müssen getäfelt oder glatt verputzt werden.

Das Turnlokal.

Art. 41. Das Turnlokal kann entweder im Schulhause selbst eingerichtet oder es kann in dessen Nähe hierfür ein eigener Bau erstellt werden. Die letztere Anordnung verdient den Vorzug.

Art. 42. Sollte das Turnlokal im Schulhause selbst eingerichtet werden, so ist dasselbe womöglich in das Erdgeschoß zu verlegen. Kellergeschosse dürfen nur in Ausnahmefällen und wenn dieselben vollständig trocken und gut beleuchtet sind, zu Turnlokalen eingerichtet werden. Wenn das Turnlokal sich über Schulzimmern oder anderen bewohnten Räumen befindet, so muß der Boden desselben derart konstruiert sein, daß in den unter dem Turnlokal liegenden Räumen Störungen durch Schall oder Erschütterung ausgeschlossen sind.

Art. 43. Ein Turnlokal, in welchem alle Gerätübungen ausgeführt werden sollen, muß eine lichte Höhe von wenigstens 5,20 m haben. Es soll trocken, gut beleuchtet und heizbar sein.

Als Bodenbelag ist ein Material zu wählen, welches elastisch ist und dabei möglichst wenig Staub entwickelt (Korklinoleum 7 mm); die Verwendung von Sand, Loh, Sägspänen und dergleichen ist unstatthaft.

Die Wände müssen auf eine Höhe von wenigstens 1,50 m eine gegen Stöße und Schläge möglichst unempfindliche Bekleidung erhalten und über derselben glatt geputzt oder sonst auf eine zweckentsprechende Weise bekleidet werden. Die Decken werden geputzt oder getäfelt.

Holzwerk und Verputz sind wie bei einem Schulzimmer mit gutem Anstrich zu versehen.

Art. 44. Wird für das Turnlokal ein eigener Bau erstellt, so soll dasselbe für jedes gleichzeitig zu unterrichtende Kind einer Turnklasse eine Fläche von wenigstens 3 m² aufweisen.

Es sind in demselben Aborte und Pissoirs unterzubringen, für welche die Vorschriften von Art. 34 bis 40 gelten.

Ferner sollen, wenn möglich, auch eigene Räume für Garderobe und Geräte vorgesehen werden.

Das Schulbad.

Art. 45. Wenn es die Verhältnisse erlauben, so soll ein der Größe des Schulhauses entsprechendes Duschebad mit eigenem Warmwasserbereitungsapparat und gutem Mischapparat erstellt werden. Zu jedem Duschebad gehören zwei von einem Vorplatz oder Korridor und vom Duscheraum selbst zugängliche Ankleideräume.

Dusche- und Ankleideräume müssen gut geheizt werden können. Für gute Beleuchtung und Lüftung ist Sorge zu tragen.

Das Speisezimmer.

Art. 46. Überall da, wo eine größere Anzahl Schulkinder wegen weiter und beschwerlicher Schulwege über die Mittagszeit nicht nach Hause gehen kann, soll ein geräumiges, gut beleuchtetes, gut lüftbares und gut heizbares Lokal eingerichtet werden, in welchem Kinder ihr mitgebrachtes oder das ihnen im Schulhaus verabfolgte Mittagessen einnehmen und überhaupt über die Mittagszeit sich aufhalten können. Hinsichtlich der Ausstattung sowohl als auch der Reinhaltung ist dieses Lokal einem Schulzimmer möglichst gleich zu halten.

Die Lehrerwohnung und Abwartwohnung.

Art. 47. In jedem Schulhause soll eine Wohnung erstellt werden, die als Lehrer- oder Abwartwohnung zu verwenden ist.

Art. 48. Die Wohnungen sollen von den eigentlichen Schullokalitäten gehörig getrennt und abgeschlossen sein.

Art. 49. Eine Lehrerwohnung soll folgende Räumlichkeiten enthalten: *a.* Eine geräumige, heizbare Wohnstube und wenigstens 3—4 andere Zimmer, wovon wenigstens ein weiteres heizbar sein muß; — *b.* eine Küche; — *c.* einen Keller; — *d.* einen Holzbehälter; — *e.* einen besonderen Abort; — *f.* eine Waschküche, welche im Kellergeschoß oder im Dachstock liegen kann und die von den übrigen Räumlichkeiten gut abgeschlossen und gut lüftbar sein muß.

Art. 50. Eine Abwartwohnung soll die nämlichen Räume enthalten, wie nach vorstehendem Art. 49 eine Lehrerwohnung, mit dem Unterschiede, daß neben der heizbaren Wohnstube 2—3 andere Zimmer, wovon wenigstens ein weiteres heizbar sein muß, vorzusehen sind.

Art. 51. Im Falle der Vermietung von Wohnungen sind folgende Vorschriften einzuhalten: *a.* Die Wohnung darf nicht an Personen vermietet werden, die einen auf die Schule störend einwirkenden Beruf betreiben; — *b.* die Mieter müssen überhaupt ehrbare, der Reinlichkeit und Ordnung beflissene Personen sein; — *c.* der Mietvertrag darf keine längere Kündigungsfrist als ein Vierteljahr festsetzen; — *d.* die Vermietung von seiten des Lehrers darf nur im Einverständnis mit dem Ortsschulrate stattfinden. Die Genehmigung soll in allen Fällen verweigert werden, wo es sich ergeben würde, daß aus irgendwelchen Gründen die Interessen der Schule durch die Vermietung beeinträchtigt würden; — *e.* der Vermieter ist für alle durch die Benützung entstehenden Schädigungen verantwortlich.

Der ordentliche Unterhalt von Wohnungen ist dagegen Sache der Schulgemeinde.

Amtslokale.

Art. 52. Es ist gestattet, Sitzungszimmer, Kanzleien oder Archive von Gemeindebehörden in das Schulhaus zu verlegen; dieselben müssen jedoch so angebracht sein, daß sie von den Unterrichtslokalen gehörig getrennt und abgeschlossen sind und, soweit es Sitzungszimmer und Kanzleien betrifft, eigene Zugänge besitzen. Aus der Benützung solcher Lokalitäten darf für die Schule keinerlei Störung entstehen.

Werden solche Lokalitäten nicht ausschließlich oder doch in Hauptsachen von den Schulbehörden benutzt, so werden die Erstellungskosten derselben bei der Bemessung des Staatsbeitrages in Abzug gebracht.

Verbesserung bestehender Schulhäuser.

Art. 53. Den Schulgemeinden wird empfohlen, die in vorstehendem Abschnitt enthaltenen Vorschriften, soweit dies der Natur der Sache nach möglich ist, auch an und in schon bestehenden Schulhäusern in Ausführung zu bringen. An größere Verbesserungsarbeiten an bestehenden Schulhäusern wird eine Staatsunterstützung nur verabfolgt, soweit dieselben den vorstehenden Vorschriften entsprechen.

Zweiter Abschnitt. — Verfahren bei der Erstellung neuer Schulhausbauten.

Art. 54. In erster Linie hat der Schulrat einen oder mehrere ihm gemäß den Vorschriften des ersten Abschnittes als zweckmäßig erscheinende Plätze auszuwählen und nach getroffener Wahl dem Erziehungsdepartement durch den Bezirksschulrat hiervon Mitteilung zu machen. Nach Anhörung des Kantonsbauamtes wird das Erziehungsdepartement, resp. der Erziehungsrat, sich mit dem oder den gewählten Plätzen bedingungslos oder bedingt einverstanden erklären oder neue Vorschläge machen.

Hierauf hat die Schulgenossenversammlung unter den vom Erziehungsdepartement, resp. vom Erziehungsrat, als geeignet bezeichneten Plätzen auf Antrag des Schulrates die definitive Platzwahl zu treffen.

Sollte der gewählte Platz aus irgend einem Grunde nicht freihändig für die Schulgemeinde erworben werden können, so ist, sofern die gesetzlichen Vor-

aussetzungen dafür vorhanden sind, nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (Art. 10 ff. des Gesetzes über die Expropriation vom 4. Juli 1898) das Expropriationsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Der Regierungsrat wird vor der Entscheidung der Frage über die Bewilligung der Expropriation auch die Begutachtung des zuständigen Bezirksschulrates, sowie des Erziehungsrates einholen.

Wird vom Regierungsrat die Bewilligung zur Expropriation abgelehnt, so ist der Schulrat gehalten, innerhalb vier Wochen eine andere Baustelle zu bezeichnen, bezüglich deren wiederum in gleicher Weise zu verfahren ist.

Sollte bei der im zweiten Absatz dieses Artikels bezeichneten Schulgenossenversammlung die vom Schulrate vorgeschlagene Baustelle die Genehmigung nicht erhalten, oder sollte überhaupt die Wahl des vorgeschlagenen Bauplatzes durch die Schulgenossenversammlung beanstandet werden, so hat der Schulrat innerhalb vier Wochen eine andere Baustelle zu wählen und der Schulgenossenversammlung in Vorschlag zu bringen. Sollte diese andere Baustelle nicht schon unter den vom Erziehungsdepartement, resp. dem Erziehungsrate, als geeignet bezeichneten sich befinden, so hat das im ersten Absatz dieses Artikels festgesetzte Verfahren auch für die neue vorgeschlagene Baustelle Platz zu greifen.

Findet sich nach Ansicht des Schulrates keine andere gleichentsprechende Baustelle vor, oder wird auch der zweite Vorschlag des Schulrates verworfen, so sind die Akten dem Erziehungsrate zuhanden des Regierungsrates einzusenden, welcher letzterer nach vorgenommenem Untersuche die Baustelle definitiv festsetzen wird.

Art. 55. Die Entwerfung der Baupläne, des Baubeschriebes und der Kostenberechnung für das zu erstellende Schulgebäude soll einem tüchtigen Sachverständigen übertragen werden; das Gutachten des Schulrates, sowie Plan und Kostenvoranschlag sind zu jedermanns Einsicht wenigstens 8 Tage vor Abhaltung der Schulgenossenversammlung öffentlich aufzulegen und sodann der letztern zur Entscheidung zu unterbreiten.

Art. 56. Behufs Einholung der Genehmigung sollen dem Bezirksschulrate zuhanden der Oberbehörden eingegeben werden: *a.* Eine Abschrift des betreffenden Gemeindebeschlusses samt dem Gutachten des Schulrates; — *b.* die Pläne im Doppel, und zwar: 1. Situationsplan, wenigstens im Maßstab 1:500, mit dem zum Schulhause gehörigen Areal, mit Angabe von dessen Zweckbestimmung; 2. Grundriß mit eingeschriebenen Maßen, wenigstens im Maßstab 1:100; 3. Aufrisse, wenigstens im Maßstab 1:100; 4. ein Höhenschnitt, in welchem die Stockhöhen im Lichten eingeschrieben sein müssen, wenigstens im Maßstab 1:100. In den Plänen muß auch die Heizeinrichtung und die Bestuhlung der Schulzimmer eingezeichnet sein; — *c.* Baubeschrieb; — *d.* detaillierter Kostenvoranschlag im Doppel; — *e.* Angabe der im Schulhause zur Zeit des Bezuges unterzubringenden Schülerzahl und der Anzahl der Schulen; — *f.* Kostentilgungsplan.

Das eine Exemplar der genehmigten Pläne und des Kostenvoranschlages bleibt in den Händen des Erziehungsdepartementes, während das andere Exemplar nach erteilter Genehmigung mit dem Visum des Erziehungsdepartementes versehen dem Schulrate wieder zugestellt wird.

Art. 57. Der Bezirksschulrat hat die eingegangenen Pläne zu prüfen und mit seinem Gutachten an das Erziehungsdepartement einzusenden.

Art. 58. Pläne, Baubeschrieb und Kostenvoranschlag sind dem Kantonsbauamt behufs Begutachtung derselben zu übermitteln. Wenn wesentliche Änderungen notwendig sind, so findet eine Rücksendung der Vorarbeiten an den Schulrat zur Vornahme der vom Kantonsbauamt geforderten oder beantragten Abänderungen statt. Die vom Kantonsbauamt gutgeheißenen Pläne werden, sofern nicht besondere Verhältnisse eine Vorlage derselben vor den Erziehungsrat notwendig machen, durch das Erziehungsdepartement bedingt oder in unveränderter Form genehmigt.

Schulhauspläne, welche nur mit wesentlichen Bedingungen der Abänderung oder gar nicht genehmigt werden, sind dem Erziehungsrat vorzulegen.

Dasselbe Verfahren findet analoge Anwendung bei Verbesserungen, Umbauten oder Erweiterungen bestehender Schulhäuser.

Art. 59. Der Erziehungsrat legt seine Vorschläge bezüglich der an den betreffenden Bau zu verabreichenden Staatsunterstützung, begleitet vom Gutachten des Kantonsbauamtes, dem Regierungsrate vor.

Auf Staatsunterstützung haben nur die den Vorschriften gegenwärtigen Regulativs entsprechenden Bauten Anspruch.

Durch ein besonderes Regulativ werden die Voraussetzungen und die Höhe des Staatsbeitrages festgesetzt.

Die Ausbezahlung des zugesprochenen Staatsbeitrages erfolgt in einem oder mehreren Terminen. Die letzte Terminzahlung darf nicht vor befriedigender Kollaudation verabfolgt werden.

Bauten, welche nach nicht genehmigten Plänen ausgeführt sind, werden weder als Schulhäuser zugelassen, noch wird an deren Kosten vom Staate ein Beitrag geleistet.

Art. 60. Die Bauausführung hat genau nach Plan und in Beobachtung der durch die Oberbehörde vorgeschriebenen Abänderungen zu geschehen. Der Schulrat bestellt eine sachverständige Bauaufsicht.

Die Bauausführung darf nur an solide und sachkundige Unternehmer übergeben und muß durch einen vom Schulrate bezeichneten Fachmann beaufsichtigt werden; zudem ist jeder auszuführende Schulhausbau durch das Kantonsbauamt im Laufe der Bauzeit zu besichtigen, und zwar wenigstens nach Vollendung des Rohbaues, sowie nach gänzlicher Vollendung des Baues.

Für Änderungen, die sich nach der Genehmigung der Pläne oder während des Baues als zweckmäßig herausstellen, ist der Ausführung vorgängig die Genehmigung der Oberbehörden einzuholen.

Art. 61. Das allzufrühe Beziehen neuer, nicht gehörig ausgetrockneter Schulhäuser ist strenge untersagt.

Art. 62. Von der Vollendung des Baues ist dem Bezirksschulrate zuhanden des Erziehungsdepartements Kenntnis zu geben. Die Kollaudation hat durch das Kantonsbauamt und ein Mitglied des Bezirksschulrates zu geschehen. Der dem Erziehungsrate zu erstattende Kollaudationsbericht ist dem Bezirksschulrate zuhanden des betreffenden Gemeindeschulrates abschriftlich mitzuteilen.

Sind in demselben Vollendungs- oder Ergänzungsbauten, Nachbesserungen oder Abänderungen vorbehalten, so wird der Rest des Staatsbeitrages erst nach befriedigendem Ausweise über deren Ausführung verabfolgt.

Art. 63. Vorstehendes Verfahren findet auch bei Verbesserungsarbeiten, Umbauten oder Erweiterungen von bestehenden Schulhäusern analoge Anwendung; auch bei Umbauten und Verbesserungsarbeiten ist vor Inangriffnahme derselben die Genehmigung der Erziehungsbehörde einzuholen.

Dritter Abschnitt. — Unterhalt des Gebäudes und Reinhaltung der verschiedenen Lokalitäten.

Art. 64. Die Schulbehörde hat fortwährend für gute Instandhaltung des Gebäudes, sämtlicher Lokalitäten desselben, der Wohnungen, sowie des Schulmobiliars zu sorgen.

In größeren Gemeinden mit mehreren Schulhäusern soll einem Mitgliede oder einer Kommission des Schulrates im besonderen die Aufsicht über die Schulgebäude und den Bestand der Mobilien übertragen werden.

Art. 65. Wahrgenommene Schäden am Gebäude in seinem Bestande oder an einzelnen Lokalitäten sollen, wenn Gefahr im Verzuge liegt, sofort, sonst aber in der nächstfolgenden Ferienzeit repariert werden.

Renovationen und Ausbesserungen, die periodisch erfolgen müssen, wie Kaminreinigung, Weißeln der Wände und Decken, Ausbesserungen des Daches etc. sind regelmäßig und in nicht zu langen Zwischenräumen vorzunehmen.

Art. 66. Gänge, Treppen, Schulkale und Abtritte sollen stets rein gehalten und zu diesem Zwecke täglich gekehrt und einmal in der Woche gescheuert werden. Im besondern sind diesfalls folgende Vorschriften zu beobachten:

a. Bezüglich des Schulzimmers:

Der Lehrer hat darauf zu achten, daß die Schulkinder ihre Schuhe vor dem Betreten des Schulzimmers gehörig reinigen. Im Schulzimmer soll die Entwicklung von Staub so viel als möglich verhindert werden.

Zur Verhinderung lästiger Stauberzeugung wird bei hölzernen und sogenannten fugenlosen Böden als sehr zweckmäßig empfohlen, den Fußboden mit gekochten Leinöl zu bestreichen.

Der Lehrer hat im ferneren strenge darauf zu achten, daß Wände, Tische und Fußboden nicht durch Tintenkleckse oder in anderer Weise verunreinigt, und daß die Schultische nicht mit Messern und dergleichen beschädigt werden.

Kleidungsstücke und Schirme dürfen in Schulkalen nicht aufbewahrt werden.

b. Bezüglich der Aborte:

Dieselben sollen stets rein gehalten und gut gelüftet werden. Es ist darauf zu halten, daß die Abortdeckel nach Gebrauch des Abortes jeweilen wieder gut verschlossen werden.

Bei nicht gut konstruierten und nicht leicht umzuändernden Aborten müssen von Zeit zu Zeit Desinfektionen angewendet werden.

Die Leerung der Gruben soll nicht während der Schulzeit vorgenommen werden.

Der Behandlung und dem Unterhalt der Spülapparate ist besondere Sorgfalt zuzuwenden, damit der Wasserverbrauch nicht unnötig groß ist.

Art. 67. Für die Beheizung der Schulzimmer hat der Schulrat zu sorgen.

Die normale Temperatur eines Schulzimmers ist 15° R.

Ein Hauptaugenmerk ist auf die Erzeugung einer möglichst gleichmäßig anhaltenden Temperatur zu richten.

Art. 68. Die Besorgung der Reinigung und Beheizung der Schulzimmer wird entweder einem in der Nähe des Schulhauses oder in diesem selbst wohnenden Abwart oder dem im Schulhaus wohnenden Lehrer übertragen, welcher alsdann Anspruch auf besondere Entschädigung hierfür hat. Unter allen Umständen ist darauf zu sehen, daß diese Obliegenheiten nur ganz zuverlässigen, pünktlichen und ordnungsliebenden Personen übertragen werden. Bei diesen Reinigungsarbeiten dürfen Schulkinder nicht beschäftigt werden.

Art. 69. Die Bezirksschulräte haben sich bei ihren Schulbesuchen davon zu überzeugen, daß den vorstehenden Bestimmungen über den Unterhalt und die Reinhaltung der Schulgebäude, Schulkale und Schulmobilien nachgelebt wird, säumige Schulräte an die Erfüllung ihrer Pflichten zu mahnen und bei erfolglos bleibender Mahnung dem Erziehungsrate Anzeige zu machen.

Art. 70. Vorstehendes Regulativ tritt sofort in Kraft und ersetzt dasjenige vom 18. Oktober 1866.

13. 11. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Aargau an die Mitglieder der aargauischen Naturschutzkommission betreffend die Anfertigung eines Inventars der Naturdenkmäler des Aargaus. (Vom 30. August 1907.)

Behufs Erstellung eines Inventars der Naturdenkmäler Ihres Bezirkes erhalten Sie beiliegend:

I. Die Karten dieses Bezirkes im Maßstab 1:25,000, aufgezogen, auf der Rückseite mit weißem Schreibpapier beklebt. Auf diesen Karten soll die Lage

jedes Naturdenkmals angegeben werden, indem die betreffende Stelle mit einer feinen Nadel durchstochen und auf der Rückseite die Art des Naturdenkmals mit dem Anfangsbuchstaben der allgemein üblichen Bezeichnung (z. B. für Felspartie F, erratischer Block E, Baum B, Wasserfall W etc.), unter Beifügung einer Nummer bezeichnet wird.

II. Ein kartonniertes Quartheft, in das ein numeriertes, geordnetes Verzeichnis aller bestehenden und eventuell auch der zerstörten Naturdenkmäler Ihres Bezirkes eingetragen werden soll. Es wird folgende Anordnung empfohlen:

A. Landschaftlich wichtige Stellen, Felspartien, Höhlen, Wasserfälle, Teiche, Moore und Waldstellen, die in wissenschaftlicher oder ästhetischer Hinsicht ausgezeichnet sind oder von charakteristischen Pflanzen und Tieren bewohnt werden.

B. Geologisch wichtige Gegenstände. (Lagerungsverhältnisse der Gesteine, Gletscherschliffe, erratische Blöcke, mit Angabe ihrer Gesteinsart und Dimensionen etc.)

C. Botanische Objekte: Durch Art, Wuchs, Alter oder Größe ausgezeichnete Bäume und Sträucher, Pflanzengesellschaften. Seltene und schön blühende Pflanzen, wie Seerosen, Aurikel, Orchideen etc.

D. Tiere, deren Fortbestehen gefährdet ist; Brutstätten von Vögeln.

E. Anderweitige Mitteilungen und Vorschläge.

Bei jedem Gegenstand sollen folgende Angaben gemacht werden:

1. Die Nummer, mit der der Gegenstand auf der Karte bezeichnet ist.
2. Die Lage in Millimeter des Abstandes vom Nord- und Westrand der Einzelblätter der Karten, eventuell mit weiter nötiger Ortsbeschreibung.
3. Der Eigentümer.
4. Eine kurze Beschreibung des Gegenstandes mit Hinweis auf bezügliche Literatur und Abbildungen.
5. Die bisherige Art der Erhaltung, bezügliche Verträge.
6. Die dem Gegenstand drohenden Gefahren.
7. Vorschläge zum Schutz.
8. Anderweitige Bemerkungen.

III. Ein Kuvert zur Aufnahme von bezüglichen Akten, Plänen, Photographien und andern Bildern bestehender und allfällig zerstörter Naturdenkmäler.

Es wird wohl möglich sein, das Inventar der Naturdenkmäler Ihres Bezirkes, eventuell mit Hilfe lokaler Sachkundiger, bis zum Frühjahr 1908 zu vollenden. Demgemäß werden Sie jetzt schon ersucht, die Karten, das von Ihnen angefertigte Verzeichnis und die bezüglichen Bilder bis zum 1. Mai 1908 dem Präsidenten der aargauischen Naturschutzkommission (Herrn Prof. Dr. F. Mühlberg in Aarau) einzusenden, der sie im kantonalen naturhistorischen Museum niederlegen wird. Die Karten der Bezirke sollen in eine kantonale Karte kopiert und nachher den Bezirksvertretern zu etwaiger Vervollständigung zurückgegeben werden.

Es wird beabsichtigt, die eingelangten Verzeichnisse in den „Mitteilungen der Aargauischen Gesellschaft“ unter Angabe der betreffenden Bearbeiter zu veröffentlichen.

14. 12. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die Bezirksschulräte und zuhanden der Gemeindeschulinspektoren betreffend die individuellen Prüfungen in Aufsatz und Rechnen. (Vom 8. November 1907.)

Von einem Erziehungsratsmitglied wurde ein einläßlicher Bericht erstattet über die in den Jahren 1904 und 1905 anlässlich der individuellen Prüfungen von den ausgetretenen Schülern gelieferten schriftlichen Arbeiten in Aufsatz und Rechnen.

Weil laut der dem Berichte beigegebenen statistischen Tabelle einzelne Gemeinden ganz bedenkliche Schulleistungen aufweisen, wurde eine erziehungs-

rätliche Zweierkommission beauftragt, Bericht und Antrag einzubringen, wie die gemachten Erhebungen zuhanden der Schulpflegen, Inspektorate und Lehrer fruchtbringend zu verwerten seien.

Fragliche Kommission ist nach reiflicher Überlegung zu dem Schlusse gekommen, es sei aus mehrfachen Gründen zu vermeiden, daß die Ergebnisse der gewalteten Untersuchung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. Es könnte dadurch leicht eine Bloßstellung der betreffenden Lehrer und Gemeinden und damit eine allgemeine abfällige, rücksichtslose und doch unfruchtbare Kritik seitens Unberufener provoziert werden.

In Zustimmung zu diesen Ansichtsäußerungen der Kommission und zu den von ihr gestellten Anträgen wird

beschlossen:

I. Die dem textlichen Bericht beigegebenen Ergebnisse in Aufsatz und Rechnen sind bezirksweise zusammenzustellen und mit den nachstehenden orientierenden Bemerkungen den Bezirksschulräten zuzustellen:

1. Die in der Tabelle aufgeführten Noten entsprechen der Taxation des erziehungsrätlichen Referenten und geben das allgemeine Bild über den Stand der geprüften Schülerabteilung.
2. Man ist der Ansicht, daß in Schulen, wo die Zahl der Geprüften durchschnittlich eine verhältnismäßig geringe ist, d. h. nur 10 oder weniger beträgt, der Lehrer für ungenügende, unordentliche, inkorrekte äußere Form in den schriftlichen Arbeiten verantwortlich gemacht werden kann.
3. Die im Rechnen aufgeführte Note bezieht sich bloß auf die Darstellungsweise, inklusive Übersichtlichkeit der sogenannten Nebenrechnung, welche gerade in diesem Fache als vorzügliches Mittel zum Zwecke dient.
4. Die Resultate im Aufsatz mögen da und dort günstig oder ungünstig beeinflusst worden sein durch unpassende Aufgabenstellung, indem für Ober- und Fortbildungsschulen rein geschichtliche Themata eine bloße Reproduktion erfordern, also zu leicht sind, während andere Forderungen über den Anschauungskreis und die Urteilsfähigkeit der Schüler hinausgehen, wie z. B.: „Was lehren uns die Freiheitskriege?“ „Getäuschte Hoffnung!“ „Nicht für die Schule, sondern fürs Leben.“
5. Wenn auch gegen die Zensur der schriftlichen Arbeiten seitens der Herren Inspektoren nichts eingewendet wird, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß bei der Taxation betreffend den allgemeinen Stand der Schulen da und dort wohl ein „menschliches Rühren“ sich über den tatsächlichen Befund stellt. Vorsicht ist hier sehr am Platze. Zu große Nachsicht schadet mehr als sie nützt. Objektive Beurteilung wirkt anregend, unangebrachte Subjektivität schafft Gleichgültigkeit.
6. Die Angabe der Schulaustritte aus den einzelnen Klassen (oben am Kopfe der statistischen Tabelle zu finden) soll zum Aufsehen anregen und dazu veranlassen, dem Austritte aus untern Klassen mit Möglichkeit zu begegnen.

II. Die Bezirksschulräte werden beauftragt, durch die Inspektoren denjenigen Schulen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, in denen nach den Untersuchungsergebnissen (in der Tabelle rot markiert) die Resultate in den schriftlichen Arbeiten unbefriedigend sind. Die Inspektoren sollen mit den betreffenden Lehrern die Ursachen der unbefriedigenden Leistungen zu eruieren suchen und auf Mittel und Wege zu deren Abhülfe dringen.

III. Die Ergebnisse der Zusammenstellung in der Tabelle sollen, wenn möglich durch ein Mitglied des Bezirksschulrates, den Bezirkskonferenzen in einem orientierenden Referate, jedoch ohne Namensnennung, zur Kenntnis gebracht werden.

15. 13. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die tit. Schulpflegen, Inspektorate und Lehrer der Gemeindeschulen betreffend den Austritt aus der Primarschule. (Vom 8. November 1907.)

Von einem Erziehungsratsmitglied wurde ein einläßlicher Bericht erstattet über die in den Jahren 1904 und 1905 anlässlich der individuellen Prüfungen von den ausgetretenen Schülern gelieferten schriftlichen Arbeiten in Aufsatz und Rechnen.

Aus den Untersuchungsergebnissen ergibt sich unter anderm, daß der Prozentsatz der vor Absolvierung sämtlicher acht Gemeindeschulklassen austretenden Schüler noch ein unverhältnismäßig großer ist, namentlich auch in Gemeinden mit Fortbildungsschulen. Es wird deshalb

beschlossen:

1. In Fortbildungsschulgemeinden ist wenigstens die siebente Klasse der Primarschule noch fortzuführen, sobald wenigstens vier Schüler für dieselbe einigermaßen befähigt sind.

2. In Primarschulen sind im Interesse der Realfächer, speziell Geographie und Geschichte, weniger rigorose Bedingungen an die Promotionen zu knüpfen, beziehungsweise es sind letztere möglichst zu erleichtern; die Pflege der Elementarfächer kann trotzdem der Schülerindividualität angepaßt werden.

Behufs Durchführung dieser Forderung hat gemäß § 48 des Schulgesetzes und § 68 des Reglements für Gemeindeschulen die Beförderung der Schüler in eine höhere Klasse unter Mitwirkung des Gemeindeschulinspektors stattzufinden.

3. Inskünftig soll ein Doppel der Tabelle der individuellen Prüfung (für die Schulchronik bestimmt) statt direkt dem betreffenden Lehrer der Schulpflege zur Kenntnisnahme und zuhanden des Lehrers zugestellt werden.

16. 14. Verordnung über die Durchführung des Turnunterrichts für die Knaben an den aargauischen Gemeinde- und Bezirksschulen. (Vom 12. November 1907.)

A. Turnpflicht.

§ 1. Der Turnunterricht ist für die Knaben der aargauischen Gemeinde-, Fortbildungs- und Bezirksschulen, sowie der öffentlichen oder privaten Erziehungsanstalten der entsprechenden Altersstufen ein obligatorisches Unterrichtsfach. Er beginnt mit der dritten Klasse der Gemeindeschule und ist nach den Lehr- und Stundenplänen der betreffenden Schulen zu erteilen.

§ 2. Es wird den Schul- und Aufsichtsbehörden empfohlen, einen passenden Turnunterricht auch in den zwei ersten Schuljahren einzuführen.

§ 3. Wegen Krankheiten oder Gebrechen können Schüler vom obligatorischen Turnunterricht ganz oder teilweise dispensiert werden.

§ 4. Vom obligatorischen Turnunterricht befreien gänzlich:

- a. Herzfehler;
- b. schwere Funktionsstörungen einer Extremität;
- c. diejenigen Krankheiten und Gebrechen, welche auch vom Schulbesuch dispensieren.

§ 5. Vom obligatorischen Turnunterricht befreien teilweise:

- a. Nicht sicher zurückhaltbare Unterleibsbrüche von denjenigen Übungen, bei welchen die Bauchmuskeln in erhöhtem Maße mitwirken;
- b. Steifigkeit des Handgelenks vom Geräteturnen, mit Ausnahme der Sprungübungen;
- c. Steifigkeit des Fußgelenks, Klump- und Plattfuß, von Sprungübungen;
- d. andere chronische Leiden je nach dem Ermessen des Arztes.

§ 6. Keine Befreiung vom Turnunterricht, sondern bloß Rücksichtnahme auf den Kräftezustand erheischen: Schwächlichkeit, schwache Brust und Blut-

armut ohne ein bestimmtes Organleiden, Neurosen, Neigung zum Nasenbluten, zu Katarrh oder Rheumatismus, vollständig zurückhaltbare Unterleibsbrüche, Zustand der Genesung.

Immerhin hat der Turnlehrer bei schwächlichen Schülern außer auf richtige Auswahl und Abstufung der Übungen besonders darauf zu achten, daß sie sich in den Zwischenpausen nicht erkälten und daß die Luft des Turnlokals möglichst gut und staubfrei gehalten werde.

§ 7. Die Schulbehörden sind befugt, nach schriftlichen Gutachten eines von ihnen bezeichneten Arztes und nach Einholung der Ansichten des Turnlehrers unter Berücksichtigung der in den §§ 4 und 5 enthaltenen Dispensationsgründe gänzliche oder teilweise Befreiung vom obligatorischen Turnunterricht auszusprechen. In zweifelhaften Fällen kann auch der Hausarzt des zu Dispensierenden zu Rate gezogen werden.

§ 8. Zeigen Schüler beim Turnunterricht auffallende Erscheinungen, wie starkes Herzklopfen, ungewöhnliche Hautröte, Ohnmacht, starken Husten, Schmerzen in bestimmten Körperteilen, so soll der Turnlehrer über die Fortsetzung oder Modifikation des Turnunterrichts mit diesen Schülern die Ansicht des bezeichneten Arztes einholen.

B. Unterricht.

§ 9. Der Turnunterricht ist zu erteilen nach Anleitung und Maßgabe der eidgenössischen „Turnschule für den militärischen Vorunterricht der schweizerischen Jugend“, beziehungsweise nach den Lehrplänen der öffentlichen und privaten Anstalten.

Für das Turnen der zwei ersten Schuljahre ist die Wahl des Stoffes freigestellt. Der Unterricht ist aber den körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler entsprechend zu gestalten.

§ 10. Als Regel gilt, daß der Turnunterricht nach Jahresklassen erteilt wird. An Schulen, wo ein Lehrer mehreren Jahresklassen vorzustehen hat, ist Klassenzusammenzug gestattet.

Nur ausnahmsweise soll jedoch eine im Turnen gleichzeitig zu unterrichtende Schülerabteilung die Zahl 40 übersteigen.

§ 11. Der Turnunterricht ist schulumäßig nach methodischen Grundsätzen zu betreiben und auf die ganze jährliche Schulzeit auszudehnen und zu verteilen. Die je einer Stufe zugeteilten Übungsgebiete können daher nicht sukzessive in Angriff genommen werden; sie gehen vielmehr einander parallel, und zwar unter gehöriger Abwechslung nicht nur von Stunde zu Stunde, sondern innerhalb einer Unterrichtsstunde selbst. Der Turnunterricht ist bezüglich Schulordnung, Disziplin, Absenzen den übrigen Unterrichtsfächern gleichzustellen.

§ 12. Die Turnstunden sollen, wo es angeht, auf das Ende eines Schulhalbtages fallen. Wenn die Witterung es einigermaßen erlaubt, soll der Unterricht im Freien erteilt werden, sonst in gedeckten Räumen oder Hallen, wo solche zur Verfügung stehen.

§ 13. Das Minimum der jährlich einer Klasse zu erteilenden Turnstunden beträgt 60. In jeder Schulwoche soll womöglich die im Lehrplan vorgesehene Stundenzahl erreicht werden.

In Gemeinden, wo noch keine eigentliche Turnhalle oder ein anderes zum Turnen geeignetes Lokal vorhanden ist und die Erteilung eines regelmäßigen Turnunterrichtes von der Jahreszeit und der Witterung beeinflusst wird, sollen ausfallende, mit andern Unterrichtsfächern ausgefüllte Turnstunden an Tagen mit günstiger Witterung nachgeholt werden.

§ 14. An Stelle des formalen Turnens können auch Ausmärsche, Spiele im Freien, volkstümliche Übungen, angewandtes Turnen, Schwimmen, Eislaufen, jedoch nur unter Leitung und Aufsicht des Lehrers, und nur da, wo die Jugend in ihrer Freizeit weniger Gelegenheit zu solchen Übungen hat.

C. Lehrer.

§ 15. Der Turnunterricht wird durch die Lehrer oder Lehrerinnen erteilt, welche die dazu nötige Ausbildung in den Lehrerbildungsanstalten und in den vom Kanton oder Bund veranstalteten Turnlehrerbildungskursen erhalten haben.

§ 16. Als Regel gilt, daß die Lehrer oder Lehrerinnen der Gemeinde- und Fortbildungsschulen den Turnunterricht an ihren Schulen selber erteilen.

Wo zwei oder mehrere Lehrkräfte in einer Gemeinde oder in benachbarten Schulgemeinden wirken, kann der Turnunterricht durch Fächeraustausch oder gegen spezielle Entschädigung — im Minimum Fr. 80 pro Jahresstunde — einem andern dazu befähigten Lehrer übertragen werden.

§ 17. An den Bezirksschulen können für das Turnen besondere Fachlehrer angestellt werden. Die Entschädigung derselben beträgt pro Jahresstunde Fr. 100 im Minimum.

D. Inspektion.

§ 18. Der Turnunterricht wird durch besondere Fachexperten inspiziert, die vom Erziehungsrate auf den Vorschlag des Bezirksschulrates auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Jeder Bezirk erhält einen Experten und einen Stellvertreter.

§ 19. Im Frühling oder, wo keine Turnhallen vorhanden sind, im darauffolgenden Herbst, findet alljährlich in jeder Schule eine Turnprüfung statt. Zu derselben können ausnahmsweise die Schulen aus zwei oder mehreren benachbarten kleineren Gemeinden abwechselungsweise in einer derselben vereinigt werden.

§ 20. Zeit und Ort der Prüfung setzen die Experten fest unter Anzeige an den Bezirksschulrat und die betreffende Schulpflege.

Die Prüfung soll für jede Abteilung wenigstens eine halbe Stunde dauern.

§ 21. Über den Befund der Prüfung ist dem Bezirksschulrate zuhanden der Erziehungsdirektion, der Schulpflege und des Lehrers jedes Jahr bis längstens 1. November nach besonderen Formularen Bericht zu erstatten.

E. Turngeräte.

§ 22. Zur Durchführung des Turnunterrichts ist es unerlässlich, daß in jeder Schule die nötigen Geräte und Hilfsmittel in genügender Zahl vorhanden sind. Es wird nach der eidgenössischen Turnschule verlangt: Ein Hanggerät (Reck oder Klettergerüst), ein Stützgerät (Barren oder Stemm balken), zwei Sprunggeräte (Springel mit Seil und Sturmbrett), Eisenstäbe und Spielgeräte.

Alle Geräte sind in genügender Anzahl zu beschaffen.

Für eine Turnabteilung von 20 Schülern sind mindestens notwendig: Zwei Recke oder ein Klettergerüst mit 4 senkrechten und 4 schrägen Kletterstangen und 2 Tauen; — 2 Kurzbarren oder ein Stemm balken mit 3 Pauschenpaaren; — 1 Springel mit Seil, 2 Sprungbretter, 2 Sturmbretter, 20 Eisenstäbe, 1 Schlagball mit Schlagholz, 1 Fußball, 1 Schleuderball und 1 Ziehtau.

Im Interesse eines abwechslungsreichen, rationellen Turnbetriebes ist es wünschenswert, daß alle obgenannten, auch die alternativ vorgeschriebenen Geräte, sowie auch etwa Schaukelringe, Rundlauf, Hängeleiter und Springbock vorhanden sind.

§ 23. Die Recke sind so einzurichten, daß die Reckstangen rasch und leicht höher oder tiefer gestellt werden können.

Für den Turnplatz eignen sich am besten einbetonierte Ständer aus I Eisen Nr. 16. Für Knaben von 10—15 Altersjahren genügen Ständer von $3\frac{1}{3}$ m Länge, die 2,35 m über den Boden herausragen. Der herausragende Teil der Ständer wird mit 19 Löchern versehen, deren Abstand von Mitte zu Mitte Loch 10 cm beträgt. Das niedrigste Loch befindet sich 15 cm, das höchste 2,30 m über dem Boden.

Jeder zweite Ständer hat viereckige, 25 mm breite Löcher, die anderen Ständer haben runde Löcher von 30 mm Durchmesser. Die Reckstangen (Stahl-

stangen) haben eine Länge von 2,50 m und eine Dicke von 29 mm. Das eine Ende bleibt rund, das andere wird vierkantig abgeflacht, mit einem warm aufgelegten eisernen Ring und einem Loch zum Durchstecken eines Bolzens versehen, so daß sich die Stange, nachdem sie in die entsprechend gelochten Ständer eingesetzt und mittelst des außerhalb des Ständers durchgesteckten Bolzens und des innerhalb anliegenden Ringes befestigt ist, weder drehen noch verschieben kann.

Die Durchsteckbolzen werden in der Höhe von 1,40 m an 1 m langen Ketten befestigt.

Zum leichteren Verstellen der Reckstangen wird an den Reckständern 60 cm über dem Boden ein Auftritt angebracht.

Die Reckeinrichtungen in Turnhallen werden, um möglichst raumsparend zu verfahren, in der Weise erstellt, daß die Reckständer (Pfosten) an Rollen aufgehängt werden, die auf einer quer über den Turnsaal gelegten Gleitbahn aus  Eisen leicht hin und her gerollt werden können.

Beim Gebrauch werden die Pfosten oben in passende Einschnitte im  Balken gerollt und unten mit Riegeln am Fußboden befestigt. Beim Nichtgebrauch werden sie an die Seitenwände der Turnhalle zurückgerollt.

§ 24. Das Klettergerüst besteht aus zwei senkrechten Pfosten aus  Eisen Nr. 16, welche oben durch einen Querträger aus  Eisen Nr. 16 verbunden sind. Die Verbindung geschieht mittelst Laschen.

Um seitliche Schwankungen zu verhindern, sind die Ecken durch  Eisen 50/25 versteift.

Die Höhe des Gerüsts über dem Boden beträgt 5 m und es sind die Pfosten 1,50 m tief einbetoniert.

Auf dem Querträger sind von 50 zu 50 cm Entfernung je zwei parallel laufende  Eisen 60/60 aufgenietet, zwischen deren Enden in einer Entfernung von 50 cm je eine senkrechte und eine schräge Kletterstange (Gasröhren von 48 mm) durch einen Bolzen festgehalten werden.

Die senkrechten Stangen, für welche auch 42 mm Dicke genügen, werden unten durch ein angeschraubtes  Eisen verbunden und 50 cm tief einbetoniert. Ebenso die schrägen Stangen, die zu diesem Zwecke unten umgebogen werden.

Außer den Kletterstangen ist an jedem der 70 cm über die Pfosten hervorragenden Enden des Querträgers ein Klettertau von 30–33 mm Dicke und 4,75 m Länge angehängt, mittelst durch den Querträger gehender, oben mit einer Mutter-schraube befestigter Haken.

Die Spitze des Hakens ist 7–8 cm weit aufwärts und nach der Seite umgebogen. Das obere Ende des Taus bildet eine Schlaufe, die in einem eisernen Schutzring (Kausche) ruht; das untere Ende wird in einen ledernen Stiefel genäht, um das Ausfasern zu verhindern.

Für größere Turnklassen genügen Klettergerüste mit 4 schrägen und 4 senkrechten Stangen nicht. Man wird die Zahl derselben, sowie der Taue entsprechend vermehren müssen.

Wegen der Stangen ist eine Änderung der Konstruktion nicht nötig; dagegen wird die Anbringung von 4 Tauen in der Weise ermöglicht, daß man quer über den Querträger an dessen Enden zirka 1 m lange  oder  Eisen aufnietet und an jedem Ende derselben ein Klettertau aufhängt.

In den Turnhallen fallen die Pfosten weg, da der Rahmen zur Aufnahme der Kletterstangen an der Decke und den Mauern befestigt werden kann.

Es werden alle Stangen oder auch nur ein Teil derselben schräg stellbar eingerichtet. Die Klettertaue können meistens an den Deckbalken befestigt werden.

§ 25. Bei Erstellung der Barren muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Höhe und Weite derselben der Körpergröße der Turnenden entspricht; sie müssen daher hoch und weit verstellbar sein.

Am besten verwendet man Kurzbarren von 3 m Länge. In Turnhallen werden sie beweglich, auf dem Turnplatz fest erstellt und zirka 50 cm tief einbetoniert. Ein Barren besteht aus 4 hölzernen oder eisernen Pfosten und 2 hölzernen Holmen. Diese sind zum Abnehmen eingerichtet, um sie den Winter über an einem trockenen Orte aufbewahren zu können. Es werden hierzu die Holme paarweise fest zusammengebunden und flach auf den Boden gelegt.

Zum Gebrauche werden die Holme, die aus astfreiem, feucht gewachsenem Eschenholz bestehen sollen, mit einem in den Röhrenpfosten befestigten Gußkopfe verbunden, indem durch die an den Holmen festgeschraubten eisernen Kappen und die Gußköpfe ein Bolzen gesteckt und auf der Außenseite mittelst einer Schraubenmutter befestigt wird.

Für die Höhe und Weite der Barren gelten folgende Normen: Die Höhe vom Boden bis oberkant Holme soll der Brusthöhe der Turnenden entsprechen, die Weite von Mitte zu Mitte der Holme der inneren Entfernung der senkrecht herabhängenden Arme, 38—42 cm.

§ 26. Der Stemm balken, ein zirka 22 cm breiter und 21—22 cm hoher, leicht abgerundeter Balken, ist oben mit so viel Paar eiserner Griffe (Pauschen) versehen, als gleichzeitig Schüler daran turnen sollen.

Die Pauschen sind bügelförmig auf Gußeisen, 15 cm hoch und 3 cm dick.

Der Raum zwischen den beiden zusammengehörenden Pauschen beträgt 40 cm, derjenige von einem Pauschenpaar zum andern und von den Pfosten zur nächsten Pausche 1,35 m. Die Pauschen werden auf die Oberfläche des Balkens festgeschraubt, nicht eingelassen.

Der Balken muß höher und tiefer gestellt werden können. Er liegt daher an jedem Ende auf einem starken eisernen Bolzen, der durch 2 Pfosten gesteckt wird, die mit 10 cm vom Boden aus beginnend je von 10 zu 10 cm bis zur Höhe von 1,30 m durchlocht sind.

Diese Pfosten werden am besten aus 2 m langen Stücken  Eisen erstellt, wovon 50 cm einbetoniert werden und demnach 1,50 m über den Boden hervorragen.

Für 2 und 3 Paar Pauschen genügt  Eisen von 10/5 cm, für 4 Paar Pauschen solches von 12/6 cm. Die Dicke der Steckbolzen soll 22—24 mm, die Länge 30—35 cm betragen. Die Spitze derselben soll abgerundet sein.

Für den Turnsaal können transportable Pfosten verwendet werden; besser ist es jedoch, die Pfosten aus 6 cm dicken Gasröhren zu erstellen, die durch das Balkenende gehen.

In diesem Falle wird das eine Rohr zirka 15 cm von einer Wand weg unten am Boden und oben an der Wand befestigt, so daß der Balken um diesen Pfosten wie eine Türe hin und her bewegt werden kann. Der andere Pfosten ist auf einem mit starken und breiten (harthölzernen) Rollen versehenen Fuß befestigt.

Beim Gebrauch des Balkens rollt man ihn nach Bedürfnis heraus und stellt dann den Rollfuß quer zum Balken.

Nach dem Gebrauch rollt man den Balken an die Wand zurück mit parallel zum Balken und der Wand gestelltem Fuße.

Solche Stemm balken werden in der Regel hohl erstellt, das obere Brett aus Hartholz. Sie können auch im Freien verwendet werden, indem man daselbst statt Pfosten aus  Eisen, solche aus 6 cm Röhren einbetoniert. Die Verstellung in die Höhe geschieht mittelst Steckbolzen, wie bei der erstbeschriebenen Art.

Im Freien befindliche Balken werden von den Witterungseinflüssen durch zwei dachförmig zusammenagenelte und darüber gelegte Bretter geschützt.

§ 27. Der Springel besteht aus zwei Pfeilern (Springständern), die man entweder in den Boden ingräbt (einbetoniert), oder, was namentlich für den Turnsaal empfehlenswerter ist, tragbar erstellt.

Im letztern Falle stemmt man die 1,60 m langen und 5 cm dicken Pfeiler von Tannenholz in einen Kreuzfuß, bestehend aus zwei (harthölzernen) Schwellen, wovon jede etwa 60 cm lang, 12 cm breit und 6 cm dick ist.

Von 5 zu 5 cm sind die Pfeiler mit Löchern versehen, welche nach einem Winkel des Kreuzfußes gerichtet sein müssen, in welche Löcher ein eiserner Schieber eingehängt werden kann.

Als Springständer können auch die Reckständer verwendet werden, wodurch, was sehr zu empfehlen ist, auch ein gleichzeitiges Springen mehrerer Schüler in verschiedener Höhe ermöglicht wird.

Die Springschnur ist ein 3—4 m langes, 7—8 mm dickes Seil, das an den Enden mit Sandsäckchen beschwert wird. Besser geeignet ist eine vierkantige Gummischnur.

Das Sprungbrett besteht aus zwei harthölzernen, 80 cm langen, 4 cm dicken Leisten, auf welche in dem 2 cm tiefen und 2,5 cm breiten Falz zwei 47 cm lange, 40 cm breite und 2 cm dicke ungehobelte Bretter aus Tannenholz mit versenkten Schrauben so befestigt werden, daß sie mit der oberen Kante der Leiste eine schräg aufsteigende Ebene bilden. Die Verbindung wird durch an der Unterseite der Bretter und der Innenseite der Leisten angeschraubte Winkelseisen 30/30 mm verstärkt.

Die vordere Kante der Leisten muß mit den aufgeschraubten Brettern einen rechten Winkel bilden. Die Fasern der Bretter müssen quer zu der Länge der Leisten verlaufen.

Sprungbretter werden nur da verwendet, wo der Boden sonst keine geeigneten Aufsprungstellen bietet.

Auf die Niedersprungstelle legt man im Turnsal eine weiche Unterlage. Kokosmatten in der Größe der Sprungbretter (sogenannte Türvorlagen), die leicht gereinigt werden können, sind hierzu genügend.

§ 28. Die Sturmbretter bestehen aus 3 cm dicken, 60 cm breiten und 2,50 m langen, ungehobelten tannenen Brettern. Auf der Unterseite sind sie mit drei harthölzernen Querleisten versehen, welche mit Mutterschrauben befestigt sind. Die obere Leiste ist 8 cm hoch und 80 cm lang, die mittlere und untere sind 7 cm breit und 3 cm dick.

Das Sturmbrett wird mit der oberen Leiste auf den Stemm balken oder die Reckstange gelegt und mittelst der vorstehenden Enden der Leiste daran festgebunden.

Die obere Brett kante ist abzurunden, die untere abzuflachen, damit sie glatt auf dem Boden aufliegt.

§ 29. Die zweckmäßigste Länge der Eisenstäbe ist 1 m. Das Gewicht beträgt 2—3 kg. Die Stäbe werden aus runden Eisenstangen von 18—22 mm Dicke zugerüstet, an beiden Enden abgerundet und, um sie vor Rost zu schützen, von Zeit zu Zeit mit Lack oder Ölfarbe angestrichen.

Sie werden im Turnsaal ähnlich wie die Gewehre im Gewehrrechen oder in einem besonderen Kasten (Kiste) aufbewahrt.

F. Turnplätze.

§ 30. Die Schulgemeinden sind gehalten, jeder Schule einen genügend großen Turnplatz zur Verfügung zu stellen. Er soll sich in der Regel in unmittelbarer Nähe des Schulhauses und der Turnhalle, in ruhiger, wo möglich nach Süden offener Lage befinden. Er soll trocken und wegen des Ablaufens des Tagwassers mit leichtem Gefälle versehen sein.

§ 31. Nach bundesrätlicher Vorschrift soll der Turnplatz mindestens eine Größe von 300 m² besitzen. Im übrigen wird für jeden Schüler einer Turnabteilung 8 m² Flächenraum verlangt.

Der Platz soll, wenn tunlich, die Form eines Rechteckes haben, wobei jedoch die Länge nicht mehr betragen darf als die doppelte Breite.

§ 32. Für den Boden ist am zweckmäßigsten ein Belag von feinem Kies. Für Marsch- und Freübungen eignet sich auch ein gut gehaltener Rasen.

Die Niedersprungstellen bei den Geräten und der Platz ringsherum sollen mit gutgeschlemmtem, nicht zu feinkörnigem Sand, mit Sägespänen oder mit Gerberlohe belegt werden.

§ 33. Die Geräte müssen so angeordnet sein, daß der vorhandene Platz gut ausgenützt wird. Am zweckmäßigsten werden sie auf einer Schmalseite des Turnplatzes aufgestellt. Für die Anzahl und die Konstruktion der Geräte des Turnplatzes gelten die Vorschriften der §§ 22—29 hiervor.

Die beweglichen Geräte sind während der Regen- oder Winterszeit unter Dach zu verbringen.

Bei Ersatz der Gerberlohe ist die alte, abgenutzte Lohe zu beseitigen, damit Morastbildung verhindert wird.

§ 34. Der Turnplatz muß stets in gutem Zustande und sauber erhalten, und darf nicht zu Ablagerungszwecken für Holz, Steine u. s. w. verwendet werden.

§ 35. Das Bepflanzen des Turnplatzes mit Schattenbäumen, soweit der Turnbetrieb dies zuläßt, ist sehr zu empfehlen. Hierzu eignen sich besonders Linden, Ulmen und wilde Kastanien.

G. Turnhallen.

§ 36. Die geordnete, regelmäßige Durchführung des Turnunterrichtes während des ganzen Jahres macht die Erstellung von Turnhallen unumgänglich notwendig.

§ 37. Die Turnhalle ist in der Nähe des Schulhauses, entweder freistehend (was vorzuziehen ist) oder an dasselbe angebaut zu erstellen.

Die Benützung von Kellerräumen zu Turnlokalen ist nicht zulässig. In das Schulhaus eingebaute Turnhallen sind nur in solchen Fällen gestattet, wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß das Licht von zwei Seiten einfallen kann, die Decke des Lokales mindestens 4 m über dem äußern Erdboden liegt, die Erdfeuchtigkeit durch Isolierung und Dränierung ferne gehalten, die Halle gut gelüftet und mit Bezug auf die Schallwirkung vollständig vom übrigen Gebäude getrennt werden kann.

Eingebaute Turnlokale müssen besondere Zugänge von außen und besondere Aborte haben.

§ 38. Die Bodenfläche einer Turnhalle soll für jeden Schüler einer Turnklasse 4,5 m² betragen.

Die Mindestmaße, für die Länge 14 m und für die Breite 9 m, sind nur zulässig für Klassen von höchstens 20 Schülern. Bei flacher Decke soll die Höhe einer Turnhalle 5,5—6 m, ohne flache Decke 5 m betragen. (Höhe der Mauerpfette über dem Fußboden.)

§ 39. Der Baugrund soll möglichst trocken und porös sein. Allfällige Bodenfeuchtigkeit ist durch Dränage und Kanalisation zu entfernen. Über dem Fundamente ist nötigenfalls eine Isolierschicht anzubringen. (Asphaltplatten, Isoliermörtel u. s. w.)

§ 40. Für den Fußbodenbelag ist ein Material zu wählen, das die Staubbildung möglichst verhindert und elastisch ist. Empfohlen werden Riemenböden von Pitch-pine und Tannenholz, gut gelegt auf gehörig isolierter Unterlage, ebenso Linoleum auf weicher Unterlage (Korkestrich, Korkment u. dgl.), Korklinoleum, das zwar schwer rein zu halten ist, und gewisse fugenlose Bodenbelege, bei deren Auswahl man jedoch vorsichtig sein muß.

§ 41. Die Bauart einer Turnhalle kann sehr einfach, muß jedoch stets solid sein. Die Umfassungswände können entweder aus festem Mauerwerk (Hau-, Bruch- oder Backsteinen) oder aus Riegelmauerwerk erstellt werden. Bei Verwendung von Holzwerk, das gestattet ist, wird eine doppelte Verschalung notwendig. Bei Ausführung von Mauerwerk jeder Art sind die Wände der Innenseite bis auf eine Höhe von 1,8 m mit irgend einer Vertäferung zu versehen. (Am billigsten ist das sogenannte Krallentäfer.) Vorsprünge jeder Art sind zur Verhütung von Staubablagerung möglichst zu vermeiden.

Für die Bedachung soll ein hartes Material gewählt werden. Bei offenem Dachraum ist eine innere Verschalung unter dem Dache anzubringen. Notwendig sind ferner zwei Ausgänge.

§ 42. Die Turnhalle muß so hell als möglich sein. Die Fenster sollen der Lüftung wegen bis nahe an die Decke reichen. Die Höhe der Fensterbrüstung soll nicht weniger als 1,8 m betragen.

Das Verhältnis der Fenster- zur Bodenfläche darf nicht geringer sein als 1 : 6.

Sollen die Turnhallen auch zur Nachtzeit benutzt werden, so ist für eine ausreichende Beleuchtung zu sorgen.

§ 43. Für die bequeme Lüftung der Turnhallen ist in ausgiebigster Weise zu sorgen durch Fensteroberflügel, die sich nach den Seiten öffnen. Empfohlen werden ferner direkt über dem Boden angebrachte Luftklappen und allenfalls auch Dachreiter mit verschließbaren Lüftungsklappen.

§ 44. Alle Turnhallen sollen durch Heizung eine Mindesttemperatur von 10° C. erhalten können. Anschluß an eine Zentralheizung im Schulhause ist nicht ausgeschlossen.

§ 45. Jede Turnhalle muß mit den von der eidgenössischen Turnschule vorgeschriebenen Turngeräten versehen sein.

Die mit der Halle verbundenen Geräte, wie Recke, Klettergerüst, Stemm-balken und Hängeleiter sollen verschiebbar sein, so daß der vorhandene Raum für die Marsch- und Freiübungen vollständig ausgenutzt werden kann.

Im weitem ist jede Turnhalle mit Thermometer und Spucknapfen (mit Wasserfüllung) zu versehen.

Zur Abschwächung des Aufschlagens bei den Niedersprüngen können Kokos-matten verwendet werden. Noch empfehlenswerter sind wegen der geringeren Staubeentwicklung die Roßhaar-Ledermatratzen. Die Matten sind, wenn sie nicht gebraucht werden, an den Wänden aufzuhängen.

§ 46. Zu jeder Turnhalle sollen Aborte mit Pissoirs (Ölpissoirs oder solche mit Wasserspülung) in genügender Anzahl erstellt werden, in der Regel auch dann, wenn die Halle in unmittelbarer Nähe des Schulhauses sich befindet.

Die Aborte sollen gut lüftbar und mit Dunstrohren versehen sein. Von der Halle sind sie durch einen Vorraum zu trennen. Wenn immer möglich, sollen sie mit Spülung versehen und in diesem Falle kanalisiert sein. Bei Verwendung von Senkgruben sind diese aus Zementbeton und gut verschließbar herzustellen. Wo keine Kanalisation möglich ist, wird der Gebrauch von Torfmüllklosetten angezeigt und rationell sein.

§ 47. Wünschenswert ist es, wenn in den Bau der Turnhalle auch eine Gerätekammer einbezogen wird; ferner ein Kleiderraum für die Schüler, ein Zimmer für den Turnlehrer und, entweder in Nebenräumen oder im Untergeschoß, Brausebäder.

§ 48. Wenn möglich, ist in der Turnhalle selber oder in deren unmittelbarer Nähe ein Brunnen mit gutem Trinkwasser anzubringen.

§ 49. Die Reinigung der Turnhalle ist mit Sorgfalt vorzunehmen. Der Boden soll täglich oder bei geringer Zahl der Turnstunden doch mindestens zweimal in der Woche gereinigt und jedes Vierteljahr gehörig aufgewaschen und geölt werden.

Der Staub ist täglich von den Geräten und allen vorspringenden Teilen feucht aufzunehmen.

Große Sorgfalt ist auf die Reinigung der Kokosmatten zu verwenden. Am besten geschieht dies durch öfteres Ausschwaschen und Klopfen.

Die Aborte sollen stets rein gehalten und die Gruben und Torfmüllaborte so oft als nötig geleert werden.

Den Ölpissoirs ist ebenfalls die strengste Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Neu-füllen der Syphons, Reinigen und Ölen der Wände.)

Dem Unterhalt der Geräte ist alle Sorgfalt zu widmen.

Nach jedem Turnhalbtage ist die Turnhalle während mindestens einer halben Stunde durch Öffnen der Fensteroberflügel und der Lüftungskappen zu lüften.

§ 50. Wird die Turnhalle vorübergehend zu andern als turnerischen Zwecken benutzt, so ist dafür zu sorgen, daß womöglich der regelmäßige Turnunterricht keine Unterbrechung erleidet. Müßte allenfalls der Unterricht länger als zwei Wochen ausgesetzt werden, so ist hierfür die besondere Bewilligung der Erziehungsdirektion einzuholen.

§ 51. In bezug auf die Genehmigung des Bauplatzes, der Baupläne und die Kontrolle der Bauausführung gelten die Vorschriften der Schulhausbauverordnung vom 15. Februar 1905. (§§ 29—34.)

H. Schlußbestimmungen.

§ 52. Der Staat leistet an die Erstellung von Turnhallen und die Anlage von Turnplätzen die vorschriftsgemäßen Beiträge des Kantons und des Bundes (Primarschulsubvention), insbesondere an die Beschaffung der Turngeräte einen solchen von 25—50 % aus der Bundessubvention.

§ 53. Durch diese Verordnung treten alle seit 1881 erlassenen, mit derselben in Widerspruch stehenden Bestimmungen außer Kraft.

17. 15. Règlement pour les écoles primaires du canton de Vaud. (Du 15 février 1907.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'instruction publique, vu l'article 131 de la loi du 15 mai 1906 sur l'instruction publique primaire,

arrête:

Le règlement suivant est adopté.

Chapitre premier. (Loi art. 1—12.) — Des écoles et de leur organisation.

Section I. — Ecoles primaires.

Art. 1^{er}. Deux fois par année, la municipalité fait procéder au recensement des enfants astreints à la fréquentation des écoles.

Le recensement doit être terminé à fin mars et à fin octobre. La commission scolaire établit sur cette base la liste des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école, et avise les intéressés (parents, tuteurs, patrons ou maîtres de pension) du jour de l'entrée en classe.

Elle dénonce au préfet, ou à la municipalité cas échéant, les parents ou autres personnes responsables qui n'ont pas rempli les obligations qui découlent pour eux de la loi et des règlements scolaires.

Art. 2. Lors du recensement scolaire, les parents ou autres personnes responsables sont tenus de justifier que leurs enfants ou pupilles fréquentent l'école publique, ou reçoivent une instruction particulière.

Si un enfant quitte l'école, les parents ou les personnes responsables en informent la commission scolaire. En cas d'inobservation de cette formalité, la commission scolaire prononce une amende de trois francs, et fait rentrer l'enfant à l'école publique, s'il y a lieu.

Art. 3. Dans son rapport annuel, la commission scolaire avise le Département de l'Instruction publique du nombre des enfants dont l'instruction se fait en dehors de l'école publique.

Ce rapport indique nominativement ceux qu'une infirmité empêche de fréquenter l'école.

Les enfants arriérés, aveugles ou sourds-muets font l'objet d'un rapport spécial.

Art. 4. Lorsque des communes se réunissent pour avoir une seule école, celle-ci doit être tenue par un instituteur.

Art. 5. Dans les communes et les hameaux ayant une seule école réunissant plus de trente enfants de tous les degrés, celle-ci est dirigée par un instituteur pourvu du brevet définitif.

Art. 6. Lorsqu'une école semi-enfantine comprend plus de trente enfants astreints à la fréquentation, elle est dirigée par une institutrice pourvue du brevet définitif.

Art. 7. Les classes du soir sont tenues chaque jour, excepté le samedi; elles sont de deux heures au moins.

Leur organisation est soumise à l'approbation du Département.

Art. 8. Les élèves du degré supérieur ayant fait un examen satisfaisant peuvent seuls être admis aux écoles du soir. Il ne peut être fait exception à cette règle sans l'autorisation du Département.

Art. 9. Tout élève des classes du soir sera astreint à suivre les écoles du jour, lorsque ses absences auront motivé deux dénonciations.

Art. 10. L'enseignement est donné pendant quarante-deux semaines de l'année.

Art. 11. L'année scolaire comprend deux semestres:

- a. Le semestre d'été, qui commence le lendemain du dernier jour des examens annuels pour se terminer avec les vacances d'automne;
- b. le semestre d'hiver, qui commence après les vacances d'automne, ou au plus tard le 1^{er} novembre, pour se terminer au commencement d'avril par les examens annuels.

Art. 12. L'école primaire comprend trois degrés: Le degré inférieur, qui renferme les enfants de sept à neuf ans; le degré moyen, ceux de neuf à douze ans; le degré supérieur, ceux de douze à quinze ou seize ans.

Chaque degré peut être divisé en sections.

Art. 13. Les élèves d'une division peuvent être réunis à ceux d'une autre division lorsque les sujets à traiter le comportent.

Art. 14. Pendant le semestre d'été, les élèves du degré supérieur doivent avoir onze à trente-deux heures de leçons par semaine; ceux du degré moyen, vingt à trente et une heures; ceux du degré inférieur, vingt à vingt-six heures.

Pendant le semestre d'hiver, les élèves du degré supérieur ont trente-deux heures de leçons par semaine; ceux du degré moyen trente et une heures, et ceux du degré inférieur vingt-six heures.

Sur la demande des autorités locales, et avec l'autorisation du Département, ce nombre de vingt-six heures pour le degré inférieur pourra être abaissé, sans descendre cependant au-dessous de vingt heures.

Une heure par semaine pour le degré supérieur, et deux heures pour les degrés moyen et inférieur sont en outre consacrées à l'enseignement religieux facultatif prévu par l'art. 14 de la loi.

Art. 15. La durée d'une école ne peut excéder trois heures pour les élèves, à moins d'une autorisation du Département.

Art. 16. L'école du matin commence à sept heures en été et à huit heures en hiver; celle de l'après-midi a lieu à une heure.

L'heure d'entrée à l'école du matin peut être retardée d'une heure pour les élèves du degré inférieur.

Toute dérogation à ce mode de procéder est soumise au Département.

Art. 17. Dans l'élaboration de l'horaire des leçons, les heures consacrées à l'enseignement religieux sont placées au commencement ou à la fin de la matinée ou de l'après-midi.

Art. 18. L'enseignement destiné aux catéchumènes se donne en dehors des heures d'école. Si les circonstances locales ne le permettent pas, il peut être fait exception à cette règle, avec l'autorisation du Département.

Art. 19. L'organisation des écoles de montagne peut être soumise à des mesures spéciales, moyennant l'approbation du Département.

Section II. — *Ecoles enfantines.*

Art. 20. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement physique, intellectuel et moral de l'enfant; elles servent de préparation à l'école primaire.

Art. 21. Les chefs de famille, tuteurs ou autres personnes responsables, qui demandent l'ouverture d'une école enfantine, en application de l'art. 12 de la loi, s'adressent à la municipalité par l'intermédiaire de la commission scolaire.

En cas de refus de l'autorité communale, il y a recours au Département.

Art. 22. Les demandes d'admission sont adressées à la commission scolaire, accompagnées du certificat de vaccination.

Exceptionnellement, la commission scolaire peut exiger une attestation médicale constatant que l'enfant n'est atteint d'aucune maladie contagieuse.

Art. 23. Elles sont fréquentées par les enfants de cinq et six ans.

Art. 24. Elles comprennent une division inférieure destinée, dans la règle, aux enfants de cinq ans, et une division supérieure pour les enfants de six ans.

Art. 25. Les enfants idiots, sourds-muets, aveugles ou atteints d'une maladie contagieuse, ne sont pas admis à l'école enfantine.

Art. 26. Les écoles enfantines sont tenues pendant quarante-deux semaines de l'année, à raison de vingt à vingt-six heures par semaine.

Les vacances doivent coïncider, autant que possible, avec celles des écoles primaires.

Art. 27. La direction de ces écoles ne peut être confiée qu'à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39, lettre *d*, de la loi.

Art. 28. L'enseignement y est donné au moyen du matériel Fröbel, et conformément au plan d'études.

Art. 29. Les écoles enfantines sont facultatives et gratuites. D'autre part, les élèves inscrits sont tenus de fréquenter régulièrement la classe.

Art. 30. Tout enfant dont la malpropreté serait persistante et dont les absences ne seraient pas justifiées, pourra être temporairement ou définitivement renvoyé de l'école, par décision de la commission scolaire.

Art. 31. La maîtresse doit être à l'école quinze minutes au moins avant l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 32. Les devoirs à la maison sont interdits.

Art. 33. Toute classe enfantine doit avoir à sa disposition:

- a. Une cour de récréation avec un petit jardin et, si possible, un préau couvert;
- b. des lieux d'aisances spéciaux et distincts pour chaque sexe;
- c. un mobilier spécial.

Art. 34. Le mobilier et le matériel d'enseignement des écoles enfantines sont à la charge des communes.

L'Etat en facilite l'acquisition aux communes peu aisées.

Art. 35. Les maîtresses sont responsables du matériel qui leur est confié. Chaque année elles en dressent l'inventaire et le tiennent à la disposition des autorités scolaires.

Art. 36. Lorsque le nombre des élèves d'une classe enfantine dépasse d'une manière permanente le chiffre de quarante, la classe doit être dédoublée.

Art. 37. Le Département peut organiser des cours de perfectionnement pour les maîtresses déjà diplômées, et astreindre ces dernières à les suivre.

Art. 38. D'une manière générale, les dispositions du présent règlement concernant les devoirs du personnel enseignant, la discipline, la surveillance, les

traitements, les locaux et le matériel scolaires, l'hygiène et la propreté, etc., sont applicables aux écoles enfantines et aux maîtresses de ces classes.

Section III. — *Travaux à l'aiguille et économie domestique.*

Art. 39. L'enseignement des travaux à l'aiguille et de l'économie domestique est donné conformément au plan d'études.

Il comprend six heures par semaine pour les degrés supérieur et intermédiaire, et quatre heures pour le degré inférieur.

Pendant le semestre d'été, dans les localités où il y a deux ou trois heures d'écoles obligatoires chaque matin, il y aura pour le degré supérieur trois heures par semaine consacrées à cet enseignement, pour le degré moyen quatre ou cinq heures, pour le degré inférieur quatre heures.

Art. 40. Les leçons de travaux à l'aiguille ont lieu pendant l'après-midi. Il peut être fait exception à cette règle avec l'autorisation du Département.

Section IV. — *Enfants arriérés, aveugles ou sourds-muets.*

Art. 41. Un enseignement spécial est donné aux enfants arriérés qui, tout en étant susceptibles de développement, sont dans l'impossibilité de suivre avec fruit l'enseignement ordinaire.

Art. 42. La demande d'admission à l'enseignement spécial doit être adressée au Département par les parents ou, à leur défaut, par la commission scolaire.

Art. 43. Le Département statue après avoir pris l'avis d'un médecin. Dans les localités pourvues d'un médecin des écoles, celui-ci doit être consulté.

Art. 44. Lorsque l'enfant est admis à suivre l'enseignement spécial, il est astreint, selon les prescriptions habituelles de la loi, à la fréquentation des leçons qui lui sont destinées.

Art. 45. Les leçons sont données au lieu du domicile de l'enfant, dans les conditions de distance indiquées à l'art. 3 de la loi.

Art. 46. Cet enseignement est organisé par le Département. L'Etat prend à sa charge une partie des frais à déterminer dans chaque cas.

Art. 47. Le Département et les commissions scolaires surveillent les progrès de l'enfant qui reçoit l'enseignement spécial, et décident de son admission dans les classes ordinaires dès que son développement le permet.

Art. 48. Les aveugles peuvent être admis dans un établissement spécial, et les sourds-muets à l'institut de Moudon.

La demande d'admission dans ces établissements est adressée au Département.

Art. 49. Il pourra être créé des classes spéciales pour les enfants retardés. Ces enfants sont réintégrés dans les classes ordinaires aussitôt que leur développement le permet.

La création de ces classes est soumise à l'approbation du Département.

Section V. — *Ecoles privées.*

Art. 50. Le Département de l'Instruction publique et les commissions scolaires ont la haute surveillance sur les écoles privées. Ils peuvent s'assurer en tout temps, par des inspections ou par des examens, que ces écoles se conforment au programme d'études prévu à l'art. 13 de la loi.

Art. 51. En vue de s'assurer que les moyens employés pour l'instruction d'un enfant ne fréquentant pas l'école publique sont suffisants, les commissions scolaires exigeront :

- a. Que l'ouverture et la fermeture de toute école privée leur soient annoncées à l'avance ;
- b. que le rôle des enfants astreints à la fréquentation des écoles leur soit remis au commencement de chaque année scolaire ;
- c. que les directeurs ou les maîtres des écoles privées leur fassent connaître immédiatement l'entrée ou la sortie de chaque élève ;

d. qu'un registre d'absences soit régulièrement tenu, de manière à leur permettre d'exercer leur contrôle en tout temps.

Art. 52. A l'occasion des recensements scolaires, les directeurs ou maîtres des écoles privées délivrent à chaque enfant une attestation de fréquentation.

Art. 53. La création de toute classe privée doit être signalée au Département par la commission scolaire.

Art. 54. Toute contravention aux dispositions des art. 51, 52 et 53 ci-dessus est passible d'une amende prononcée par la municipalité, dans les limites de sa compétence.

Art. 55. Le Département met à la disposition des classes privées qui le demandent les livrets scolaires nécessaires.

Art. 56. Pour les écoles qui ont un programme équivalent à celui des écoles publiques secondaires, les commissions scolaires ou leurs délégués assistent aux examens de ces écoles, afin de s'assurer que l'instruction donnée y est au moins égale à celle des écoles publiques primaires.

Art. 57. Si les directeurs ou maîtres des écoles privées ne se conforment pas aux prescriptions des art. 51, 52 et 53 du présent règlement, les commissions scolaires inscrivent d'office leurs élèves à l'école publique primaire.

Art. 58. Si les commissions scolaires constatent des abus dans les écoles privées, elles en informent immédiatement le Département.

Chapitre II. (Loi, art. 13—20.) — Fournitures scolaires et travaux manuels.

Section I. — Manuels et fournitures scolaires.

Art. 59. Le plan d'études indique les manuels et le matériel employés par les élèves.

Art. 60. Le Département de l'instruction publique règle la distribution des fournitures scolaires.

Section II. — Travaux manuels.

Art. 61. Les travaux manuels prévus par l'art. 13 de la loi servent de complément à l'enseignement du dessin.

Les travaux sur bois, la vannerie, etc., prévus par l'art. 19 sont facultatifs et peuvent être placés sur la demi-journée de congé hebdomadaire. Leur programme peut comprendre aussi les éléments des connaissances agricoles, ainsi que d'autres branches dont l'enseignement est justifié par les besoins locaux.

Art. 62. L'enseignement est donné par l'instituteur, auquel un ou plusieurs spécialistes peuvent être adjoints.

Art. 63. Avant le 1^{er} mars de chaque année, la commission scolaire soumet au Département un programme de cet enseignement accompagné du devis adopté par la municipalité.

Art. 64. Après approbation du programme, le Département fixe la quotité du subside alloué par l'Etat. Ce subside est payé après contrôle de la dépense effective.

Art. 65. Tout élève inscrit au cours facultatif de travaux manuels est astreint à une fréquentation régulière.

Chapitre III. (Loi, art. 21—26.) — Bâtiments, hygiène, mobilier et matériel scolaires.

Section I. — Bâtiments et hygiène.

Art. 66. Le bâtiment d'école doit être construit sur un terrain sec, ou asséché par des travaux préalables. Il sera orienté de manière à ce qu'aucune classe ne reçoive du nord la lumière principale.

Art. 67. Les salles d'école situées à rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher plus élevé que le sol extérieur.

Si le sol n'est pas excavé, la distance entre celui-ci et la poutraison du plancher sera d'au moins cinquante centimètres.

Art. 68. Une salle d'école ne peut être installée dans un local qui serait à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que le dit local n'ait deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 69. Un préau pour les récréations et un local pour la gymnastique doivent être aménagés dans le voisinage immédiat du bâtiment d'école.

Art. 70. La surface du local de gymnastique est de quatre mètres carrés par élève d'une classe. Celle du préau découvert est proportionnée au nombre total des élèves; elle est déterminée après entente avec le Département.

Art. 71. Les rampes d'escalier donnant accès aux salles d'école ont une largeur minimum d'un mètre et cinquante centimètres; les marches, une largeur de trente centimètres au moins et une hauteur de seize centimètres au plus. Les mains courantes des escaliers suspendus sont pourvues d'arrêts.

Art. 72. Les portes des salles d'école ont une hauteur minimum de deux mètres et vingt-cinq centimètres et une largeur d'un mètre. Chaque porte est, si possible, munie d'une imposte ouvrante. Dans la règle, le vantail de la porte s'ouvre en dehors.

Art. 73. Le vestiaire est établi en dehors des salles d'école.

Art. 74. La surface d'une salle d'école est, au minimum, d'un mètre et trente centimètres carrés par élève. Ses dimensions, pour une salle normale, seront les suivantes: hauteur trois mètres et vingt centimètres, longueur dix mètres, largeur six mètres et soixante centimètres.

Suivant les cas, et spécialement pour les salles d'école de montagne, d'autres dimensions pourront être admises, ensuite d'entente avec le Département.

Art. 75. Toute salle d'école est disposée de telle façon que les élèves reçoivent la lumière de gauche; l'éclairage peut en outre être donné d'arrière, mais jamais de droite ou de face.

La tablette des fenêtres sera à un mètre du plancher, et le linteau rapproché le plus possible du plafond.

Art. 76. Les parois des salles d'école sont peintes de façon à ne pas fatiguer la vue.

Art. 77. Le chauffage des salles d'école peut s'effectuer par le moyen de poêles, ou du chauffage central.

Les poêles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe. Les poêles métalliques sont à double enveloppe et garnis.

Les bascules sont interdites aux tuyaux de sortie de fumée des poêles chauffés à la houille, à l'anthracite ou au coke. Ces poêles devront être munis d'un autre moyen de réglage.

Art. 78. Chaque salle d'école est pourvue de moyens de ventilation. Les fenêtres sont munies d'impostes ouvrantes.

Art. 79. Le thermomètre de la classe est placé de façon à ce qu'il indique le plus exactement possible la température moyenne; celle-ci ne sera pas inférieure à 14° C., ni supérieure à 18° C.

Art. 80. La salle d'école doit être balayée chaque jour; elle est récurée au moins trois fois par an aux frais de la commune, qui fournit également le matériel nécessaire pour le service de propreté.

Art. 81. Dans tout bâtiment d'école, il y a des cabinets séparés pour les garçons et pour les filles; leur nombre est d'au moins un par classe, et de deux par classe mixte. Ils doivent fermer à clé.

Un urinoir est en outre établi pour les garçons.

Un cabinet est réservé au personnel enseignant.

Art. 82. Les cabinets et urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture, et pourvus d'appareils de ventilation.

Si des fosses sont nécessaires, elles sont construites de manière à être parfaitement étanches, hermétiquement fermées, ventilées séparément et vidangées de l'extérieur.

Art. 83. Des renseignements pour les constructions scolaires sont mis par le Département à la disposition des communes intéressées.

Art. 84. Chaque année les bâtiments scolaires sont visités par un médecin. Son rapport est envoyé au Département par les autorités communales.

Section II. — *Mobilier et matériel scolaires.*

Art. 85. Le mobilier est approprié à la taille des élèves. Au commencement de chaque semestre, il est procédé au mesurage des élèves et à la distribution des places. Les écoliers ayant la vue ou l'ouïe défectueuse sont placés près du maître.

Les tableaux noirs sont installés, autant que possible, dans la paroi faisant face aux élèves, et dans l'axe de la classe.

Art. 86. Il y a dans chaque école deux tableaux indiquant: le 1^{er}, l'horaire des leçons de la semaine; le 2^{me}, les principales règles de conduite de l'élève.

Art. 87. Chaque école est pourvue en outre du matériel suivant, assorti au degré qu'elle comporte:

1^o Au moins deux tableaux noirs peints en mat, ou deux grandes ardoises, avec éponge et craie.

2^o Une ou plusieurs armoires suffisantes pour contenir les archives, le matériel d'enseignement, les collections, la bibliothèque et les fournitures scolaires. L'une de ces armoires est affectée spécialement aux collections et autres moyens d'enseignement.

3^o Le matériel pour l'enseignement de la lecture, de l'écriture et du dessin.

4^o Les instruments nécessaires pour les exercices élémentaires d'arpentage et de dessin géométrique: jalons, compas, règle, équerre, double-décimètre, etc.

5^o Un nécessaire métrique.

6^o Une collection de solides géométriques.

7^o Un boulier-compteur.

8^o Une carte du canton de Vaud, une de la Suisse, une de l'Europe, une mappemonde et un globe terrestre.

9^o Les objets, collections et tableaux pour les leçons de choses et l'enseignement des sciences naturelles.

10^o Un onglet destiné aux circulaires.

11^o Un thermomètre.

12^o Les autres objets que le Conseil d'Etat pourra rendre obligatoires, ou dont il dotera les écoles.

Art. 88. Les salles spécialement destinées à l'enseignement des travaux à l'aiguille doivent être pourvues du mobilier et du matériel ci-après:

1^o Un tableau noir quadrillé.

2^o Un cadre avec pied.

3^o Une table suffisamment grande pour la coupe.

4^o Des tables horizontales assurant un nombre suffisant de places pour toutes les élèves.

5^o Des chaises ou des bancs à dossier.

6^o Une armoire suffisante pour renfermer les travaux des élèves et les fournitures y relatives.

7^o Un thermomètre.

Art. 89. Lorsqu'il n'y a pas de salle spéciale pour les travaux à l'aiguille, les salles d'école employées dans ce but seront pourvues des objets mentionnés à l'article précédent sous chiffres 1, 2, 3 et 6.

Art. 90. Le Département de l'Instruction publique facilite aux communes peu aisées l'acquisition des objets mentionnés aux articles 87 et 88 ci-dessus.

Si, après y avoir été invitées, les communes ne se procurent pas le matériel prévu, celui-ci est fourni par l'Etat à leurs frais.

Art. 91. Chaque commune doit posséder une bibliothèque scolaire.

Le Département en facilitera la création et le développement par des subsides ou des dons.

Art. 92. Le personnel enseignant tient à jour le catalogue de la bibliothèque scolaire. Il établit un inventaire du mobilier, du matériel et de tous les objets appartenant à l'école. Cet inventaire, dressé sur un registre spécial conservé en classe, est révisé chaque année dans le courant d'avril et à l'occasion de toute mutation dans le personnel.

Art. 93. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent par leur faute ou leur négligence au mobilier et au matériel d'école. Ils peuvent en outre être punis d'une amende de cinquante centimes prononcée par la commission scolaire.

Art. 94. Les instituteurs et les institutrices sont responsables des dégâts occasionnés par leur défaut de surveillance, ou de ceux qu'ils auraient négligé de signaler à la commission scolaire.

Chapitre IV. (Loi, art. 27—36.) — Autorités préposées à l'instruction primaire.

Section I. — Surveillance des écoles.

Art. 95. Le Département de l'instruction publique est chargé de la surveillance des écoles et des cours complémentaires. Il dispose du personnel spécial créé en vertu de l'article 27 de la loi et attaché au service de l'instruction publique.

Section II. — Des commissions scolaires.

Art. 96. Les membres des commissions scolaires sont nommés pour quatre ans et rééligibles. La commission est reconstituée intégralement après chaque renouvellement de la municipalité.

Art. 97. La commission scolaire élit chaque année son président, son vice-président et son secrétaire. Ce dernier peut être pris en dehors de la commission.

Le Département peut autoriser les communes qui ont une direction spéciale des écoles à déroger à cette prescription.

La municipalité met un huissier à la disposition de la commission scolaire.

Art. 98. Lorsque deux ou plusieurs communes se sont réunies pour former une seule commission scolaire, chacune des municipalités nomme son ou ses représentants dans cette commission, et participe aux dépenses prévues à l'art. 35 de la loi.

Art. 99. La municipalité et la commission scolaire réunies nomment, au début de chaque période quadriennale, un comité de trois dames au moins, préposé à la surveillance, ainsi qu'aux examens annuels des travaux à l'aiguille.

Art. 100. Les fonctions d'instituteur sont incompatibles avec celles de membre ou de secrétaire de la commission scolaire.

Toutefois, l'instituteur ou l'institutrice doivent être entendus lorsqu'il s'agit de questions pédagogiques.

Art. 101. Les parents ou alliés de l'instituteur ou de l'institutrice, au premier et au second degré, ne peuvent faire partie de la commission.

Art. 102. Les parents, au premier et au second degré, ne peuvent siéger ensemble dans la commission.

Art. 103. Les commissions scolaires s'occupent de tout ce qui concerne la bonne marche et la bonne tenue des écoles. Leurs attributions sont les suivantes :

- a. Elles veillent à ce que les membres du corps enseignant et les élèves remplissent assidûment leurs devoirs ;

- b. elles s'assurent du bon entretien du matériel et du mobilier, et prennent toutes les mesures exigées par l'hygiène scolaire;
- c. elles fixent chaque année l'ouverture des cours et avisent les parents des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école, ou qui ne remplissent pas leurs obligations scolaires;
- d. elles veillent à la fréquentation régulière des écoles et les visitent le plus souvent possible, au moins une fois par mois. Il est fait mention de ces visites dans un registre spécial.

Elles ont aussi la surveillance des écoles enfantines, des cours complémentaires et des cours de travaux manuels;

- e. elles s'assurent, conformément aux articles 2 et 83 de la loi, que tous les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique reçoivent une instruction suffisante;
- f. elles surveillent l'exécution du programme d'enseignement, établi conformément au plan d'études, et approuvent l'horaire semestriel des leçons;
- g. elles fixent l'époque et la durée des vacances dans les limites prescrites par l'art. 4 de la loi;
- h. elles s'occupent, en premier ressort, de la repourvue des places vacantes;
- i. elles examinent les plaintes qui leur sont adressées par les instituteurs contre leurs élèves ou leurs parents et tuteurs, ainsi que celles de ces derniers contre les instituteurs. Elles entendent les parties, s'entourent de tous les renseignements et s'efforcent de résoudre le différend par les moyens amiables, avant de le porter à la connaissance du Département. Toutefois, la commission scolaire portera à la connaissance du Département tous les cas présentant une certaine gravité;
- j. elles procèdent, en avril de chaque année, à l'examen des écoles, décident avec le personnel enseignant de la promotion des élèves et de la formation des classes, et adressent au Département de l'Instruction publique un rapport annuel sur la marche des écoles;
- k. elles statuent sur les demandes de congé qui leur sont adressées par le personnel enseignant et par les enfants, ainsi que sur les demandes de dispenses d'été prévues à l'art. 79 de la loi;
- l. elles surveillent, conjointement avec l'instituteur, les enfants hors de l'école et les punissent s'ils ne se conduisent pas d'une manière convenable;
- m. elles prononcent les amendes prévues aux articles 94 et 95 de la loi, 2 et 93 du règlement et en indiquent le montant dans le rapport annuel;
- n. elles adressent, chaque mois, au Département un rapport sur les dénonciations faites aux préfets pour les absences non justifiées;
- o. elles tiennent un registre des procès-verbaux de leurs séances. Ce registre, d'un caractère confidentiel, est cependant à la disposition des autorités scolaires supérieures.

Art. 104. La commission scolaire tient constamment à jour un registre matricule de tous les enfants de la commune en âge de scolarité.

Ce registre est tenu par classe. Une place spéciale y est réservée aux élèves des écoles privées ou qui font leur instruction à domicile.

Art. 105. Les observations que la commission ou l'un de ses membres adresse à l'instituteur, soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être faites en particulier.

Les observations consignées dans le registre des procès-verbaux sont communiquées à l'intéressé.

Section III. — Des préfets.

Art. 106. Les préfets concourent avec le Département à l'application de la loi et du règlement scolaires.

Art. 107. Ils connaissent en particulier des contraventions prévues aux art. 25, 89, 90, 96, 97 de la loi, 1 et 222 du présent règlement.

Art. 108. Ils veillent à ce que le traitement des instituteurs soit payé régulièrement. A cet effet, ils se font remettre, chaque trimestre, un rapport par les municipalités de leur ressort. Ils contrôlent l'exactitude des renseignements qui leur sont donnés et font eux-mêmes rapport au Département.

Art. 109. Ils vouent tous leurs soins à la répression des absences non justifiées. Ils s'assurent que celles-ci leur sont régulièrement dénoncées par les commissions scolaires, et veillent à l'exécution des peines prononcées par eux ensuite de ces dénonciations. Ils adressent, chaque mois, au Département le rapport prévu à l'art. 99 de la loi.

Ils sont tenus de donner connaissance de leurs prononcés aux commissions scolaires qui le demandent.

Chapitre V. (Loi, art. 37—76.) — Instituteurs, institutrices, maîtresses de travaux à l'aiguille et d'écoles enfantines.

Section I. — Concours. Examens. Nominations.

Art. 110. L'instituteur ou l'institutrice porteur d'un brevet provisoire a le droit de concourir lorsqu'il s'agit de pourvoir à un poste d'école semi-enfantine, ou de classe primaire réunissant moins de 30 enfants.

Art. 111. Les porteurs du brevet définitif, qui se présentent au concours prévu à l'article précédent, déclarent se soumettre aux conditions du poste à repourvoir; leur inscription au concours n'exclut pas les instituteurs ou les institutrices pourvus du brevet provisoire.

Art. 112. Les frais résultant de l'insertion des avis de concours dans la Feuille des Avis officiels sont à la charge des communes.

Art. 113. Lorsque les autorités communales décident que la nomination aura lieu par voie d'appel, la commission scolaire communique cette décision au Département, et lui fait connaître en même temps le nom du candidat élu.

Art. 114. Les examens pour la repourvue des postes d'instituteurs et d'institutrices comprennent deux leçons; celles-ci portent sur les objets d'enseignement du programme primaire fixé par l'art. 13 de la loi.

Lorsque l'institutrice est appelée à enseigner les travaux à l'aiguille, elle subit en outre l'examen prévu à l'art. 129 du règlement; dans ce cas cet examen est apprécié par une seule note.

Art. 115. La commission scolaire peut s'adjoindre des experts pour ces examens.

Art. 116. La commission choisit, immédiatement avant chacune des épreuves, avec le délégué du Département et les experts si elle en a appelés, les sujets d'examen. Elle fixe l'ordre et la nature des leçons.

Les sujets, les mêmes pour tous les aspirants, sont communiqués d'avance à chacun des candidats; ceux-ci disposent d'un temps égal de préparation pour leurs leçons.

Art. 117. A l'ouverture de la séance, le président de la commission scolaire fait connaître les noms des candidats admis aux examens et dont les titres ont été reconnus en règle; il indique les fonctions et les avantages de la place à repourvoir. Il est procédé ensuite aux examens dans l'ordre arrêté.

Art. 118. Les résultats des examens sont appréciés par les chiffres 0 à 10. Ils sont inscrits dans le procès-verbal de l'examen.

Art. 119. Le procès-verbal est signé séance tenante par le président et par le secrétaire de la commission ainsi que par le délégué du Département.

Art. 120. Outre l'appréciation des notes, le procès-verbal indiquera l'année de naissance des candidats, leur lieu d'origine, leur domicile, la nature et la date de leur brevet, la dernière école desservie et divers renseignements sur le précédent titulaire. Il y sera joint un état détaillé des fonctions et des avantages attachés à la place, tels qu'ils ont été annoncés aux candidats. Le procès-verbal fera connaître aussi les noms des experts et les examens auxquels ils ont pris part.

La commission peut y joindre toutes les observations qu'elle croira utiles pour la municipalité.

Art. 121. Le procès-verbal de l'examen est transmis dans le plus bref délai à la municipalité.

Art. 122. La municipalité et la commission se réunissent immédiatement après l'examen pour procéder à l'élection; celle-ci a lieu au scrutin secret et à la majorité absolue des suffrages.

Art. 123. Le Département sanctionne ou annule l'élection, conformément aux attributions que la loi lui donne. Il y a recours au Conseil d'Etat.

Art. 124. Lorsque le Département a sanctionné l'élection d'un instituteur, il transmet le brevet de nomination à la commission scolaire et avise l'élu de la date de son entrée en fonctions.

Art. 125. Le brevet de nomination est remis à l'instituteur par le président de la commission, en présence des élèves et d'une double délégation de la municipalité et de la commission.

Art. 126. Lorsque le Département annule l'élection, il communique cette décision à la municipalité et à la commission, et il en indique les motifs.

Si la municipalité et la commission veulent recourir au Conseil d'Etat contre la décision du Département, elles doivent le faire dans le délai de dix jours.

Art. 127. Lorsque la nullité d'une élection a été définitivement prononcée, un nouveau concours est ouvert dans la forme ordinaire.

Art. 128. Les concours pour la nomination des maîtresses de travaux à l'aiguille peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 129. En cas d'examen, celui-ci consiste en deux leçons sur les travaux prescrits par le programme.

La commission s'adjoint, pour l'appréciation de ces examens, le comité de dames prévu à l'art. 99 du règlement.

Art. 130. Les concours pour la repourvue des postes de maîtresses d'écoles enfantines peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 131. En cas d'examen, celui-ci comprend deux leçons sur les objets d'enseignement prévus au plan d'études pour les écoles enfantines.

Art. 132. La nomination et l'installation des maîtresses de travaux à l'aiguille et des maîtresses d'écoles enfantines ont lieu conformément aux articles 42 à 50 de la loi et 113 à 127 du règlement.

Section II. — *Conférences.*

Art. 133. Les instituteurs et les institutrices se réunissent une fois par année en conférence de district. Ils peuvent être réunis en conférences de cercle. Les convocations sont faites par le Département, qui fixe l'ordre du jour.

Art. 134. Les commissions scolaires sont convoquées aux conférences de cercle et de district. Leurs membres y ont voix consultative.

Art. 135. Les conférences sont obligatoires pour tous les instituteurs et toutes les institutrices en fonctions; les maîtresses de travaux à l'aiguille et d'écoles enfantines peuvent y prendre part.

Art. 136. Les instituteurs et institutrices qui ne justifient pas leur absence à une conférence sont signalés au Département et passibles d'une amende de deux francs.

Art. 137. Les conférences procèdent tous les quatre ans à la nomination d'un président, d'un vice-président et d'un secrétaire.

Elles tiennent un registre des procès-verbaux des séances, et communiquent au Département un extrait de leurs délibérations.

Section III. — *Traitements et autres avantages.*

Art. 138. Le traitement des instituteurs et des institutrices est payé par mensualité. Ce payement ne peut se faire par acomptes.

Art. 139. Une maîtresse de travaux à l'aiguille, remplissant en même temps les fonctions de maîtresse d'école enfantine, et pourvue des brevets prévus à l'art. 39, lettres *c* et *d*, de la loi, ne peut recevoir un traitement inférieur à fr. 600.

Si la titulaire est pourvue du brevet définitif ou du brevet provisoire, son traitement annuel est de fr. 700 au minimum.

Art. 140. Les maîtresses d'écoles enfantines communales, pourvues du brevet définitif primaire, ont droit à l'augmentation pour années de service, ainsi qu'à la pension de retraite prescrite par la loi.

Art. 141. La commune fournit aux instituteurs et aux institutrices un logement convenable, pourvu de moyens de chauffage.

Le logement de l'instituteur comprendra au moins trois chambres et celui de l'institutrice deux.

Art. 142. L'instituteur ou l'institutrice qui est autorisé par la municipalité à sous-louer son appartement a droit à l'entier du prix de location.

Art. 143. Le bois destiné au chauffage de la salle d'école est coupé et rendu au bûcher, aux frais de la commune si l'instituteur ne reçoit que le bois nécessaire à cet usage.

Section IV. — *Devoirs du personnel enseignant.*

Art. 144. Le personnel enseignant est placé sous la surveillance immédiate de la commission scolaire.

Art. 145. L'ouverture de l'école est annoncée par le son de la cloche un quart d'heure à l'avance.

L'obligation de sonner incombe aux instituteurs si la cloche est dans le bâtiment d'école ou à proximité immédiate.

Art. 146. Les salles d'école sont accessibles aux élèves aussitôt que la cloche a donné le signal de l'ouverture de la classe. L'instituteur surveille l'entrée des élèves, et l'école commence à l'heure précise.

Art. 147. Les enfants réunis et placés en bon ordre, l'instituteur procède à leur inspection au point de vue de la propreté, et veille à ce que les vêtements des élèves soient en rapport avec leur état de santé et la température de la salle.

Art. 148. L'instituteur renvoie les élèves qui ne sont pas dans un état de propreté satisfaisant et veille à ce qu'ils se lavent dans un local voisin destiné à cet usage.

Art. 149. Lorsque l'instituteur constate la présence de parasites sur la tête ou dans les habits d'un élève, il renvoie celui-ci à la maison et ne l'admet à nouveau dans la classe qu'après s'être assuré qu'un nettoyage suffisant a été effectué.

Art. 150. L'instituteur renvoie les enfants qu'il suppose atteints de maladie contagieuse; il prévient immédiatement la commission scolaire, qui avise le médecin-délégué.

Art. 151. Il fait l'appel des élèves et inscrit les absents. Cet appel a lieu, au plus tard, cinq minutes après l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 152. Il prépare à l'avance chaque programme mensuel. Ces programmes sont inscrits dans le registre de classe.

Art. 153. L'horaire des leçons de chaque jour est affiché dans la salle d'école; l'instituteur ne peut s'en écarter sans motif valable.

Art. 154. L'instituteur ne peut faire une course avec ses élèves sans l'autorisation du président de la commission scolaire.

Toutefois, ne sont pas considérées comme courses les sorties nécessitées par les besoins de l'enseignement.

L'instituteur laisse en classe l'indication du but et du lieu de sa sortie.

Art. 155. Il veille à ce que les enfants soient tous constamment occupés pendant la durée de l'école.

Art. 156. Pendant les heures de leçons, il est interdit à l'instituteur de s'occuper d'un sujet étranger à l'école. Il se doit tout entier à son travail, et ne peut durant ce temps employer les élèves à des occupations étrangères aux leçons.

Art. 157. L'instituteur peut donner à ses élèves des devoirs à domicile, mais ceux-ci seront proportionnés à l'âge et au degré de développement des enfants.

Art. 158. Lorsque l'école est tenue pendant trois heures consécutives, elle est interrompue par une ou deux récréations de quinze minutes au total.

Art. 159. L'instituteur a la surveillance des récréations et exige que, durant cet intervalle et si le temps le permet, tous les élèves quittent la salle.

Art. 160. Il veille à ce que le bâtiment d'école, ses dépendances et ses abords soient constamment propres et bien entretenus. Le matériel nécessaire est à la charge des communes.

Art. 161. Il doit chauffer la salle d'école conformément aux prescriptions de l'art. 79 du règlement, et renouveler l'air de celle-ci pendant les récréations, après les leçons du matin et après celles du soir.

Art. 162. Il veille à la conservation du matériel et des objets d'école; il pourvoit aussi au bon entretien de son logement, des dépendances et de son jardin ou plantage. Il signale à la commission scolaire les dégradations et les dommages qui exigent des réparations. Si les autorités locales négligent de faire le nécessaire, l'instituteur s'adresse au Département.

Art. 163. Il exerce un contrôle sévère sur les livres étrangers à l'école qu'il trouve entre les mains des élèves. Il confisque immédiatement les objets inutiles aux leçons; ces objets sont rendus en temps opportun.

Art. 164. Il est expressément défendu aux instituteurs d'admettre des enfants dans les écoles sans l'autorisation de la commission scolaire; ils ne peuvent de même les radier du rôle sans cette autorisation.

Art. 165. L'instituteur est tenu de faire en temps utile une répétition sommaire des matières enseignées.

Art. 166. Il est chargé de la tenue du registre de classe et des livrets scolaires, qui doivent être constamment à jour.

Art. 167. Il doit inculquer à ses élèves, par son exemple et par sa parole, les principes et la pratique de la politesse, ainsi que le respect dû aux autorités.

Art. 168. Les articles de cette section s'appliquent également aux institutrices, aux maîtresses de travaux à l'aiguille et aux maîtresses d'écoles enfantines.

Chapitre VI. (Loi, art. 77—105.) — Fréquentation et discipline des écoles.

Section I. — Fréquentation des écoles.

Art. 169. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire indiquant son état civil, les changements de domicile et les données relatives à la fréquentation, à la conduite, au travail et aux fournitures scolaires. Ce livret est conservé en classe par l'instituteur.

Art. 170. Après chaque bulletin et après l'examen annuel, les livrets scolaires, mis à jour par l'instituteur, sont remis aux élèves pour être visés par leurs parents ou tuteurs.

Art. 171. En cas de promotion, le livret régularisé est transmis par l'instituteur au nouveau maître de l'élève.

Si l'enfant change de commune, l'instituteur, après avoir régularisé le livret scolaire et rempli le formulaire de changement de domicile, transmet ces pièces au président de la commission scolaire, qui les expédie sans retard au président de la commission scolaire du nouveau domicile.

Art. 172. Lorsque le nouveau domicile de l'élève est inconnu ou hors du canton, le président de la commission adresse le livret scolaire au Département.

Art. 173. Lors du départ ou de l'arrivée d'un élève, le président de la commission scolaire fait immédiatement les inscriptions nécessaires au registre matricule prévu par l'art. 104 du présent règlement.

Art. 174. Le livret est remis à son possesseur lors de sa sortie définitive de l'école; à cette occasion il est signé par le président de la commission scolaire.

Les élèves garçons sont avisés d'avoir à le conserver avec soin, en vue des cours complémentaires et de l'examen de recrues.

Art. 175. Conformément à l'art. 77 de la loi, les municipalités et les commissions scolaires réunies ont le droit de limiter la fréquentation obligatoire de l'école au quinze avril de l'année où l'enfant a quinze ans révolus. Cette décision, qui peut être prise en faveur des filles seulement, est communiquée avant le 1^{er} mars de chaque année au Département.

Art. 176. Les commissions scolaires des communes qui veulent se mettre au bénéfice de l'art. 79 de la loi sont tenues de faire connaître au Département, avant le 1^{er} mars de chaque année, le nombre journalier d'heures de leçons qu'elles se proposent d'adopter pour l'été à l'égard des enfants âgés de douze ans révolus au quinze avril, et qui font partie du degré supérieur.

Art. 177. Dans les communes où la libération a lieu à quinze ans, les enfants admis à fréquenter l'école jusqu'à seize ans sont assimilés, pour toutes leurs obligations scolaires, aux autres élèves de l'école.

Art. 178. Les dispenses d'été prévues par l'art. 79 de la loi peuvent être accordées à tout élève qui a douze ans révolus au quinze avril et qui a été promu au degré supérieur.

Ces dispenses doivent être demandées à la commission scolaire dans la première semaine d'avril. A cette occasion, les parents ou tuteurs justifient de l'emploi des enfants pendant les heures de dispense.

L'élève mis au bénéfice d'une dispense est astreint à suivre toutes les écoles lorsque ses absences ont donné lieu à deux dénonciations.

Art. 179. Les élèves du degré supérieur dispensés d'une partie des écoles d'été ne sont portés absents que lorsqu'ils manquent une école obligatoire.

Art. 180. Toute demande de dispense extraordinaire doit être adressée au Département par l'intermédiaire de la commission scolaire. Celle-ci joint à cette demande le livret scolaire de l'enfant et les renseignements relatifs aux circonstances de famille. Les parents ou tuteurs qui font cette demande doivent la justifier en en donnant les motifs.

Art. 181. Les enfants qui atteignent l'âge de six ans dans l'année courante peuvent être admis à l'école dès le commencement de l'année scolaire, si leurs parents ou tuteurs en font la demande. Dans ce cas les commissions scolaires prennent en considération:

- a. L'état physique et intellectuel des enfants;
- b. les dimensions de la salle d'école;
- c. le nombre et l'âge des écoliers astreints à la fréquentation obligatoire;
- d. la distance qui les sépare de la maison d'école.

Ils sont astreints à toutes les obligations scolaires concernant les élèves du degré inférieur.

Art. 182. Sur le préavis de la commission scolaire, le Département libère définitivement les élèves notoirement dépourvus d'intelligence, ou atteints d'infirmités ou de maladies empêchant la fréquentation de l'école.

Art. 183. L'instituteur ne peut dispenser un élève que d'une demi-journée d'école par semaine. Le président de la commission peut accorder un congé de trois jours, et la commission scolaire un congé de quinze jours. Passé ce terme, la commission s'adresse au Département.

Art. 184. Le président de la commission peut accorder à l'instituteur un congé de deux jours dans le même mois. La commission statue sur les demandes de congé de huit jours. Pour tous les autres cas, l'instituteur s'adresse au Département par l'intermédiaire de la commission.

Art. 185. Dans aucun cas l'instituteur ne peut quitter la direction de sa classe sans en prévenir le président de la commission scolaire.

Art. 186. La durée totale des vacances est de dix semaines; il y a en outre un après-midi de congé par semaine.

Il pourra être accordé un second après-midi de congé par semaine, sous réserve que le nombre d'heures de classes hebdomadaire ne soit pas diminué.

Art. 187. Un congé de trois à six jours est accordé à l'occasion du Nouvel-An. Ce congé ne peut être prolongé sans l'autorisation du Département.

Art. 188. Dans les communes de montagne, moyennant l'autorisation du Département, les vacances peuvent être de douze à seize semaines consécutives, et elles ne doivent pas commencer avant le 1^{er} juin. En dehors de ces vacances, la fréquentation quotidienne, matin et soir, est obligatoire pour tous les écoliers.

Section II. — *Examens annuels.*

Art. 189. La commission scolaire procède chaque année, au mois d'avril, à un examen auquel tous les élèves des écoles publiques primaires sont tenus de prendre part.

Cet examen est public. La municipalité y assiste en corps ou par délégation.

Art. 190. La commission fixe la date des examens oraux; elle en donne immédiatement avis à la municipalité, au personnel enseignant et aux élèves.

Art. 191. Le Département fixe la date des examens écrits.

Art. 192. Il donne chaque année aux commissions les directions nécessaires relativement aux examens annuels et à la promotion.

Art. 193. Les résultats de l'examen annuel font partie du rapport que les commissions adressent au Département par l'intermédiaire de la municipalité.

Art. 194. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante: 1 = très bien; — 2 = bien; — 3 = passable; — 4 = mal; 5 = très mal.

Art. 195. La promotion se fait à la suite de l'examen annuel. Les notes des bulletins semestriels, pour les branches d'enseignement obligatoire, entrent pour les deux tiers dans la note moyenne de promotion.

Art. 196. La commission appelle aux examens annuels les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique.

Art. 197. La commission et le Département peuvent s'assurer par des examens spéciaux, faits aussi souvent qu'ils le jugent convenable, que ces enfants reçoivent une instruction égale à celle qui est donnée dans les écoles publiques primaires.

Section III. — *Répression des absences.*

Art. 198. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences de leurs écoliers sur le registre scolaire obligatoire destiné à cet usage. Pendant l'appel, fait au commencement de chaque école, ils inscrivent toutes les absences par congé, par maladie et celles qui ne sont pas justifiées.

Art. 199. Chaque élève possède un carnet spécial destiné à recevoir l'inscription de toutes les absences, ainsi que les mentions prévues à l'art. 212 ci-après. Les absences par congé y sont inscrites par la personne qui les accorde.

Art. 200. Après la première absence non justifiée d'un élève, les parents sont immédiatement avisés par l'instituteur.

Art. 201. Trois arrivées tardives non justifiées par semaine équivalent à une absence.

Art. 202. Chaque semaine, les maîtresses de travaux à l'aiguille remettent en temps utile aux instituteurs la liste des élèves qui ont manqué leurs leçons.

Art. 203. Chaque semaine, l'instituteur adresse au président de la commission scolaire deux rapports; l'un, conservé par le président, est le relevé de toutes les absences; l'autre, destiné au préfet, contient le nom des élèves qui ont des absences non justifiées, avec l'indication, pour ces élèves-là, des autres absences qu'ils ont faites.

Dans les deux jours, le président de la commission scolaire transmet au préfet le rapport qui lui est destiné.

Art. 204. Aussitôt après la réception des rapports d'absences, ou des autres rapports des commissions scolaires, le préfet cite les parents ou les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 25, 89, 90, 96, 97 de la loi et 222 du règlement.

Art. 205. L'exécution de la sentence a lieu suivant les formes prescrites par la loi sur la poursuite des amendes municipales.

Toutefois, la rentrée de toutes les amendes prononcées par les préfets se fait par l'intermédiaire des receveurs de district.

Art. 206. En cas d'absences répétées des enfants, les parents ou tuteurs peuvent être cités devant la commission scolaire.

Art. 207. Toute personne condamnée à une amende pour inobservation des prescriptions légales et réglementaires devra s'acquitter dans le délai de dix jours, dès celui où elle aura eu connaissance du prononcé. En cas de non paiement, un nouveau délai de huit jours est accordé au débiteur.

Art. 208. Si, à l'expiration de ce dernier délai, le débiteur n'a pas payé l'amende prévue à l'article précédent, ainsi que les frais de sommation, le préfet prononce d'office, sans nouvel avis, la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de cinq francs d'amende pour vingt-quatre heures d'emprisonnement.

Art. 209. Les arrêts prévus à l'art. 92 de la loi sont subis en dehors de l'école, de préférence le dimanche, et ne peuvent avoir lieu de nuit.

Ils sont prononcés par le préfet, sur préavis de la commission scolaire.

Section IV. — *Discipline.*

Art. 210. Les punitions infligées à l'école doivent être en rapport avec l'âge, le caractère de l'enfant et la gravité de la faute; elles ne sont pas l'effet de l'emportement, afin que, une fois prononcées, le maître ou, cas échéant, l'autorité scolaire puisse, s'il y a recours des parents, en exiger la complète exécution.

Art. 211. Les instituteurs s'abstiennent absolument d'actes de brutalité, d'injures, de paroles grossières, ainsi que de toute allusion à la vie publique ou privée des parents des élèves, ou de toute autre personne.

Art. 212. Au moins une fois par mois, l'instituteur donne aux parents ou autres personnes responsables son appréciation sur le travail et la conduite des élèves. Il porte en outre immédiatement tout fait grave à leur connaissance.

Ces communications se font par le moyen du carnet prévu à l'art. 199 du présent règlement. Elles sont visées par les parents.

Art. 213. La pénitence, ou mise à l'écart dans la salle d'école, a lieu lorsque l'enfant persiste, après avertissement, à être un sujet de désordre pour ses voisins. Elle n'est appliquée qu'à un petit nombre d'élèves à la fois; ceux-ci seront toujours strictement surveillés et occupés.

Art. 214. Les arrêts dans la compétence de l'instituteur sont infligés de manière à ce que l'élève ne soit pas retenu plus d'une demi-heure après la classe du matin, et plus de deux heures après la classe du soir. Ces arrêts ne peuvent avoir lieu de nuit.

Sans motif grave, les élèves ne doivent pas être privés des récréations.

Art. 215. Les travaux imposés comme punition aux élèves, pendant les arrêts ou à domicile, consistent en devoirs ou en exercices utiles. Les exercices écrits doivent être faits dans le cahier de devoirs ordinaires.

Art. 216. L'expulsion d'un élève pour une demi-journée n'est prononcée que dans les cas graves et notamment s'il y a rébellion ouverte. L'instituteur avise sans retard les parents, ainsi que le président de la commission. L'enfant ne peut rentrer en classe que porteur d'une autorisation du président de la commission scolaire, et après avoir fait acte de soumission.

Art. 217. Lorsqu'un élève retombe sans cesse dans les mêmes fautes et ne tient aucun compte des avis de l'instituteur, celui-ci le dénonce à la commission en précisant par écrit les motifs de cette mesure.

Art. 218. Les personnes chargées de l'enseignement religieux ont le droit de faire usage des punitions prescrites à l'art. 100 de la loi.

Art. 219. Lorsque les moyens de répression prescrits par la loi sont insuffisants pour ramener l'élève à ses devoirs, la commission scolaire en réfère au Département.

Les cas d'immoralité sont immédiatement déferés à cette autorité.

Art. 220. Le Département peut prononcer contre tout élève l'exclusion temporaire ou définitive des écoles, ou dénoncer le cas aux tribunaux.

Art. 221. Les parents ou autres personnes responsables qui refusent de se soumettre aux décisions des autorités scolaires peuvent être poursuivis en vertu de l'art. 129 du code pénal.

Art. 222. Il est interdit aux parents et à toute autre personne de s'introduire dans le bâtiment d'école pour adresser des reproches à l'instituteur ou le troubler dans l'exercice de ses fonctions.

Les contraventions à cet article, dénoncées au Département par l'intermédiaire des commissions scolaires, sont punies d'une amende de vingt francs, au maximum, prononcée par le préfet.

Chapitre VII. (Loi, art. 106—118.) — Classes primaires supérieures.

Section I. — Organisation.

Art. 223. Les classes primaires supérieures sont destinées à compléter l'instruction primaire des élèves qui ne recherchent pas un enseignement secondaire à base classique ou scientifique.

Art. 224. L'enseignement primaire supérieur se distingue par son caractère pratique et par la prépondérance qu'il accorde aux applications sur la théorie dans les études scientifiques.

Art. 225. Pour être admis dans les classes primaires supérieures, un enfant doit être âgé de douze ans au moins; il doit avoir parcouru le programme correspondant à son âge et obtenu, au minimum, la note 1,5 pour les branches essentielles.

Sont considérées comme branches essentielles :

- a. Le français (lecture et récitation, élocution et rédaction, orthographe et grammaire);
- b. l'arithmétique (calcul oral et calcul écrit).

Art. 226. Lorsque deux ou plusieurs communes se groupent pour la création d'une classe primaire supérieure, elles forment un cercle scolaire. La surveillance y est exercée par une commission scolaire de cercle.

Art. 227. La commission scolaire de cercle compte au moins un représentant de chacune des communes du cercle scolaire.

Art. 228. L'Etat se fait représenter par un délégué dans les commissions scolaires préposées à la surveillance des classes primaires supérieures.

Art. 229. Lorsque des parents le demandent et présentent à l'inscription vingt enfants, la commune est tenue d'ouvrir une classe primaire supérieure.

Art. 230. Les classes primaires supérieures sont mixtes; toutefois le Département peut autoriser le dédoublement par sexe.

Art. 231. Ces classes ont deux après-midi de congé par semaine. L'un d'eux peut être consacré à l'enseignement des travaux manuels.

Art. 232. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire spécial, au moyen duquel l'instituteur fait connaître, deux fois dans l'année, aux parents ou tuteurs, la fréquentation ainsi que les notes de conduite et de travail des élèves.

Art. 233. Un élève peut être exclu de l'école primaire supérieure pour cause d'incapacité, d'inapplication ou de mauvaise conduite.

Section II. — *Examens et certificat d'études.*

Art. 234. Au printemps de chaque année, la commission scolaire procède à un examen des élèves. Il porte sur toutes les branches obligatoires d'enseignement.

Art. 235. La promotion des élèves est prononcée sur le préavis du personnel enseignant, par la commission scolaire. Les notes de l'année comptent pour une moitié dans la moyenne de promotion.

Art. 236. Il est institué un certificat d'études primaires supérieures pour les élèves ayant accompli le cycle complet des études.

Art. 237. Le certificat est obtenu à la suite d'un examen qui a lieu à la fin de chaque année scolaire. Ce dernier, organisé par les soins du Département, porte sur l'ensemble du programme obligatoire.

Art. 238. Le certificat d'études est délivré à tout élève ayant obtenu une moyenne générale de deux. Il le libère définitivement des écoles.

Art. 239. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante: 1 = très bien; — 2 = bien; — 3 = passable; — 4 = mal; — 5 = très mal.

Section III. — *Personnel enseignant.*

Art. 240. Pour enseigner dans une classe primaire supérieure, il faut:

1^o Etre porteur du brevet de capacité pour l'enseignement primaire et du diplôme spécial pour l'enseignement primaire supérieur;

2^o avoir dirigé une classe primaire pendant trois ans au moins.

Le Département de l'Instruction publique peut admettre l'équivalence d'autres titres.

Art. 241. Dans les classes primaires supérieures annexées à un établissement secondaire, l'enseignement peut être confié aux maîtres de cet établissement.

Art. 242. Des maîtres spéciaux peuvent être chargés d'une partie de l'enseignement, moyennant l'autorisation du Département.

Ce dernier peut également autoriser un échange de leçons entre maîtres d'un établissement ou d'établissements différents. Il peut aussi charger un maître spécial d'enseigner dans plusieurs localités.

Art. 243. Tous les trois ans au moins, un jury désigné par le Département de l'Instruction publique examine les aspirants au diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.

Art. 244. La date de cet examen est annoncée par la Feuille des Avis officiels.

Art. 245. L'examen se compose d'épreuves écrites, qui sont éliminatoires, d'épreuves orales et d'épreuves pratiques.

Art. 246. Les épreuves écrites portent sur les matières du programme des classes primaires supérieures; elles comprennent:

- a. Une composition sur un sujet pédagogique;
- b. une composition sur un sujet de littérature française;
- c. un travail d'allemand (traduction, version, composition littéraire);
- d. un travail de mathématiques;
- e. un travail sur une question de physique, de chimie ou de sciences naturelles.

Art. 247. Les épreuves orales et pratiques comprennent une ou plusieurs leçons sur les matières du programme.

Art. 248. Le jury apprécie séance tenante les résultats de l'examen. L'échelle d'appréciation va de 0, qui signifie très mal, à 10, qui signifie très bien.

Art. 249. Pour avoir droit au diplôme spécial, le candidat doit obtenir au moins la note 7 pour la pédagogie, le français et l'allemand, ainsi que la note moyenne 7 pour les mathématiques et les sciences naturelles.

Art. 250. Les épreuves sont subies en une seule fois; cependant, le candidat peut les subir en deux sessions. Dans ce cas, l'une des sessions porte, au choix du candidat, sur les épreuves d'ordre littéraire et l'autre sur celles d'ordre scientifique. Les épreuves pratiques, prévues à l'art. 247, ont alors lieu dans la seconde session.

Art. 251. La nomination du titulaire d'une classe primaire supérieure a lieu, en règle générale, conformément aux dispositions relatives à la nomination des instituteurs et des institutrices primaires.

Art. 252. Les municipalités et la commission scolaire du cercle scolaire procèdent à la nomination d'après un règlement intérieur approuvé par le Conseil d'Etat.

Chapitre VIII. — Cours complémentaires.

Section I. — Organisation.

Art. 253. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un instituteur, il est ouvert chaque année, pendant le semestre d'hiver, des cours complémentaires d'instruction primaire de six heures par semaine, jusqu'à concurrence de soixante heures au moins.

Ces cours ont lieu deux fois par semaine.

Art. 254. La municipalité fait dresser chaque année, avant le 1^{er} novembre, la liste de tous les garçons de nationalité suisse, âgés de quinze à dix-neuf ans, domiciliés dans la commune, et qui, à teneur de l'art. 122 de la loi, sont appelés à suivre les cours complémentaires.

Art. 255. Les jeunes gens astreints aux cours sont avisés par voie d'affiche et de publication dans la commune. Ils sont par là censés avertis personnellement, et les absents tombent sous le coup des peines prévues par la loi.

Art. 256. Dans les communes où il y a plusieurs instituteurs, les élèves peuvent être repartis en plusieurs classes. Ces classes seront organisées de façon à grouper les élèves qui ont le même degré de connaissances.

Art. 257. Chaque année, le Département fixe la date d'ouverture des cours et donne les instructions nécessaires; tout changement apporté à celles-ci est soumis à son approbation.

Art. 258. Les jeunes gens doivent présenter leur livret scolaire à l'ouverture des cours. Cette pièce, conservée et tenue à jour par le maître, est rendue aux élèves à la fin des cours.

Les livrets égarés sont remplacés aux frais des élèves.

Art. 259. Les demandes de dispense sont adressées, avant le 1^{er} novembre, à la commission scolaire qui les transmet, avec son préavis, au Département.

Ces dispenses ne sont accordées que pour une année, et dans le cas seulement où l'état d'instruction des requérants est jugé suffisant par le Département.

Art. 260. Tout élève qui, à la suite d'un examen, est dispensé des cours, doit être admis à les suivre s'il le demande.

Art. 261. Les garçons de quinze à dix-neuf ans, libérés des écoles, habitant une commune où il n'existe pas de classe tenue par un instituteur, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée.

L'indemnité à payer par les communes qui n'ont pas d'instituteur est fixée à raison de quatre francs par élève. Les quatre cinquièmes de cette indemnité sont dûs à l'instituteur qui donne les cours; le cinquième sert à indemniser la commune pour le chauffage et l'éclairage de la salle.

Art. 262. Lorsqu'un élève change de domicile pendant les cours, le maître lui remet son livret scolaire régularisé et avise le président de la commission scolaire. Celui-ci transmet immédiatement cet avis au président de la commission scolaire du nouveau domicile, ou au Département si le jeune homme quitte le canton.

Si le jeune homme habite le canton, il doit se présenter immédiatement aux leçons des cours complémentaires de sa nouvelle résidence.

Art. 263. Les instituteurs sont rétribués par l'Etat pour les cours donnés pendant la demi-journée du samedi après midi.

Section II. — *Programme.*

Art. 264. Le programme comporte les branches ci-après: La lecture, la composition, le calcul oral, le calcul écrit, la géographie, l'histoire suisse, l'instruction civique.

Dans l'enseignement, il sera tenu compte des besoins locaux: professionnels, industriels ou agricoles.

Art. 265. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel nécessaire, savoir: *a.* Un cahier; — *b.* un porte-plume avec plume; — *c.* un crayon; — *d.* les manuels ou autres objets que le Département peut rendre obligatoires.

Section III. — *Examens annuels.*

Art. 266. Chaque année, à partir du 1^{er} avril, le Département fait subir un examen à tous les jeunes gens en âge de fréquenter les cours.

Chaque élève présente à l'examen son livret scolaire. Ceux qui ont suivi les cours présentent en outre les travaux écrits faits pendant les leçons.

Art. 267. Des examens peuvent avoir lieu en automne pour les jeunes gens sortis des écoles primaires au printemps de la même année.

Les jeunes gens des autres classes d'âge sont admis à cet examen s'ils en font la demande.

Art. 268. Les résultats de ces examens annuels sont consignés dans un formulaire conservé au Département; un double en est remis en tout temps aux commissions scolaires qui le demandent.

Section IV. — *Surveillance.*

Art. 269. La surveillance des cours est exercée, sous l'autorité du Département de l'Instruction publique et du Département militaire, par: *a.* Les délégués du Département de l'Instruction publique; — *b.* les commissions scolaires; — *c.* les chefs de section.

Art. 270. Les commissions scolaires font visiter les cours chaque semaine par un de leurs membres ou par une personne déléguée à cet effet.

Art. 271. Les chefs de section inspectent les cours de leur ressort au point de vue de la discipline. Ils assistent aux examens qui ont lieu dans leur section.

Section V. — *Répression des absences et discipline.*

Art. 272. Il n'est accordé aucun congé.

Art. 273. Les maîtres tiennent à jour le registre des cours. Ils inscrivent toutes les absences et mentionnent les motifs d'excuse indiqués.

Art. 274. Une absence peut être excusée si la cause en est un fait inattendu ou absolument exceptionnel.

Art. 275. Les maîtres transmettent chaque semaine un rapport d'absences au président de la commission scolaire; celui-ci apprécie les motifs d'excuse présentés.

Art. 276. Le président de la commission scolaire transmet immédiatement au chef de section la liste des absences non justifiées.

Art. 277. Chaque absence d'une heure est punie de deux heures d'arrêts, soit au maximum douze heures pour la semaine entière.

Ces arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder neuf heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit, ni durant les heures des cours. Ils doivent être subis, au plus tard, dans les dix jours après l'envoi du rapport au président de la commission scolaire.

Art. 278. Si l'absence non justifiée a duré plus d'une semaine, le cas est dénoncé au commandant d'arrondissement, chargé de réprimer les absences à raison de vingt-quatre heures d'arrêts pour chaque semaine manquée.

Les cas d'absence de plus de trois semaines sont soumis au Département militaire, qui inflige les arrêts dans les limites de sa compétence.

Ces arrêts sont subis au chef-lieu de district.

Art. 279. Les jeunes gens qui n'ont pu justifier leur absence à l'examen annuel prévu par l'art. 266 sont passibles de douze heures d'arrêts, infligés par le chef de section.

Art. 280. Les maîtres des cours inscrivent sur les registres des cours les notes de conduite et de travail obtenues par chacun des élèves.

Art. 281. Les cas d'indiscipline sont déférés immédiatement par la commission scolaire au chef de section, dont la compétence est de douze heures d'arrêts pour le même élève.

Ces arrêts, de même que les arrêts prévus par l'art. 279, sont subis conformément aux prescriptions du 2^{me} alinéa de l'art. 277.

S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, le chef de section en réfère sans délai au commandant d'arrondissement, lequel soumet les cas graves au Département militaire.

La peine infligée par le commandant ou par le Département militaire doit être subie dans la salle des arrêts militaires du district.

Art. 282. Toutefois, pour les jeunes gens au-dessous de 17 ans, les arrêts infligés par le commandant d'arrondissement ou par le Département militaire — soit pour absence prolongée, soit pour cas grave d'indiscipline — seront subis de jour.

Suivant les cas, et ensuite d'entente avec le Département, ces arrêts pourront être subis dans le local fourni par la commune.

Art. 283. L'arrestation des jeunes gens qui refusent de subir leur peine a lieu comme pour les arrêts militaires.

Art. 284. L'entretien des élèves est à leur charge pendant la durée des arrêts.

Art. 285. Les frais de notification sont à la charge des personnes citées. L'huissier de la municipalité reçoit vingt centimes pour chaque citation qu'il est chargé de faire.

Art. 286. Les devoirs obligatoires, prévus à l'art. 128 de la loi et qui accompagnent les arrêts, sont indiqués par le maître du cours.

Ils sont appropriés au degré d'instruction des jeunes gens et faits dans le cahier des cours.

Art. 287. La surveillance des arrêts infligés par le chef de section est exercée aux frais des communes, par une personne que désigne la municipalité.

Art. 288. La commune fournit, dans le bâtiment d'école, le local destiné aux arrêts infligés par le chef de section.

Section VI. — Cours préparatoires.

Art. 289. Le Département de l'Instruction publique organise chaque année un cours préparatoire d'une durée de vingt à vingt-quatre heures.

Ce cours est destiné aux jeunes gens appelés au recrutement; il est suivi par tous ceux qui, à la suite de l'examen prévu à l'art. 266, n'ont pu justifier d'une instruction suffisante.

Art. 290. Les commissions scolaires veillent à ce qu'aucun des jeunes gens astreints au cours n'échappe à cette obligation.

Art. 291. La liste des absences est envoyée après chaque séance au chef de la section militaire où le cours se donne. Il n'est accordé aucun congé.

Art. 292. Chaque absence d'une heure est réprimée par deux heures d'arrêts. Ces arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder douze heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit. Ils doivent être subis immédiatement et en dehors des heures des cours.

Lorsque l'absence a duré plus de trois jours, elle est dénoncée au commandant d'arrondissement chargé de la réprimer comme suit: pour une semaine, quarante-huit heures d'arrêts; pour une semaine et demie, septante-deux heures d'arrêts. Les cas d'absence plus prolongée sont soumis au Département militaire.

Art. 293. Les cas d'indiscipline, à l'entrée et à la sortie du cours, ou pendant la durée de celui-ci, sont déférés immédiatement au chef de section; ce dernier a une compétence de douze heures pour le même élève. S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, le chef de section doit en référer sans délai au commandant d'arrondissement, lequel soumet les cas graves au Département militaire.

Art. 294. Le cours est placé sous la surveillance des commissions scolaires et des délégués du Département de l'Instruction publique et du Département militaire.

Art. 295. Les jeunes gens qui ne travaillent pas sérieusement ou qui n'apportent pas le matériel nécessaire pour les leçons sont dénoncés au chef de section, qui les punit dans les limites de sa compétence.

Art. 296. Les arrêts prévus dans cette section sont subis au chef-lieu de district.

Art. 297. Pour ce qui concerne la surveillance des arrêts, l'arrestation des jeunes gens et les frais qui en résulteront, les art. 283, 284 et 285 du présent règlement sont applicables.

Art. 298. Les instituteurs chargés du cours sont rétribués par l'Etat; ils ont à présenter au Département de l'Instruction publique un rapport établi sur formulaire.

Dispositions transitoires.

Art. 299. Sont abrogés:

1^o Le règlement du 12 avril 1890 pour les écoles primaires.

2^o Les articles 1 à 22 inclusivement du règlement du 19 septembre 1895 sur l'organisation des écoles enfantines.

3^o L'arrêté du 5 octobre 1906 sur l'obtention du diplôme spécial pour l'enseignement dans les classes primaires supérieures.

4^o Toutes circulaires ou autres instructions contraires au présent règlement.

Art. 300. Le présent règlement sera imprimé et publié pour être exécuté dès et y compris le 1^{er} avril 1907.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 15 février 1907.

18.16. Instructions concernant le matériel scolaire remis gratuitement aux élèves des écoles primaires du canton de Vaud. (Du 1^{er} janvier 1907.)

1. Dispositions générales.

1. Les élèves des écoles primaires du canton de Vaud reçoivent gratuitement:

a. Le matériel scolaire, savoir: les cahiers avec buvard, les albums, la boîte d'école, les plumes, les porte-plumes, les crayons, les règles, l'encrier, l'encre, les ardoises, les crayons d'ardoise, les gommes et les porte-crayons;

b. les manuels, conformément à la liste arrêtée annuellement.¹⁾

2. Les enfants de 6 ans, qui fréquentent les écoles primaires publiques, sont mis au bénéfice de la gratuité des fournitures scolaires au même titre que les enfants de sept à quinze ou seize ans. Le livret scolaire ne leur est cependant remis que dans l'année où ils atteignent l'âge de sept ans.

¹⁾ Des instructions spéciales sont établies au sujet de l'emploi du matériel pour les leçons de travaux à l'aiguille.

3. Les communes fournissent, à leurs frais, le papier pour les travaux d'examen.

4. Les élèves n'emportent à la maison que leurs cahiers, leurs albums et leurs manuels; ils laissent en classe les autres effets scolaires.

5. Les élèves des cours complémentaires ne bénéficient pas de la gratuité des fournitures scolaires.

6. En aucun cas, ces fournitures ne peuvent être vendues, ni détournées de leur destination.

7. Les parents ou tuteurs sont responsables des fournitures perdues, détériorées, ou mises intentionnellement, par négligence ou manque de soins, hors de service par leurs enfants ou pupilles. Les fournitures de remplacement doivent être semblables à celles qui sont remises gratuitement aux élèves.

8. La vente des fournitures ou des manuels à acheter par les parents, en application de l'article 7, est laissée aux commerçants.

9. Dans chaque commune, le service général des fournitures scolaires est confié à un dépositaire. La distribution aux élèves incombe au personnel enseignant.

10. L'Etat fournit au dépositaire les registres et formulaires indispensables. Le registre de classe renferme une page pour la comptabilité à établir par le personnel enseignant.

11. Toute correspondance relative au matériel scolaire gratuit est adressée au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires: elle doit être attestée *officielle*, afin de jouir de la franchise de port.

II. Municipalités.

12. Chaque municipalité, sur préavis de la commission scolaire, nomme le dépositaire communal: elle nantit, sans retard, le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, de cette nomination.

Le dépositaire ne peut pas être en même temps membre de la commission scolaire.

13. La municipalité met à la disposition du dépositaire une ou plusieurs armoires bien conditionnées, fermant à clef, ou, si les besoins l'exigent, un local convenable, aéré et sec.

14. La municipalité fixe la rétribution annuelle du dépositaire, en tenant compte du temps à consacrer à ces fonctions.

Cette rétribution est à la charge de la commune.

III. Commissions scolaires.

15. Les commissions scolaires ont les attributions suivantes:

- a. Elles exercent une surveillance générale sur l'activité du dépositaire et du corps enseignant dans tout ce qui concerne les fournitures scolaires;
- b. elles entendent les renseignements ou examinent les plaintes qu'ils peuvent présenter et prennent, dans leur compétence, les mesures nécessaires, ou en réfèrent au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, pour directions spéciales;
- c. elles procèdent, une fois l'an, immédiatement avant ou pendant les examens du printemps, à l'inspection générale des fournitures scolaires et de la bibliothèque de l'école, ainsi qu'à la vérification des écritures tenues par le dépositaire et le personnel enseignant.

Cas échéant, elles font connaître au Département de l'Instruction publique les irrégularités constatées pendant l'année ou à l'inspection du printemps.

16. Le président de la commission, ou son remplaçant, signe les réquisitions, les accusés de réception donnant lieu à des observations, et la correspondance relative au service des fournitures.

IV. Dépositaires.

1. Instructions générales.

17. Les dépositaires sont responsables des fournitures confiées à leurs soins. Ils sont révocables, en tout temps et sans indemnité, en cas de négligence dans l'exercice de leurs fonctions.

Les membres du corps enseignant, régents ou régentes, peuvent remplir les fonctions de dépositaire.

18. Les dépositaires sont chargés :

- a. De conserver avec soin les échantillons de matériel qui leur sont envoyés ;
- b. d'établir les réquisitions, après s'être entourés de tous les renseignements nécessaires, et de les envoyer conformément aux instructions données par le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires ;
- c. de recevoir les fournitures, de les connaître d'après les échantillons et les factures des fournisseurs, de les serrer avec ordre, d'accuser réception des envois, avec observations, s'il y a lieu ;
- d. de mettre l'encre, aussitôt après réception, dans des bouteilles très propres, qui seront ensuite déposées, couchées, dans un endroit à l'abri du gel et des rayons solaires ;
- e. de remettre au commencement de l'année scolaire, et exceptionnellement quand les besoins l'exigent, les fournitures aux différentes écoles ;
- f. de noter sans retard, dans le registre ad hoc, par ordre de dates, les réceptions et les livraisons des fournitures ;
- g. de vérifier les factures et de les donner, pour visa, au président de la commission ou à son remplaçant ;
- h. d'établir, à la fin de janvier, sur formulaire spécial, le compte général des soldes, ainsi que la dépense moyenne par élève pour l'année scolaire courante ; ce compte est envoyé au Département de l'Instruction publique en même temps que la réquisition ;
- i. de boucler le compte annuel des fournitures, dans le registre, immédiatement après les examens annuels ;
- j. de faire la correspondance, d'en garder copie, de classer avec soin et régularité toutes les pièces et les lettres reçues ;
- k. de seconder la commission scolaire dans la surveillance générale concernant le service et l'usage des fournitures dans les classes et de lui transmettre par écrit ses observations et ses vœux.

19. Dans aucun cas, les dépositaires n'ont à correspondre ni à entrer en relations avec les fournisseurs en ce qui concerne le matériel scolaire gratuit, et réciproquement. Le Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, est leur seul intermédiaire à cet égard.

2. Réquisitions.

20. Les réquisitions établies avec le plus grand soin, en tenant compte des directions données, sont envoyées, signées du président de la commission ou de son remplaçant, avant le 1^{er} février.

21. La copie des réquisitions, faite sur le talon du registre, doit porter les mêmes signatures que la réquisition ; elle est à modifier, cas échéant, d'après les rectifications du Bureau des fournitures.

22. La provision d'encre noire que l'on peut demander est de 1 litre pour 10 élèves ; les fractions de 5 à 9 élèves donnent droit à 1 litre de plus. Il peut être demandé 1 décilitre d'encre rouge par année et par classe, à l'usage du personnel enseignant.

23. Toute réquisition supplémentaire doit, pour être prise en considération, être motivée par lettre ou sur la réquisition même.

3. Accusés de réception.

24. Chaque accusé de réception indique la valeur totale des fournitures reçues.

25. Ce formulaire est établi pour chaque fournisseur, en conformité de la facture, et aussitôt après la réception et la reconnaissance des fournitures.

26. L'accusé de réception fait connaître, cas échéant, sous la rubrique ad hoc, toutes les observations relatives à la quantité, à la qualité ou à l'état des fournitures.

27. Les observations à inscrire sur l'accusé de réception ne doivent concerner que les fournitures livrées par le fournisseur intéressé.

28. Pour être prises en considération, les réclamations doivent, sans faute, être adressées au Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires, dans les trois jours dès la réception des envois; à ce défaut, le remplacement du matériel pourra être mis à la charge du dépositaire.

29. L'accusé de réception concernant des fournitures destinées à compléter un envoi non conforme à la facture, ou à remplacer des fournitures inacceptables, indique la raison spéciale qui a motivé cet envoi.

V. Fournisseurs.

30. Les fournisseurs envoient franco, au domicile du dépositaire, frais de factage ou de camionnage compris, le matériel scolaire demandé par les bons de commande du Bureau des fournitures.

Par mesure d'ordre, le Département de l'Instruction publique peut mettre à la charge du dépositaire, ou du personnel enseignant, les frais de transport des fournitures faisant l'objet de réquisitions supplémentaires, lorsque celles-ci sont dues à la négligence.

31. Les fournisseurs doivent sans faute effectuer toutes leurs expéditions avant le 31 mars. S'ils ne peuvent y parvenir, ils ont à en aviser à temps le Département de l'Instruction publique.

Les dépositaires, de leur côté, ont à faire connaître en temps voulu, au Département de l'Instruction publique, les retards qui viennent à se produire dans ces expéditions.

32. Tout envoi d'un fournisseur doit être accompagné d'une facture détaillée.

33. Les fournisseurs sont tenus, sur ordre du Département de l'Instruction publique, de compléter leurs envois, de remplacer les fournitures en mauvais état ou non conformes aux échantillons.

34. L'Etat paye intégralement les fournisseurs. Les communes ont de leur côté à verser à la recette de district, dans les six mois qui suivent la réception des fournitures, le 50% du montant de celles-ci pour les écoles de leur ressort.

Si les dépositaires ont eu à régler des frais de factage ou de camionnage, ils se font rembourser par la caisse communale; au moment du règlement de compte, le montant de ces frais est déduit de la part à payer par la commune à la recette de district. Ce montant doit être indiqué dans l'accusé de réception relatif aux fournitures ayant occasionné ces frais, ainsi que dans le bordereau des factures.

*VI. Personnel enseignant.**1. Instructions générales.*

35. Tout membre du personnel enseignant inscrit immédiatement, dans le registre de classe, les fournitures qu'il reçoit du dépositaire.

Il transmet à celui-ci, pour le 25 janvier au plus tard, la réquisition concernant le matériel qui lui sera nécessaire pour la prochaine année scolaire.

36. Il est responsable des fournitures qui lui sont remises et les serre dans l'armoire réservée à cet usage.

37. Afin de prévenir les abus et le gaspillage, de combattre et de réprimer le désordre, en un mot tout ce qui peut nuire au bon emploi du matériel ou à la conservation des manuels, il exerce une surveillance active sur les fournitures gratuites remises aux élèves.

38. Il s'efforce d'obtenir un emploi judicieux du papier; il interdit formellement l'enlèvement des feuilles, les pages inachevées, les marges exagérées; celles-ci auront, au maximum, 2 cm au bord extérieur de la page et 1 cm vers la couture.

39. Aussi souvent que cela est nécessaire, il procède à l'inspection des fournitures scolaires; dans le degré inférieur, cette inspection doit avoir lieu chaque jour, à la fin de l'école de l'après-midi, jusqu'à ce que les élèves aient acquis des habitudes d'ordre satisfaisantes.

40. Il requiert, cas échéant, l'application de l'art. 7 des présentes instructions et en réfère, s'il y a lieu, à la commission scolaire.

41. Il inscrit dans le livret scolaire de chaque élève, au moment de leur remise, les fournitures livrées, conformément aux indications du dit livret, édition de 1901, page 15.

42. Avec la réquisition du mois de janvier, et trois jours au moins avant les examens de printemps, il fait connaître au dépositaire les soldes des fournitures de sa classe à chacun de ces moments-là.

43. Il porte, aussitôt après réception, dans le catalogue de la bibliothèque de l'école, tout ouvrage ou brochure qui lui est remis pour sa classe.

2. Distribution et retrait des fournitures.

44. Chaque élève primaire reçoit gratuitement le matériel et les manuels appropriés à son degré de développement. Ce matériel et ces manuels doivent être neufs lorsqu'ils lui sont remis pour la première fois.

45. Les élèves qui changent de localité emportent avec eux tous leurs effets scolaires, y compris l'encrier.

46. Les élèves libérés définitivement par âge ou qui entrent dans un établissement secondaire officiel du canton ont le droit de garder tous leurs effets scolaires.

Les maîtres retireront le matériel et les manuels des élèves qui entrent dans une école particulière, de ceux qui quittent le canton de Vaud ou qui ne tiennent pas à conserver leurs effets scolaires. Ceux-ci, s'ils sont encore utilisables, pourront être donnés à des élèves faisant preuve de grande négligence dans l'usage du matériel qui leur est remis, ou servir à l'occasion de distributions exceptionnelles à effectuer.

3. Emploi du matériel et des manuels.

47. La distribution du matériel se fait de la façon la plus judicieuse possible. Le personnel enseignant établit comme il l'entend le contrôle qu'il est nécessaire de faire à cet égard. Chaque élève reçoit, une fois pour toutes, la boîte d'école et l'encrier. L'ardoise¹⁾ n'est remplacée qu'exceptionnellement. Deux porte-plumes et deux règles doivent suffire pour toute la scolarité de l'élève. Les porte-crayons peuvent être conservés dans l'armoire du matériel et remis momentanément aux élèves lorsque leur emploi est utile. Les crayons, les plumes et la gomme ne sont distribués que sur la présentation de ce qui reste de l'objet devenu inutilisable.

Les cas de contestation relatifs à la distribution du matériel peuvent être portés à la connaissance du Département de l'Instruction publique, Bureau des fournitures scolaires.

¹⁾ La suppression de l'emploi de cet objet d'école, dans les écoles primaires du canton, sera fort probablement décidée d'ici à brève échéance.

48. Tout objet du matériel scolaire qui en est susceptible doit porter le nom de l'élève.

49. Les cahiers et albums en usage dans chaque degré sont distribués en conformité des prescriptions suivantes:

	Degrés		
	inférieur	intermédiaire	supérieur
Ecriture	cah. n ^o 1 ou 2	cah. n ^o 5	cah. n ^o 5
Orthographie	" 2 ou 3	" 3	" 4
Composition	" —	" 3	" 4
Arithmétique	" 4	" 4	" 4
Copie	" —	" 4	" 4
Comptabilité	" —	" 6	" 6
Croquis et cartographie	" —	" 7	" 7
Allemand	" —	" —	" 4
Dessin	alb. n ^o 1	alb. n ^o 1	alb. n ^o 2

Les cahiers n^{os} 6 et 7 ne sont fournis qu'aux élèves avancés du degré intermédiaire.

Le cahier de copie doit être consacré aux résumés des leçons, aux canevas ou plans de compositions, aux morceaux pouvant servir de modèles au point de vue du choix des idées et du style, aux solutions-types de problèmes. Les copies de dictées ou de compositions ne se font qu'exceptionnellement. — Chaque élève ne doit avoir que les cahiers indiqués ci-dessus.

Le personnel enseignant pourra être tenu de remplacer, à ses frais, le matériel distribué contrairement aux prescriptions établies.

50. Un nouveau cahier n'est donné que sur présentation de l'ancien et après constatation par le maître que celui-ci est dûment fini et complet.

Le remplacement des cahiers incomplets peut être mis à la charge des parents.

51. Les cahiers terminés dans le courant de l'année scolaire sont retirés et conservés par le maître pour être présentés à l'examen.

Après cela ils sont remis aux élèves.

Les cahiers non terminés à l'examen sont continués, avec la même destination, au commencement de la nouvelle année scolaire.

52. La distribution des plumes se fait en remettant aux élèves du degré inférieur celles dont la pointe est la plus large, et en réservant les plumes plus dures ou à pointe fine pour les élèves des degrés intermédiaire et supérieur.

53. Tout encrier est pourvu d'un bouchon fourni par l'élève.

54. L'usage de l'ardoise doit être réservé, dans le degré inférieur, aux exercices de dessin; dans les degrés intermédiaire et supérieur, aux exercices préliminaires de dessin, à la cartographie et dans une mesure aussi restreinte que possible au calcul écrit et à la comptabilité.

55. La gomme n'est remise aux élèves que pour la leçon de dessin.

56. Les manuels sont distribués conformément aux directions données à cet égard; la remise en est faite une fois pour toutes à chaque élève.

57. Les élèves promus dans les degrés intermédiaire et supérieur restent en possession des manuels qu'ils ont reçus et sont tenus de les conserver.

58. Le cartonnage des manuels doit être constamment préservé par une couverture solide et en bon état, de fort papier ou de toile. Les couvertures de toile noire sont recommandées. Il est interdit d'employer des journaux, même pour la couverture supplémentaire des cahiers.

VII. Dispositions finales.

59. Le Département de l'Instruction publique peut exiger le remplacement immédiat de tout dépositaire qui ne remplit pas ses fonctions avec soin, ponctualité et exactitude.

60. Les présentes instructions annulent les directions précédentes et entrent immédiatement en vigueur.

19. 17. Instructions aux autorités communales et au personnel enseignant du canton de Vaud au sujet de l'emploi des fournitures gratuites pour l'enseignement des travaux à l'aiguille. (Du 1^{er} février 1907.)

I. Dispositions générales.

1. Les jeunes filles fréquentant les écoles primaires du canton de Vaud reçoivent gratuitement le matériel nécessaire aux leçons de travaux à l'aiguille, conformément à la liste établie par le Département de l'Instruction publique.

2. Les jeunes filles, âgées de 6 à 7 ans, élèves d'une école semi-enfantine, sont mises au bénéfice de la mesure prévue à l'article précédent.

3. Les élèves ne doivent emporter à la maison aucun des effets qui leur sont remis gratuitement pour les leçons de travaux à l'aiguille.

4. Les parents ou tuteurs sont responsables des fournitures ou effets perdus, détériorés, ou mis hors d'usage par la faute de leurs enfants ou pupilles. Les fournitures de remplacement doivent être semblables à celles qui sont remises gratuitement aux élèves.

5. Dans chaque commune, le service général des fournitures pour les travaux à l'aiguille est confié à un dépositaire. Celui-ci est nommé par la municipalité, sur préavis de la commission scolaire; la rétribution à lui allouer est à la charge de la commune.

6. Les fonctions de dépositaire peuvent être remplies par l'une des maîtresses de travaux à l'aiguille ou toute autre personne qualifiée. Les nominations ou remplacements sont portés à la connaissance du Département de l'Instruction publique.

7. Le Département de l'Instruction publique fournit au dépositaire les registres et formulaires indispensables.

8. Toute correspondance relative au matériel dont il est ici question doit être adressée au Département de l'Instruction publique; elle doit être attestée officiellement, afin de jouir de la franchise de port.

9. La haute surveillance sur l'emploi des fournitures pour les travaux à l'aiguille est exercée par la commission scolaire; celle-ci peut en charger une commission spéciale, si elle le juge nécessaire.

10. Les réquisitions, demandes spéciales ou réclamations, sont signées par le dépositaire et le président de la commission scolaire ou celui de la commission spéciale suivant le cas.

II. Dépositaires.

11. Les dépositaires sont responsables des fournitures qu'ils reçoivent; des dernières ne doivent, sous aucun prétexte, être détournées de leur destination.

12. Les dépositaires sont révocables en tout temps et sans indemnité, en cas de négligence dans l'exercice de leurs fonctions.

13. Les dépositaires sont chargés:

- a. De conserver avec soin les échantillons de fournitures qui leur sont envoyés;
- b. d'établir les réquisitions d'après les demandes du personnel enseignant, en tenant compte des soldes qui se trouvent dans les différentes classes et conformément aux instructions du Département;
- c. de recevoir les fournitures, de les reconnaître d'après les échantillons, de les serrer avec ordre dans l'armoire spéciale fournie par la commune, d'accuser réception des envois, avec observations s'il y a lieu, et d'effectuer la répartition de ces fournitures conformément aux demandes admises;

- d. de tenir constamment à jour le registre de réception et de livraison des fournitures;
- e. de vérifier les factures, d'établir le bordereau général pour les divers fournisseurs et de le transmettre, avec le dernier accusé de réception, au Département de l'Instruction publique;
- f. de classer avec soin toutes les pièces et lettres reçues.

14. En aucun cas, les dépositaires n'ont à correspondre, ni à entrer en relations avec les fournisseurs, en ce qui concerne le matériel dont il s'agit ici, et réciproquement. Le Département de l'Instruction publique est leur seul intermédiaire à cet égard.

III. Fournisseurs.

15. Les fournisseurs envoient franco, au domicile du dépositaire, frais de factage ou de camionnage compris, les fournitures demandées et admises par le Département de l'Instruction publique.

16. Les envois se font, dans la règle, avant le 31 mars de chaque année. Les retards qui viennent à se produire sont portés en temps utile à la connaissance du Département de l'Instruction publique.

17. Tout envoi d'un fournisseur doit être accompagné d'une facture détaillée.

18. Les fournisseurs sont tenus de compléter leurs envois ou de remplacer les fournitures en mauvais état ou non conformes aux échantillons.

19. L'Etat paye intégralement les fournisseurs dans les six mois qui suivent les expéditions. Les communes ont, de leur côté, à verser, à la recette de district, le 50 % du montant des fournitures pour les écoles de leur ressort.

20. Si le dépositaire a eu à supporter des frais de factage ou de camionnage, il se fait rembourser par la caisse communale. Le montant de ces frais est déduit de la part à payer par la commune à la recette de district, à la condition d'être indiqué dans l'accusé de réception des fournitures auxquelles il se rapporte ainsi, que dans le bordereau des factures.

IV. Maîtresses de travaux à l'aiguille.

21. Les institutrices et maîtresses de travaux à l'aiguille inscrivent, sur un formulaire spécial, les fournitures qui leur sont remises par le dépositaire. Elles sont responsables de ces fournitures et doivent les serrer avec soin dans l'armoire destinée à cet usage.

22. Les réquisitions pour chaque école doivent être établies conformément aux indications qui sont données à cet effet par le Département de l'Instruction publique.

23. Il est recommandé aux maîtresses de travaux à l'aiguille de veiller à ce qu'il soit fait un emploi judicieux des fournitures et du matériel se rapportant à cet enseignement.

24. Les réclamations concernant la qualité de ces fournitures doivent être portées à la connaissance du Département de l'Instruction publique, par l'intermédiaire du dépositaire et de la commission scolaire.

V. Emploi du matériel et des fournitures pour les travaux à l'aiguille.

25. La distribution des fournitures aux élèves se fait au fur et à mesure des besoins de l'enseignement et de façon à empêcher tout gaspillage.

26. Les ciseaux, règles, rubans métriques, aiguilles à tricoter, constituent le matériel de classe; leur remplacement sera, par conséquent, limité au strict nécessaire. La distribution des aiguilles à coudre sera l'objet d'un contrôle sérieux.

27. Chaque élève est tenue de serrer ses effets et fournitures dans une poche ou dans une boîte affectée à cet usage.

20. 18. Arrêté du Conseil d'Etat du canton de Vaud sur la répression des absences scolaires, la perception des amendes et la conversion de celles-ci en emprisonnement. (Du 17 mai 1907.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes; vu les dispositions renfermées aux art. 89 et suivants de la loi du 15 mai 1906, sur l'Instruction publique primaire, et celles contenues aux art. 204 et suivants du règlement du 15 février 1907; attendu qu'il y a lieu d'édicter des règles spéciales au sujet des absences scolaires, de la perception des amendes qui en résultent et de leur conversion en emprisonnement;

arrête:

Art. 1^{er}. Dans les deux jours dès la fin de chaque semaine, les présidents des commissions scolaires transmettent au préfet du district le rapport hebdomadaire relatif aux absences, prévu à l'art. 203 du règlement du 15 février 1907.

Art. 2. Le préfet veille à ce que ce rapport lui soit adressé régulièrement, qu'il y ait ou non des absences sans congé. Il rappelle cette formalité aux commissions scolaires qui l'ont négligée.

Art. 3. Aussitôt après réception des rapports, le préfet cite, par lettre, les parents et les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 89 et 90 de la loi du 15 mai 1906.

Art. 4. Les amendes prononcées doivent être acquittées, au bureau du préfet, dans le délai de vingt jours.

Le préfet en avise les intéressés au moment du prononcé.

Art. 5. A défaut de paiement dans ce délai, le préfet prononce la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de vingt-quatre heures d'emprisonnement pour cinq francs d'amende.

Art. 6. Le rapport mensuel des préfets, prévu à l'art. 99 de la loi précitée, est adressé au Département de l'Instruction publique et des Cultes, au plus tard 35 jours après le dernier prononcé.

Art. 7. Le préfet tient un compte spécial des amendes perçues et des frais résultant des cas de conversion.

Art. 8. Il remet au receveur un relevé de ce compte, dans les quinze jours qui suivent chaque trimestre.

Art. 9. Le receveur fournit annuellement, à chaque municipalité intéressée, le bordereau des amendes attribuées à la commune ainsi que des frais pour défaut de paiement.

Art. 10. Le receveur transmet, cas échéant, à la municipalité, le produit des amendes scolaires, sous déduction des frais. Si ces derniers excèdent le montant des amendes perçues, la différence est supportée par l'Etat.

Art. 11. Par les dispositions qui précèdent, il n'est pas dérogé aux art. 205 et suivants du règlement du 15 février 1907, pour autant qu'il s'agit d'amendes visant d'autres infractions que les absences.

Art. 12. L'arrêté du 1^{er} février 1895 est abrogé.

Art. 13. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui entrera immédiatement en vigueur.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 17 mai 1907.

21. 19. Circulaire du Département de l'Instruction publique et des cultes du canton de Vaud, concernant la constitution de mutualités scolaires de retraites. (Du 4 novembre 1907.)

La loi du 2 mars 1907 créant une caisse cantonale vaudoise des retraites populaires entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1908.

Elle prévoit la constitution de mutualités scolaires de retraites ayant pour but de faciliter à leurs membres l'affiliation à cet établissement.

Une circulaire du Conseil d'Etat, adressée aux municipalités du canton, les engage à organiser une ou plusieurs associations de cette nature dans la commune de leur ressort.

En vous remettant quelques exemplaires de la notice incluse, nous vous prions :

1^o d'attirer l'attention des parents et de leurs enfants sur l'utilité et les avantages de l'institution nouvelle ;

2^o de coopérer activement à la formation d'une mutualité scolaire englobant les écoliers ou écolières dont l'instruction vous est confiée.

Nous comptons sur votre concours pour le développement de cette œuvre patriotique.

22. 20. Règlement pour le service du matériel scolaire gratuit dans le canton de Neuchâtel. (Du 12 mars 1907.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel; vu l'article 115 de la loi sur l'enseignement primaire du 27 avril 1889; vu la loi sur la gratuité des fournitures scolaires à l'école publique primaire du 21 mai 1890 et le décret du Grand Conseil du 19 novembre 1906, revisant l'article premier de cette même loi; vu le préavis de la Commission cantonale consultative pour le choix du matériel scolaire; considérant qu'il y a lieu de reviser le règlement spécial pour le service du matériel scolaire gratuit; sur la proposition du Conseiller d'Etat, Chef du Département de l'Instruction publique;

arrête:

Chapitre premier. — Dispositions générales.

Art. 1^{er}. L'Etat fournit aux communes le matériel scolaire qu'elles sont tenues de délivrer aux élèves des établissements publics d'instruction primaire. Ce matériel est remis gratuitement à tous les élèves de l'école primaire dont les parents sont domiciliés dans le canton de Neuchâtel. — Toutefois les parents peuvent rembourser la valeur du matériel fourni à leurs enfants, sur la base de la dépense moyenne par élève indiquée dans le tableau de l'exercice précédent.

Les élèves dont les parents sont domiciliés hors du canton paient sur les mêmes bases les fournitures scolaires qui leur sont délivrées. (Art. 1^{er} (nouveau) de la loi sur la gratuité du matériel scolaire.)

Art. 2. Cependant lorsque ces élèves sont placés en échange et que leurs parents habitent un canton où les fournitures scolaires sont aussi délivrées gratuitement aux élèves des écoles publiques, ils sont, à titre de réciprocité, dispensés du remboursement prévu à l'article précédent.

Art. 3. Si les élèves astreints au paiement de leur matériel scolaire font dans une école un stage d'une durée inférieure à une année ou ne reçoivent pas toutes les fournitures distribuées aux autres élèves de la classe, la somme qu'ils ont à rembourser est calculée au prorata du matériel qui leur a été délivré.

En pareil cas, la finance que doit payer un élève est de fr. 2 au minimum.

Art. 4. Le matériel scolaire se divise en matériel de classe et matériel individuel.

Le matériel de classe ne doit pas sortir de la salle d'école; il comprend les objets nécessaires à l'enseignement fröbelien, les manuels de lecture, les encriers et les objets destinés aux travaux féminins inscrits au programme officiel, ainsi que les manuels dits „de classe“ qui rentrent dans cette catégorie en vertu d'une décision du Département de l'Instruction publique.

Le matériel individuel comprend tous les autres manuels, ainsi que le matériel courant.

Art. 5. Le Chef du Département de l'Instruction publique nomme tous les trois ans une commission consultative qui préavise sur le choix, l'adjudication et le prix du matériel, ainsi que sur toutes les questions relatives à l'organisation et à l'amélioration du service du matériel scolaire.

Chapitre II. — De la direction du service du matériel scolaire.

Art. 6. La direction et la surveillance générale du service du matériel scolaire gratuit sont remises au Chef du Département de l'Instruction publique, qui les exerce par le service de l'Economat du Département.

Art. 7. L'Economat du Département de l'Instruction publique a entre autres attributions:

- 1^o La mise au concours de la fourniture des manuels et du matériel scolaires.
- 2^o La stipulation des contrats avec les adjudicataires.
- 3^o La réception de toutes les demandes de matériel et leur envoi aux fournisseurs.
- 4^o La tenue de la comptabilité générale du service, le contrôle de celle des dépôts communaux de matériel, ainsi que de celle des classes, de concert avec les inspecteurs et les commissions scolaires.

Chapitre III. — Des fournisseurs.

Art. 8. Les fournitures scolaires sont mises au concours dans la Feuille officielle. Chaque adjudication fera l'objet d'une convention entre l'Economat du Département de l'Instruction publique et les fournisseurs. Ces conventions mentionneront les objets à fournir et leur prix, et portent la signature du Chef du Département de l'Instruction publique.

Art. 9. Les livraisons de matériel et de manuels ne sont faites par les fournisseurs que sur les bons de commande de l'Economat du Département de l'Instruction publique.

Chapitre IV. — Des commissions scolaires et des dépositaires.

Art. 10. L'administration locale du service du matériel est placée, dans chaque commune, sous la surveillance de la commission scolaire qui nomme un dépositaire chargé de la réception et de la distribution du matériel.

Cette nomination est soumise à la ratification du Département de l'Instruction publique.

Art. 11. Au mois de janvier de chaque année, les dépositaires établissent, sur formulaire spécial, la liste du matériel et des manuels nécessaires aux écoles pour l'année scolaire suivante et l'adressent à l'Economat du Département de l'Instruction publique qui en fait exécuter l'expédition.

Avant le 1^{er} septembre, les dépositaires complètent les fournitures qui peuvent leur manquer pour la période de l'hiver, et à cet effet envoient un nouveau formulaire spécial à l'Economat du Département de l'Instruction publique.

Il ne sera fait d'expédition de matériel que d'après les demandes faites dans ces deux mois de l'année.

Toute commande de matériel doit être contresignée par le président ou le délégué de la commission scolaire.

Art. 12. Les dépositaires accusent réception à l'Economat du Département, immédiatement après l'arrivée de chaque envoi.

Art. 13. Les dépositaires marquent du sceau de la commission scolaire les manuels reçus, puis remettent au personnel enseignant, contre récépissé, le matériel nécessaire aux élèves. Ils tiennent un compte d'entrée et de sortie des marchandises reçues et conservent comme pièces justificatives les avis d'expédition des fournisseurs, ainsi que les récépissés du personnel enseignant.

Cette comptabilité doit être constamment à jour, et à la disposition des autorités communales et scolaires.

Un double de cette comptabilité est adressé chaque année à fin décembre à l'Econamat du Département de l'Instruction publique.

Art. 14. Il est interdit aux dépositaires de vendre aucun des objets fournis par le service du matériel.

Art. 15. Les commissions scolaires établissent le rôle des élèves payants qui fréquentent leurs écoles.

Une fois par année et au plus tard pour le 15 novembre, elles adressent en deux exemplaires à l'Econamat du Département de l'Instruction publique un extrait de ce rôle, soit le bordereau dûment visé et avec toutes indications utiles, des sommes qu'elles ont encaissées en exécution des art. 1^{er} (3^{me} et 4^{me} alinéas) et 3 du présent règlement.

Un de ces doubles leur est ensuite retourné muni du visa du Département de l'Instruction publique.

Lorsqu'il n'existe aucune inscription d'élève payant dans un ressort scolaire communal, ce fait est attesté sur le bordereau annuel qui doit être expédié malgré cette circonstance à l'Econamat du Département de l'Instruction publique.

Art. 16. Les quotes-parts revenant de ce chef à l'Etat, soit les $\frac{3}{5}$ des sommes perçues, figurent sur le tableau général de la répartition des dépenses, publié à la fin de chaque exercice, et sont ajoutées au montant annuel que chaque commune est appelée à rembourser à la caisse de l'Etat pour la fourniture du matériel scolaire gratuit. (Art. 1^{er} (nouveau), 2^{me} et 4^{me} alinéas, de la loi sur la gratuité.)

Chapitre V. — Dispositions diverses.

Art. 17. Les instituteurs et les institutrices tiennent la comptabilité des objets qu'ils reçoivent du dépositaire sur un formulaire spécial du registre de classe.

La tenue de cette comptabilité a une durée correspondante à l'année scolaire; elle est placée sous le même contrôle que la comptabilité des dépositaires.

En cas de démission, l'instituteur ou l'institutrice fera vérifier et reconnaître à son successeur le matériel existant.

Art. 18. Les élèves n'ont droit qu'à la quantité normale de fournitures scolaires fixée par l'Econamat du Département. Ils ne reçoivent qu'un seul exemplaire de chaque manuel.

Ces objets deviennent leur propriété à la fin de leur scolarité. Si un élève quitte le canton ou l'école publique pour recevoir un enseignement privé, il est tenu de rendre tout son matériel scolaire à l'exception de ses cahiers, carnets, plumes et crayons et des manuels dont il est en possession depuis deux ans.

Art. 19. Les élèves remplacent à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par leur faute.

Art. 20. L'élève promu dans une autre classe ou qui va demeurer dans une autre localité du canton emporte tous ses objets d'école.

Art. 21. Les élèves domiciliés dans le canton, qui suivent les écoles d'un ressort scolaire dans lequel ils ne sont pas domiciliés, reçoivent gratuitement les manuels et le matériel nécessaires. Il ne pourra être réclamé de ce chef aucune indemnité ni aux parents, ni à la commune du domicile des élèves.

Art. 22. Le présent règlement abroge celui du 6 juillet 1901 et entre immédiatement en vigueur.

